Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen

Kasseedorf im Dezember 2020

Mein

RECHENSCHAFTSBERICHT 2019 bis 2020

Büro Eutin
Tel. 04521-71611
Fax 04521-78386
bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Büro Berlin
Tel. 030-227-73832
Fax 030-227-76920
bettina.hagedorn@bundestag.de

www.bettina-hagedorn.de
www.facebook.com/BettinaHagedornMdB/

INHALT

SEITE

3 **Vorwort**

11 **Der Kampf gegen Corona: Größtes Hilfspaket in unserer Geschichte**

16 **Unser Konjunkturprogramm: Mit „Wumms“ aus der Krise!**

19 **Klimaschutz: Zentraler Teil unserer Investitionsoffensive**

22 **Kampf gegen die zweite Welle: Hilfen für die Wirtschaft in der Krise**

28 **Unterwegs als Staatssekretärin – in Deutschland, Europa und der Welt!**

34 **EU-Schicksalsjahr 2020 – Europa solidarisch voranbringen!**

38 **Die Beltquerung**

43 **Erfolge für Ostholstein und die Region**

56 **Frauen – Macht – Politik**

59 **Direkter Draht zur Jugend**

62 **Unterwegs in Ostholstein**

68 **Seit 18 Jahren: Glaubwürdigkeit durch Information und Transparenz**

70 **Ausblick auf die Bundestagswahl 2021**

70 **Mein Team in Berlin und Eutin**

12.11.2018: Geballte Frauenpower zum Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ mit SPD-Familienministerin Franziska Giffey und den ehemaligen Bundesfamilienministerinnen Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Bergmann, Manuela Schwesig und Dr. Angela Merkel.

WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

VORWORT

Foto: studio kohlmeier berlin

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

im August 2019 habe ich Euch in meinem letzten Rechenschaftsbericht auf 63 Seiten („Mein Rückblick auf die Wahlperiode ab Herbst 2017“) sehr detailliert beschrieben, welche Gesetze wir binnen eines Jahres in Berlin beschlossen hatten und wie sie sich positiv auf die Menschen auswirken würden. Im Januar 2020 veröffentlichte ich meinen Jahresrück- und Ausblick, der einen besonderen Fokus auf Europa und unsere anstehende EU-Ratspräsidentschaft enthielt. Damals ahnten wir alle noch nicht, welche neuen Herausforderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt wir dann ab März mit dem Ausbruch der globalen Corona-Pandemie würden bestehen müssen.

Ganz sicher werden wir in Zukunft auf dieses Jahr 2020 zurückblicken und es als „historisch“ bewerten, weil diese Pandemie uns weltweit nicht nur gesundheitlich bedroht, sondern weil sie auf allen Kontinenten auch die größte Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst hat, weil sie weltweit die Armen weit härter trifft als die Reichen und damit den Nährboden für sozialen Sprengstoff bildet und weil sie mit den erforderlichen Einschränkungen unserer Bewegungsfreiheit die Demokratie einem gewaltigen „Stress-Test“ aussetzt.

Gleichzeitig bestehen unsere sozialen Sicherungssysteme gerade in Deutschland im Gesundheitsbereich wie auch die der Arbeitslosenversicherung mit der Chance auf Kurzarbeit ihren größten Härtetest mit Bravour und geben unseren Bürgerinnen und Bürgern in dieser Zeit die Sicherheit, von der die Menschen in anderen Nachbarländern nur träumen können. „Soziale Sicherheit“ ist nicht länger „altbacken“, sondern wird wieder als Kern unserer Daseinsvorsorge begriffen und wertgeschätzt. Die Stimmen bei den Konservativen, die noch vor einem Jahr die Dichte der Krankenhäuser im ländlichen Raum als „zu unrentabel“ anprangerten und einen „Kurswechsel“ hin zu mehr „Effektivität“ einforderten, sind quasi über Nacht verstummt. Gesundheitsberufe und Pflegekräfte gelten plötzlich (zu Recht!) als „systemrelevant“. Die Arbeit von (zu schlecht bezahlten!) Verkäuferinnen, Bus- und LKW-Fahrern – alle, die während des „Lockdown“ die Versorgung der Bevölkerung und die Logistikketten „am Laufen hielten“ – erfahren endlich für ihre wichtige Arbeit Anerkennung und Applaus: aber das allein reicht nicht! Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen – Kernthema der SPD seit über 150 Jahren – sind endlich wieder breit getragene gesellschaftliche Anliegen. Erst der Corona-Ausbruch bei Saisonarbeitern und Beschäftigten in der Fleischindustrie mit skandalösen Zuständen erzeugte das gesellschaftliche Klima, das Arbeitsminister Hubertus Heil den „Rückenwind“ für mutige Gesetze gab, die unter „normalen“ Umständen in dieser Form von CDU/CSU und Arbeitgebern nicht nur blockiert worden, sondern die von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wären. Auch die Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten wird aktuell stärker wertgeschätzt. Beschäftigte, die in dieser Krise nicht im Home-Office arbeiten konnten, sondern sich täglich der Ansteckungsgefahr aussetzten, um uns alle zu versorgen und zu pflegen, sind – endlich – im Fokus. „Solidarität“ und „Respekt“ sind aktuelle Begriffe, die den Menschen wieder etwas sagen und die nicht etwa – neoliberal diffamiert – angeblich aus der gesellschaftspolitischen „Mottenkiste“

kommen. Es wäre schön, wenn diese eine Seite der Krise unsere Gesellschaft auf Dauer positiv und nachhaltig verändern würde.

Als über das Corona-Virus und die vielen Opfer in China in den Medien berichtet wurde, dachten die allermeisten anfangs noch: Das ist ja weit weg. Aber in unserer global vernetzten Welt breitete sich die Pandemie blitzschnell aus und stellte auch Europa und Deutschland schon Mitte März mit ungeheurer Wucht vor die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten. Höchste Priorität hatte es nun, die weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen und die bestmögliche Versorgung der Erkrankten sicherzustellen, indem die Behandlungskapazitäten so schnell wie möglich vervielfacht wurden, um die in anderen Ländern – wie Norditalien – teilweise dramatischen medizinischen und menschlichen Tragödien zu vermeiden. Gleichzeitig war allen politisch Handelnden in Bund und Ländern durchaus bewusst: dieser „Lock-Down“ wird – weltweit – enorme wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen, die um ein Vielfaches massiver sein würden als die der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Und Deutschland als zweitgrößte Exportnation weltweit würde absehbar enorm und auch langfristig darunter zu leiden haben – darum war unser politisches Handeln in Bund und Ländern schon im März darauf ausgerichtet, nicht nur die Pandemie so gering wie möglich zu halten und das Gesundheitssystem zu stärken, sondern gleichzeitig die Unternehmen zu stützen, um Arbeitsplätze weitestgehend zu erhalten und den Beschäftigten mit millionenfachen Einsatz des Kurzarbeitergeldes in dieser Krise Sicherheit und berufliche Perspektive zu bieten.

Das Kurzarbeitergeld war 2008/2009 in der Finanz- und Wirtschaftskrise eine „Erfindung“ unseres damaligen Arbeits- und Sozialministers Olaf Scholz – und wir werden jetzt weltweit dafür beneidet, dass wir dieses bewährte Instrument in dieser erneuten Krise im Frühjahr sofort effektiv einsetzen konnten, anstatt – wie in anderen Ländern – die Beschäftigten unmittelbar in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Im April 2020 waren 6 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit – das sind tatsächlich ca. 18 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten! Selbst im August 2020 waren es

Mit meinem „Chef“ seit 2018, Olaf Scholz (links). Im Bundesministerium der Finanzen (rechts).

noch 2,6 Millionen und aktuell ist die Tendenz Richtung Winter und mit dem „Lockdown-light“ im November und Dezember natürlich wieder rasant steigend. Und ja: die Kurzarbeit ist teuer und aktuell haben wir schon ca. 18 Mrd. Euro 2020 dafür ausgegeben. Aber es ist gut angelegtes Geld: Massenarbeitslosigkeit wäre nicht nur finanziell teurer, sondern vor allem sozialer und gesellschaftlicher „Sprengstoff“. Unsere Arbeitslosenquote ist aktuell ca. 1,2 Prozent höher als vor einem Jahr – andere Länder kämpfen mit zweistelligen Steigerungen.

Es war allerdings vor allem die SPD, die sehr schnell ihre Stimme für die besondere Situation der Familien erhob, für die Kinder und Jugendlichen, die monatelang nicht in die Kitas und Schulen konnten, und für die Mütter, die zwischen Kinderbetreuung zu Hause und Job oder Home-Office gewaltige Lasten in dieser Krise auf ihren Schultern spürten.

Und so verabschiedete der Bundestag in rasantem Tempo schon Ende März den von unserem SPD-Finanzminister Olaf Scholz erarbeiteten 1. Nachtragshaushalt 2020 mit dem atemberaubenden Volumen von über 156 Mrd. Euro Neuverschuldung, um „Schutzschirme“ für Arbeitsplätze und Unternehmen jeder Größenordnung bis hin zu den kleinsten Betrieben und Solo-Selbstständigen zu „spannen“, um unser Gemeinwesen ebenso wie die Wirtschaft und ihre Kreisläufe und Lieferketten zu stabilisieren, um Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren und ihnen Sicherheit zu geben. Darum haben wir **schon im Frühjahr Milliarden im Bundeshaushalt für Soforthilfen für Beschäftigte und Familien** beschlossen, für Mieterinnen und Mieter, für Studierende, Soloselbständige und Freiberufler, für Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, für Jugendherbergen, für die Gastronomie und Hotellerie, für die Kultur- und Kreativwirtschaft, für kleine Betriebe und große Unternehmen – zu diesem Zeitpunkt haben auch die Länder milliardenschwere eigene Unterstützungsprogramm beschlossen, mit denen sie spezielle Förderschwerpunkte wie z.B. bei uns in Schleswig-Holstein im Tourismus setzen gesetzt haben.

Mit dieser gemeinsamen, solidarischen Verantwortung von Bund und Ländern in Reaktion auf die Folgen der Pandemie ist es leider seit dem Sommer vorbei – weitere Hilfen für Betriebe und Beschäftigte wie die **Überbrückungshilfen I (Juni bis August), II (September bis Dezember) und III (Januar bis Juni 2021) werden ebenso zu 100 Prozent vom Bund finanziert wie auch die besonders teuren „November- und Dezember-Hilfen“, die allein ca. 32 Mrd. Euro kosten werden**. Es ist oft schwer zu ertragen, dass zwar einerseits 16 Ministerpräsidenten häufig genug 16 verschiedene Meinungen zu Öffnungen und Schließungen von Kitas, Schulen, Sportstätten Gaststätten und Hotels, Freizeiteinrichtungen, dem Einzelhandel und Urlaubszielen – besonders gerne via Presse und Fernsehen - bekannt geben, aber andererseits selbst keine finanzielle Verantwortung zeigen, wenn dann die Infektionszahlen sich – auch aufgrund regionaler Inkonsequenz – nicht so reduzieren wie erforderlich. Auch die Massendemos von Corona-Leugnern und Rechtsradikalen, die ohne Mundschutz und Abstand gegen sämtliche Auflagen verstoßen und damit zur Virusausbreitung beitragen, können und müssen – egal ob in Leipzig, in Berlin oder wo auch immer – nur von der Polizei der Bundesländer und deren konsequentem Einschreiten gestoppt und sanktioniert werden, was mit Sicherheit vielen Menschen, die sich täglich an die Regeln halten, ein wichtiges Anliegen wäre. **Der Beschluss der Bundeskanzlerin und der 16 Ministerpräsidenten vom 28. Oktober zum 1. vierwöchigen „Lock-Down-Light“ mit den so genannten „Novemberhilfen“ von allein ca. 15 Mrd. Euro wurde am 25. November per Beschluss desselben Gremiums (das in der Verfassung eigentlich so gar nicht vorgesehen ist) bis mindestens zum 20. Dezember verlängert, was zu einer weiteren Schuldenaufnahme allein des Bundes von ca. 17 Mrd. Euro führen wird und in einer „Hauruck-Aktion“ vom Haushaltsausschuss des Bundestages in seiner Schlussberatung des Bundeshaushaltes 2021 am 26./27. November quasi ad hoc aufgenommen werden musste.** Und so hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages quasi „über Nacht“ keine

Wahl: er musste eine – ursprünglich Anfang September von Olaf Scholz und der Bundesregierung für 2021 – geplante Neuverschuldung von gut 96 Mrd. Euro auf tatsächlich (wegen der Corona-Entwicklung und dieser Lock-Down-Beschlüsse) auf über 179 Mrd. Euro erhöhen. Das sind Zahlen, bei denen selbst alt eingesessene Haushälter erschaudern. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und die 16 Ministerpräsidenten mit ihrem Beschluss vom 2. Dezember einen weiteren Lock-Down bis zum 10. Januar 2021 in Aussicht gestellt, ohne jedoch irgendeine Aussage darüber zu treffen, welche Betriebe dafür in welchem Umfang von Bund und Ländern entschädigt werden sollen. Seitens des Bundes ist vom 1. Januar bis Ende Juni eine „Überbrückungshilfe III“ (auch im Bundeshaushalt) vorgesehen, die sich allerdings an der Erstattung von Fixkosten orientiert und nicht – wie die November- und Dezemberhilfen – an Umsatzrückgängen; insofern ist sie weit weniger „großzügig“ für die Betriebe. In diesem Bericht gebe ich einen Überblick über all diese Maßnahmen – es sind so viele, dass selbst die allermeisten Journalisten längst den Überblick verloren haben.

Die COVID-19-Pandemie hat in Deutschland – das ist weltweit anerkannt – aufgrund der schnellen, zahlreichen und umfangreichen Maßnahmen der Politik in Bund, Ländern und Kommunen sowie dem verantwortungsvollen und disziplinierten Verhalten der allermeisten Bürgerinnen und Bürger bisher im Frühjahr und Sommer bis Ende September einen vergleichsweise „milden“ Verlauf genommen, bevor die Infektionszahlen im Oktober drastisch in die Höhe schossen und leider deswegen einen weiteren „Lock-Down-Light“ erforderlich machten. Die Pandemie hat und wird deutliche Spuren in der Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen: Es wird Insolvenzen und - trotz der „Erfolgsstory“ des Kurzarbeitergeldes - einen großen Verlust von Arbeitsplätzen geben, denn die Pandemie beschleunigt parallel den technologischen Fortschritt und den Strukturwandel in der Arbeitswelt, sie maximiert die Digitalisierung und verändert das Konsumverhalten der Menschen auf Dauer. Auch wenn es uns schwer fällt das zu akzeptieren: unsere Welt und unser Alltag werden vermutlich nach Corona nie wieder so sein wie es vor Corona war. Zwar wurde es mit den sinkenden Infektionszahlen seit Mitte Mai möglich, in den Sommermonaten die Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie schrittweise zu lockern, worauf viele sehnsüchtig gewartet hatten. Aber z.B. der bereits im Sommer erforderliche erneute „Lock-Down“ von Mallorca als Tourismus-hochburg, hochschnellende Infektionszahlen schon im September in Spanien, Frankreich und auf dem Balkan, Reisewarnungen für Luxemburg oder Wien… das alles zeigte schon im Spätsommer: Wir haben diese Pandemie noch längst nicht überwunden. Und alle protestierenden Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker „spielen nicht nur mit dem Feuer“, sondern mit der Gesundheit und existentiellen Sicherheit aller anderen, die sich diszipliniert und vernünftig an die Regeln halten. Ein solches Verhalten ist asozial und darf nicht als Ausdruck von falsch verstandener „Freiheit“ toleriert werden – die eigene Freiheit endet stets dort, wo die Freiheit des Nächsten anfängt.

Dennoch: Wir Sozialdemokraten wollen den Menschen und Unternehmen gerade jetzt Perspektive, Hoffnung und Sicherheit geben – dafür hat unser Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Juni das größte Konjunkturpaket aller Zeiten mit einem Volumen von insgesamt 130 Milliarden Euro des Bundes auf den Weg gebracht. Dieses Konjunkturpaket ist nicht nur ein Beitrag zur akuten Krisenbewältigung, sondern es stärkt die soziale Balance in der Gesellschaft, es fördert die technologische Kehrtwende der Wirtschaft im Hinblick auf Klimaneutralität, Forschung und innovative Erneuerung wie beim Wasserstoff, es enthält ein gigantisches Paket zur Digitalisierung in Wirtschaft, Verwaltung und im ländlichen Raum und es gewährleistet Vorsorge im Bereich Medizin und Soziale Sicherung. Damit soll nicht nur die Überwindung der Krise unterstützt, der Aufschwung nach der Krise finanziert und organisiert werden, sondern wir wollen gleichzeitig künftig den technologischen Umschwung zum Wohl unserer Gesellschaft mit Blick auf die

Herausforderungen z.B. des Klimawandels erfolgreich schaffen. Kurzum: es ist **ein mutiges, ausgewogenes und gerechtes Konjunkturpaket, das Vizekanzler Olaf Scholz am 3. Juni 2020 nach der Sitzung des Koalitionsausschusses zu Recht wie folgt öffentlich vorstellte.** „Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen!“ Wie groß dieser „Wumms“ allerdings noch sein würde, das ahnte zu diesem Zeitpunkt niemand… nicht einmal Olaf Scholz selbst.

Darum haben wir schon Anfang Juli mit dem 2. Nachtragshaushalt dieses milliardenschwere Konjunkturpaket im Bundestag – mit der Unterstützung aller Oppositionsparteien außer der AfD – beschlossen. Alle fünf demokratischen Parteien im Parlament sind sich bei allen Differenzen in einem Punkt einig: in der Krise geht es darum, das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft schrittweise wieder „hochzufahren“ – und das geht nur mit einem starken handlungsfähigen Staat. Auch wenn Abstands-, Hygieneregeln und andere Maßnahmen je nach Infektionsanstieg weiterhin nötig bleiben, benötigen Familien und Kinder klare Perspektiven und unsere Wirtschaft neuen Schwung, um wieder ins Laufen zu kommen. **Wir alle brauchen die realistische Hoffnung auf ein besseres Jahr 2021.**

Parallel haben wir Sozialdemokraten im Bundestag schon im letzten Jahr insbesondere mit Arbeitsminister Hubertus Heil wichtige sozialpolitische Schwerpunkte gesetzt, um **die Situation von Beschäftigten zu verbessern** – gerade er hat den Missständen in unserer von Umbruch und Wandel gekennzeichneten Arbeitswelt den Kampf angesagt, die in den Zeiten der Corona-Pandemie noch deutlicher hervorgetreten sind: Nach dem „**Paketboten-Gesetz**“ im Herbst 2019 werden wir jetzt auch endlich die **Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie** maßgeblich zum Schutz der Beschäftigten und Verbraucher verbessern, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und menschenunwürdige Unterkünfte von Beschäftigten endlich gesetzlich unterbinden. Lange hat die Union mit ihren Lobbyisten dieses wichtige Gesetz blockiert, das seit 10. September im Bundestag beraten wird, aber Ende November ist es endlich gelungen das Gesetz auf den Weg zu bringen und den Menschen erneut zu beweisen, WAS „SPD-Handschrift“ in der Regierung gerade für die Beschäftigten bedeutet: Auf uns ist Verlass!

Als wichtigsten Meilenstein konnten wir endlich **am 2. Juli 2020 nach 10 Jahren Dauerstreit eine Grundrente ohne Kompromisse durchsetzen, die ab 1. Januar 2021 gilt** und ca. 1,5 Millionen Rentnerinnen und Rentnern mit geringer Rente – zu 80 Prozent Frauen (!) – eine teils massive Erhöhung ihrer Rentenbezüge bescheren wird – OHNE Bedürftigkeitsprüfung! Für uns Sozialdemokraten war der 2. Juli deshalb ein stolzer Tag: Beschäftigten, die mindestens 33 Jahre Beitragszeit – inklusive Kindererziehungs- und Pflegezeiten – vorweisen können, wird ihre Lebensleistung ab Januar 2021 endlich verstärkt anerkannt! Zwar werden die Rentnerinnen und Rentner durch die monatelange Blockade der CDU/CSU ihre Grundrente leider zum Großteil nicht pünktlich zum 1. Januar 2021 ausgezahlt bekommen können – das schafft die

02.07.2020: Mit Arbeitsminister Hubertus Heil direkt nach der erfolgreichen Abstimmung zur Grundrente

Rentenversicherung leider zeitlich wegen der technischen Komplexität nicht mehr. Aber **die gute Nachricht ist: die Rentnerinnen und Rentner bekommen jeden Cent rückwirkend zum 01. Januar 2021 nachträglich ausgezahlt, ohne Extra-Antrag und OHNE eine Bedürftigkeitsprüfung.** Warum ist uns dieses Gesetz so wichtig gewesen? Viele Menschen – vor allem Frauen – haben zwar ihr Leben lang hart gearbeitet und waren fleißig, aber wenn sie dann in Rente gehen, haben viele trotzdem kaum mehr im Portemonnaie als die Grundsicherung, weil die Löhne so niedrig und nur Teilzeitjobs zu bekommen waren. Gerade viele Frauen konnten nicht in ihre erlernten Berufe zurück, weil Angehörige zu pflegen und Kinder zu erziehen waren – in einer Zeit, als Krippen, Kitas und Ganztagsbetreuung in den Schulen noch Fremdworte waren. Dieser Ungerechtigkeit können wir jetzt endlich wirksam begegnen: seit 2011 hat die SPD dafür gekämpft, dass sich diese Lebensleistung auch in der Rente niederschlägt. Das heißt: Niemand wird zum Sozialamt gehen und Anträge stellen oder die Vermögenssituation offenlegen müssen. Das war uns als Sozialdemokraten besonders wichtig, weil es etwas mit Würde und Respekt gegenüber den Menschen zu tun hat, die über 3 Jahrzehnte hart gearbeitet haben. **Zur Erinnerung: Bereits 2018 hatten wir gesetzlich die „Rentenformel" verändert und damit das Rentenniveau zu Gunsten der Älteren und die Rentenbeitragshöhe zu Gunsten der Jüngeren bis 2025 verlässlich gesichert.** Außerdem haben wir schon damals massiv die Erwerbsminderungsrente verbessert.

V**ersprochen – Gehalten: Seit dem 01. Januar 2019 ist endlich wieder die paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung hergestellt.** Mit dieser „Wiedereinführung der Parität" wurden Arbeitnehmer sowie Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen seitdem um rund 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet – Arbeitgeber hingegen zahlen diese 5 Mrd. Euro jährlich zusätzlich an die Krankenkassen. Ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein: **Seit dem 01. Januar 2020** haben wir die finanzielle Situation für Familien, die für Angehörige, die pflegebedürftig sind, Verantwortung tragen, massiv mit dem „**Angehörigen-Entlastungsgesetz**" verbessert: seitdem können Eltern oder Kinder erst bei einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro vom Sozialhilfeträger zur Kostenerstattung der Pflege von nahen Angehörigen in Anspruch genommen werden – damit wird enorm vielen Familien sehr stark geholfen! Bereits seit November 2019 ist unser „**Pflegelöhneverbesserungsgesetz**" in Kraft, das sowohl die Grundlage für eine höhere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche bildet als auch die Handlungsfähigkeit der Pflegekommission stärkt. Da ist allerdings noch deutlich mehr zu tun!

Und beschlossen ist: Ab dem **01. Januar 2021** entlasten wir zusätzlich Beschäftigte und Familien um insgesamt 10 Mrd. Euro pro Jahr, indem wie **den Soli für 90 Prozent aller Steuerzahler abschaffen.** Die reichsten zehn Prozent der Deutschen werden den Soli allerdings weiterzahlen – in voller Höhe aber nur insgesamt 3,5 Prozent der Steuerzahler, die man getrost als „superreich" bezeichnen darf. Und das ist gerecht, weil breite Schultern mehr tragen können als schmale. Fakt ist: Wir sorgen für ein deutliches „Plus" im Portemonnaie der Menschen mit geringem und durchschnittlichem Einkommen – insbesondere bei Familien mit Kindern! Dadurch wird die Kaufkraft in Deutschland spürbar steigen und weiter unsere Konjunktur stabilisieren.

Die **Entlastung der Kommunen** war in den Verhandlungen zum Konjunkturpaket im Juni 2020 ein besonderes Anliegen von Olaf Scholz und der SPD-Bundestagsfraktion, denn Städte und Gemeinden sichern die Daseinsvorsorge und ermöglichen gute Lebensbedingungen vor Ort. Sie wurden in der Pandemie von dramatisch sinkenden Gewerbesteuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben getroffen. Aber die Handwerksbetriebe vor Ort brauchen gerade jetzt kommunale Aufträge – die Städte und Gemeinden sollen in der Krise die milliardenschweren Förderprogramme von Bund und Ländern in Anspruch nehmen und mit eigenen Mitteln ergänzen können. Sie müssen ermutigt werden zu investieren und handlungsfähig sein.

11.09.20: Vorstellung des 2. Familien-entlastungsgesetzes im Deutschen Bundestag

Deshalb werden die Kommunen mit dem Konjunkturprogramm vom Bund um über 10 Mrd. Euro 2020 entlastet und um über 3,4 Mrd. Euro auf Dauer. Sie erhalten über die Länder **2020 einen 100-Prozent-Ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer**, wobei der Bund rund 6,1 Milliarden Euro der Gewerbesteuerausfälle übernimmt und die Länder den Rest übernehmen müssen – dafür haben wir am 17. September extra – mit den Stimmen aller fünf demokratischen Parteien im Bundestag (gegen die Stimmen der AfD!) das Grundgesetz geändert. **Außerdem übernimmt der Bund künftig auf Dauer 74 Prozent (statt 49) der Unterkunfts- und Heizkosten für Empfänger der Grundsicherung – das entspricht einer Entlastung um etwa 3,4 Milliarden Euro pro Jahr bundesweit (diese Entlastung kommt allerdings allein bei den Kreisen an, die diese unerwartete zusätzliche Entlastung hoffentlich an die Städte und Gemeinden weitergeben!).** Mit diesem Gesetz zur Entlastung der Kommunen stimmen dann die „Hiobsbotschaften" der Steuerschätzung von Anfang September auch nicht mehr, die den Kommunen Gewerbesteuerausfälle von über 13 Mrd. Euro für 2020 prognostizierten und viele Kommunalpolitiker glauben ließen, jetzt müssten sie die „Notbremse" ziehen und alle Investitionen „auf den Prüfstand" stellen – genau DAS aber wäre jetzt die falsche „Medizin". Darum rufe ich allen Kommunalpolitikern zu: investiert JETZT! Es wird nie wieder so viel Geld in Förderprogrammen in Bund und Ländern bereit stehen wie 2020 und 2021! **Allein für den Sozialen Wohnungsbau stehen von 2018 bis 2021 Investitionen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro bereit, damit endlich mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.**

Unser besonderer Fokus liegt weiterhin auf der V**erbesserung der Situation der Familien** mit ihren – kleinen und großen – Kindern. Und dabei vergessen wir auch nicht die Jugendlichen, die sich auf den Beruf vorbereiten wollen: Mit einer gesetzlichen **Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung haben wir erstmalig eine Mindestausbildungsvergütung für nicht-tarifgebundene Betriebe eingeführt und außerdem eine Anhebung des BAföG um sieben Prozent beschlossen.**

Außerdem unterstützen wir Familien mit den **Familienentlastungsgesetzen I und II** mit einer zweifachen Erhöhung des Kindergeldes zunächst um 10 Euro ab dem 01. Juli 2019 und um 15 Euro ab dem 01. Januar 2021 sowie einem jeweils höheren Kinderfreibetrag. Mit dem „**Starke-Familien-Gesetz**" **haben wir den Kinderzuschlag 2019 um 25 Euro erhöht** und neugestaltet: „On Top" gibt es für Kindergeldzuschlagsberechtigte die **Befreiung von Kita-Gebühren, kostenfreies Essen in Kita und Schule, das Schul-Starter-Paket (Erhöhung von 100 auf 150 Euro)** und verbesserte Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Das entlastet unzählige Eltern und vor allem Alleinerziehende, denen „unter dem Strich" deutlich mehr im Portemonnaie verbleibt. Fakt ist: **Insgesamt erhalten rund zwei Millionen Kinder in Deutschland künftig einen Anspruch auf den Kinderzuschlag – 1,2 Millionen davon erstmalig!** Zusätzlich investieren wir mit dem „**Digitalpakt Schule" 5 Mrd. Euro in unsere Schulen** – das bedeutet 9 Mio. Euro für Ostholstein und 600.000 Euro für Nordstormarn –, sowie **5,5 Mrd. Euro aus dem „Gute-Kita-Gesetz"** in eine **bessere Betreuung**, was einer **zusätzlichen Bundesförderung von 191 Mio. Euro für Schleswig-Holstein** entspricht. Angesichts der Auswirkungen der Schulschließungen im Frühjahr und der damit verbundenen zusätzlichen Benachteiligung von Schülerinnen und Schüler, die Zuhause

mit Computer oder Laptop nicht top ausgestattet sind, hat der Bund im April 500 Mio. Euro für die Beschaffung von iPads für die Schulträger bereitgestellt, die diese an die Schülerinnen und Schüler im „Home-Schooling“ ausleihen können. Mich ärgert nur, dass auch hier die Länder kein zusätzliches Geld aus dem Landeshaushalt bewilligt haben, um dieses „Paket“ möglichst zu verdoppeln, und mich ärgert noch mehr, dass die CDU-Bildungsministerin Prien in den Städten und Gemeinden diese Bundes-Fördermittel verteilt und den falschen Eindruck erweckt hat, als hätte die Jamaika-Landesregierung hier die „Spendierhosen“ an. In Neustadt überreichte sie sogar – mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Knöfler – an Bürgermeister Mirko Spieckermann gleich drei Förderbescheide, von insgesamt über 3 Millionen Euro, von denen in Wahrheit nur 0,7 Prozent der Mittel vom Land stammten, aber 99,3 Prozent aus Bundestöpfen. Das nennt man „mit fremden Federn geschmückt“ – kein guter Stil!

Ich möchte Euch mit meinen Ausführungen einen Einblick in die turbulenten Monate im Berliner Politik-Alltag geben und einen Überblick über die Gesetze und Hilfspakete, die wir im Rekordtempo beschlossen haben (die Aufzählung ist keinesfalls vollständig!). Ich denke wir können selbstbewusst sagen: Wir haben schnell, kraftvoll und effektiv in der Bundesregierung auf die globale Pandemie und ihre wirtschaftlichen Bedrohungen reagiert und entschlossen mit dem Bundestag gehandelt. Uns allen ist klar, dass niemand weiß, wie sich das Virus und seine Ansteckungsgefahr weiter – in Deutschland, in Europa und weltweit – entwickeln wird und vor welche Herausforderungen uns das im neuen Jahr medizinisch, gesellschaftlich, sozial und wirtschaftlich stellen wird. Der Einsatz eines wirksamen Impfstoffes – entwickelt in Deutschland - kann hoffentlich noch vor Weihnachten starten und uns allen die berechtigte Hoffnung auf ein besseres Jahr 2021 bescheren. Wir bleiben trotz aller Herausforderungen gut gewappnet und werden auch weiterhin mit „Volldampf“ an Lösungen arbeiten.

Nun wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen und vor allem: bleibt gesund!

Ihre Bettina Hagedorn

Seit 2002 für Ostholstein im Deutschen Bundestag – mit Einsatz und Leidenschaft!

27.11.19: Volle Regierungsbank (noch vor Corona-Zeiten) zum Bundeshaushalt 2020

DER KAMPF GEGEN CORONA:

Größtes Hilfspaket in der Geschichte Deutschlands!

Die Bundesregierung trat den Auswirkungen der Corona-Pandemie mit dem 1. Nachtragshaushalt 2020 schon im März sowohl im Hinblick auf die gesundheitlichen als auch auf die wirtschaftlichen Herausforderungen entschlossen entgegen. Dank der soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre – seit 2014 ohne neue Schulden – war der Bund finanzpolitisch handlungsfähig, um diese enormen Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Pandemie zu bewältigen sind, zu stemmen. Der Bundestag hat am 25. März einer erforderlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von rd. 156 Mrd. Euro mit großer Mehrheit – nur gegen die AfD-Fraktion – zugestimmt und damit die nach der „Schuldenregel" in unserer Verfassung eigentlich zulässige Obergrenze der Verschuldung um fast 100 Mrd. Euro überschritten. Dafür hat der Bundestag mit mehr als 2/3-Mehrheit eine „außergewöhnliche Notsituation" festgestellt, die eine Überschreitung dieser Obergrenze gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 im Ausnahmefall erlaubt.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung und zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitssystems war es damals zwingend erforderlich, den Betrieb vieler Branchen vorerst „einzustellen", da sonst eine unkontrollierte Verbreitung des Corona-Virus zu unkalkulierbaren Risiken auch bei uns hätte führen können – die furchtbaren Bilder z.B. aus Norditalien führten damals uns allen drastisch vor Augen, wie real die Gefahr unbestreitbar war. Fakt ist: In Deutschland konnte das Infektionsrisiko durch die getroffenen Maßnahmen in einem 1. Schritt stark gesenkt werden. Die Maßnahmen haben gewirkt, weil die allermeisten Menschen sich sehr diszipliniert an die Regeln gehalten haben.

Wir haben zwar mit unserem **„Soforthilfe-Paket" von 50 Mrd. Euro** alles getan, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie so gering wie möglich halten, aber selbst ein so finanzstarker und handlungsfähiger Staat wie die Bundesrepublik konnte und kann natürlich nicht die Umsatzeinbußen der Realwirtschaft bundesweit auch nur ansatzweise ausgleichen. Unbestritten unter allen politisch Verantwortlichen musste darum unser Kernanliegen vorrangig dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Insolvenz-Verhinderung von Unternehmen gelten,

die bislang wirtschaftlich stabil waren und die diese Arbeitsplätze - auch noch aktuell - sichern. Alle Förderinstrumente des Bundes zielten darum seit März darauf ab, diese Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Beschäftigten NICHT zu entlassen, um damit auch ihnen und ihren Familien Sicherheit in der Krise zu bieten.

Unsere wirksamste „Medizin“ für dieses Ziel – möglichst viele Arbeitsplätze in der Krise zu sichern - war die gesetzliche Ausweitung für das Kurzarbeitergeld: seit (rückwirkend) 1. März reicht es schon, wenn 10 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind, damit der Arbeitgeber Kurzarbeit beantragen kann, wobei die Sozialversicherungsbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit vollständig erstattet werden. Wichtig: die Mitgliedschaft der Beschäftigten in der Kurzarbeitsphase in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie in der Arbeitslosen- und in der betrieblichen Unfallversicherung bleibt bestehen. SPD-Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil konnte am 29. April im Kabinett ebenfalls durchsetzen, dass der Satz des Kurzarbeitergeldes von 60 bzw. 67% (nach vier bzw. sieben Monaten) auf bis zu 80% bis 87% erhöht wird. **Nachdem eine erneute Verlängerung dieser verbesserten Kurzarbeiterregelung am 20. November 2020 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, gelten die bestehenden Regelungen jetzt bis zum 31. Dezember 2021.**

Während einerseits der „Lock-Down“ die weitere Ausbreitung des Corona-Virus stoppen sollte, war andererseits klar, dass die wirtschaftlichen Folgen für Selbstständige und Beschäftigte ohne massive staatliche Unterstützung nicht zu „wuppen“ sein würden. Zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bewilligte der Bundestag bereits am 25. März mit dem 1. Nachtragshaushalt Soforthilfen in Höhe von **50 Mrd. Euro für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige zur Überbrückung von akuten Liquiditätsengpässen.** Viele Selbstständige standen mit dem Corona-Lock-Down im März urplötzlich vor einem „Scherbenhaufen“, weil Einnahmen wegbrachen und dennoch laufende Verträge von Miet-, Pacht- und Nebenkosten bei oft fehlenden Rücklagen und ohne Zugang zu Krediten sich schnell summierten und Insolvenznöte heraufbeschworen. Kleinstunternehmen mit bis zu 10 (Vollzeit-)Beschäftigten und Solo-Selbstständige erhielten auf Antrag eine Soforthilfe, die als nicht rückzahlbarer Zuschuss für laufende Betriebskosten über die Länder bewilligt wurde. Länderprogramme haben in dieser Situation mit zusätzlichen Hilfen Perspektiven bewirkt.

(Solo-)Selbstständige können für den eigenen Lebensunterhalt und die Miete plus Nebenkosten zusätzlich (ergänzende) Grundsicherung beantragen, für die der Bund seit März einen erleichterten Zugang ohne die sonst notwendige Überprüfung von Wohnungsgröße und Vermögen beschlossen hat. Auch Folgeanträge wurden unbürokratisch für sechs Monate weiterbewilligt und diese Regelung grundsätzlich bereits bis zum 31. März 2021 verlängert. Außerdem konnte am 22. April 2020 unser SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im Koalitionsausschuss durchsetzen, dass sich das **Arbeitslosengeld nach dem SGB III für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 01. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde.**

Zusätzlich hat das Bundesfinanzministerium **steuerliche Entlastungen für Unternehmen** beschlossen, die durch die Finanzbehörden der Länder durchgeführt werden: hierzu zählen die zinsfreie Stundung von Steuerzahlungen, die unkomplizierte Senkung von Steuervorauszahlungen und die Aussetzung von Steuervollstreckungen. Auch die Insolvenzregelungen wurden gesetzlich geändert: wer aufgrund von Corona 2020 in Zahlungsschwierigkeiten gerät, muss vorerst keine Insolvenz anmelden, weil die Insolvenzantragspflicht gesetzlich vorerst bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt wurde.

Familien sind von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise besonders betroffen. Deswegen hat die Bundesregierung mit dem Kurzarbeitergeld, den Regelungen zur Lohnfortzahlung bei Schließung von Kitas und Schulen, dem Notfall-Kinderzuschlag sowie dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung wichtige Maßnahmen beschlossen, um gerade

auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige mit Kindern zu unterstützen.

Eltern und Alleinerziehende, die weiterhin die eigenen Kinder unter 12 Jahren betreuen und daher nicht arbeiten können, haben Anspruch auf eine Lohnfortzahlung. Sie erhalten nach dem Infektionsschutzgesetz eine Entschädigung von 67 Prozent des entstandenen Verdienstausfalls (maximal 2016 Euro) für bis zu sechs Wochen – bereits am 28. Mai 2020 hat der Bundestag diese Dauer der Lohnfortzahlung von sechs auf bis zu zehn Wochen für jeden Sorgeberechtigten ausgeweitet. **Deshalb besteht damit insgesamt ein Anspruch auf bis zu 20 Wochen Entgeltfortzahlung der Eltern** – jeweils zehn Wochen für die Mutter und 10 Wochen für den Vater, während für Alleinerziehende der Anspruch ebenfalls auf maximal 20 Wochen verlängert wurde. Durch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes haben Eltern von einem Kind mit Behinderung diesen Anspruch auch, wenn das Kind älter als 12 Jahre ist. Die Auszahlung der Entschädigung übernimmt der Arbeitgeber, dem das Geld von der zuständigen Landesbehörde erstattet wird.

19.10.2018: Mit SPD-Familienministerin Franziska Giffey bei ihrer „Jungfernrede“ im Bundesrat zum Gute-Kita-Gesetz

Wenn das Einkommen nur für sich selbst, aber nicht für die gesamte Familie reicht, können Eltern auf Antrag den Kinderzuschlag (KiZ) mit einem Höchstsatz von 185 Euro pro Kind und Monat erhalten. Im Rahmen der Corona-Krise wurde der Kinderzuschlag zu einem „**Notfall-KiZ**“ erweitert: das hilft Familien, die kurzfristig ein geringeres Einkommen haben und deswegen zusätzliche Unterstützung benötigten. Bei Anträgen für den „Notfall-KiZ“ wurde das Einkommen der Eltern nicht – wie sonst üblich – anhand der vergangenen sechs Monate, sondern nur anhand des letzten Monats geprüft, damit so kurzfristige Einkommenseinbußen abgefedert werden können. Der „Notfall-KiZ“ konnte bis zum 20. September digital beantragt werden. Wer wegen der Corona-Krise Probleme hatte, die **laufende Miete für Wohn- beziehungsweise Gewerbeflächen** zu begleichen, durfte wegen Mietschulden vom 1. April bis zum 30. Juni 2020 nicht gekündigt werden – diese Regelung ist zum 1. Juli ausgelaufen, weil es sich gezeigt hat, dass Vermieter und Mieter sich meist auf privater Basis einigen konnten.

Der Bund veröffentlichte **am 04. Mai 2020 die Verordnung zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen für Physiotherapeuten, Logopäden und Ergotherapeuten sowie für Mutter-/Vater-Kind-Kuren, Zahnärzte und zur Pflegehilfsmittelversorgung** (COVID-19-Versorgungs-strukturen-Schutzverordnung) im Bundesanzeiger, die bereits einen Tag später in Kraft trat. Damit konnte endlich auch auf die zahlreichen „Hilferufe“ verschiedenerGesundheitsberufe reagiert werden, die mit den Ende März beschlossenen staatlichen Schutzmaßnahmen noch nicht ausreichend unterstützt werden konnten. Denn viele Selbstständige im Gesundheitswesen wie Physiotherapeuten durften einerseits ihre Praxen für medizinisch verordnete Behandlungen öffnen, hatten aber andererseits mit

rückläufigen Patientenzahlen, wegfallenden Hausbesuchen in Pflegeeinrichtungen und Betriebseinschränkungen wegen des Mangels an Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln zu kämpfen und standen mit ihren Praxen dennoch vor existenziellen Problemen. Das galt ebenso für die in unserer Region so zahlreichen Reha-Kliniken oder Mutter-/Vater-Kind-Kur-Einrichtungen sowie die Häuser des Mütter-Genesungswerkes, die nach dem Lock-Down Mitte Mai zwar wieder teilweise öffnen durften, aber deren strenge Hygienekonzepte nur einen Bruchteil der üblichen Patientenzahlen zuließen und die deshalb zusätzliche Hilfsmaßnahmen brauchten, um die gegenwärtigen Herausforderungen in der Corona-Situation betrieblich zu meistern: **Der Bund hat mit der neuen Verordnung vom 4. Mai aktiv die Gesundheitsberufe wie zum Beispiel Physiotherapeuten, Logopäden oder Ergotherapeuten mit einem nicht zurück zu zahlenden Einmalzuschuss für Einnahmeausfälle infolge der Corona-Pandemie in Höhe von 40 Prozent der Vergütung entschädigt**, kalkuliert auf der Basis der tatsächlichen Zahlung der Gesetzlichen Krankenkrasse vom vierten Quartal 2019. So bekamen viele Therapeuten-praxen in schwierigster Lage wieder „Luft zum Atmen". Auch Zahnarzt-Praxen kamen im Frühjahr durch massiv gesunkene Patientenzahlen in betriebliche Probleme – sie konnten 90 Prozent der gezahlten Gesamtvergütung der vertragszahnärztlichen Leistungen des Jahres 2019 als de facto zinsloses Darlehen beantragen, um so ihre Liquidität zu sichern.

Ich setze mich bereits **seit 2007 kontinuierlich für Mutter-/Vater-Kind-Kuren** ein und war besonders froh, dass mit dieser Verordnung vom 4. Mai auch die **Mutter-/Vater-Kind-Kur-Kliniken** über viele Monate **massiv finanziell unterstützt** werden konnten – dafür hat insbesondere die SPD erfolgreich gekämpft. Im Juni 2020 habe ich mich – unter Beachtung der Hygieneauflagen und mit Abstandsregelungen – zum Runden Tisch mit neun Vertreterinnen und Vertretern der insgesamt 18 Mutter-/Vater-Kind-Kliniken in Ostholstein getroffen, mit denen ich seit Jahren in engem Kontakt stehe, und mich mit ihnen über die durch Corona völlig neue Situation ausgetauscht: Viele Mütter und Väter zerreißen sich gerade während der Corona-Pandemie in einem Spagat zwischen Arbeit, Haushalt, Home-Schooling, Home-Office und Familienzeit – Auszeiten zum Kraft tanken fehlen den meisten Eltern, viele sind zusätzlich durch existenzielle oder gesundheitliche Sorgen auch um ältere Angehörige belastet. Leider nehmen in solchen Stress-Situationen auch psychische Probleme,

25. Juni 2020: Treffen mit Vertretern der Mutter-/Vater-Kind-Kurkliniken in Weißenhäuser Strand zum Gedankenaustausch über die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Alkohol und Gewalt zu, so dass aktuell Mutter-/Vater-Kind-Kliniken und ihre Familienangebote noch viel wichtiger sind als in „normalen“ Zeiten.

08.07.2020: Mit Ralf Stegner und Sandra Redmann bei der Geschäftsführerin der Lebenshilfe Ostholstein, Susanne Voß

Zurecht haben darum die Einrichtungen des Müttergenesungswerks und gleichartige Einrichtungen wie zuvor schon Krankenhäuser 60 Prozent ihrer Einnahmeausfälle aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds ersetzt bekommen. Leider hatte CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn diese Unterstützung zunächst am 30. September 2020 auslaufen lassen, obwohl die Kliniken natürlich ihre vollen Kapazitäten noch längst nicht wieder ausschöpfen können! Mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz, das der Bundestag am 18. November beschlossen hat, werden die Ausgleichszahlungen bis zum 31. Januar fortgeführt und können darüber hinaus noch bis zu neun Monate verlängert werden. Aktuell beraten die Regierungsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege, der vorsieht, dass Krankenkassen und Träger ihre Vergütungsvereinbarungen zwischen 1. Oktober 2020 und 31. März 2021 an die pandemiebedingten Veränderungen anpassen sollen, sodass auch Mutter-/Vater-Kind-Kliniken wirtschaftlich und leistungsfähig ihre absolut systemrelevante (!) Arbeit fortführen können.

Auch viele **Menschen mit Behinderungen**, die in Werkstätten arbeiten, sind durch die Folgen der Corona-Pandemie in finanzielle Bedrängnis geraten, weil ihr Arbeitsentgelt von den Einnahmen abhängt, die ihre Werkstatt erwirtschaftet. Das Bundeskabinett hat deshalb am 17. Juni 2020 die Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung befristet so geändert, dass die Entgelteinbußen von Werkstattbeschäftigten zumindest teilweise daraus von den Integrationsämtern der Länder kompensiert werden können. Konkret unterstützt der Bund diese Maßnahme, indem er 2020 einmalig auf seine 10 Prozent aus dieser Ausgleichsabgabe verzichtet und sie den Ländern komplett überlässt: Damit stehen in den Ländern rund 70 Millionen Euro zusätzlich für die Förderung von Menschen mit Behinderung in den Werkstätten zur Verfügung – diese Regelung trat rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft.

Durch **Verbesserungen im Sozialdienstleister-Einsatzgesetz** (SodEG) im Sozialschutz-Paket I von SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil **sichert der Bund den Bestand von sozialen Einrichtungen und Dienstleistern:** Damit wird ein breites Spektrum an Rehabilitationsdiensten, Eingliederungshilfe, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Trägern von Integrations- und Berufssprechkursen unterstützt. Der Bund hat Regelungen geschaffen, damit soziale Dienstleister ihre monatlichen Zuschüsse von ihren Leistungsträgern erhalten – etwa von der Bundesagentur für Arbeit oder der Rentenversicherung - auch wenn diese durch Corona nicht ihre volle Leistung erbringen können. Das SodEG wurde – sogar mit kleineren Verbesserungen im Gesetz – bis 31. März 2021 verlängert.

Unser Konjunkturprogramm:

MIT „WUMMS“ AUS DER KRISE

08.10.2019: Gespräch mit SPD-Finanzminister Olaf Scholz in seinem Büro (Foto: BMF photothek)

Am 3. Juni stellten Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Finanzminister Olaf Scholz gemeinsam nach 21 Stunden (!) Verhandlungsmarathon im Koalitionsausschuss ein Konjunkturpaket von **insgesamt 130 Milliarden Euro** öffentlich vor. Die gute Nachricht: **Die SPD konnte sich in wesentlichen Punkten durchsetzen!**

Damit die Investitionen und die Entlastungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger auch wirklich schnell wirken und die Konjunktur ankurbeln, müssen sie zügig umgesetzt werden und spürbar dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden. Natürlich liegt unser Fokus darauf, Arbeitsplätze zu sichern, niedrige und mittlere Einkommen zu entlasten, Familien zu unterstützen und dadurch einerseits den Alltag vieler Bürger zu erleichtern und andererseits die Nachfrage zu stärken, damit z.B. Einzelhändler und Restaurants in der Krise ebenfalls „die Kurve kriegen“. Gleichzeitig müssen wir die Herausforderungen, die schon VOR Corona klar sichtbar waren – Zukunftsaufgaben wie der Klimawandel und die Digitalisierung – mit diesem Konjunkturpaket gezielt anpacken und damit die Krise zur Chance machen. Unser Konjunkturpaket haben wir zusammen mit dem 2. Nachtragshaushalt 2020 am 02. Juli im Bundestag beschlossen.

Um die Konjunktur zu unterstützen, sind Kaufanreize für breite Bevölkerungsschichten ein zwar teures, aber wichtiges Instrument: Die vom 1. Juli bis Jahresende **befristete Senkung der Mehrwertsteuer** gehört dazu. **10 Mrd. Euro** hat es unseren Staat gekostet, dass anstatt 19 nur 16 Prozent bzw. beim ermäßigten Satz statt 7 nur 5 Prozent erhoben wurden – der Rabatt wurde bei jedem Einkauf im Supermarkt direkt an der Kasse abgezogen. Manch einer machte eine ohnehin geplante größere Anschaffung lieber jetzt, um Geld zu sparen – so wurde die Binnennachfrage

angekurbelt und gab der Wirtschaft einen Schub. Besonders wirksam war das natürlich dann, wenn mit den Einkäufen der regionale Einzelhändler unterstützt wurde, aber leider war der größte Gewinner in der Krise der Online-Handel mit Amazon & Co.

Auch die **Senkung der EEG-Umlage für die Jahre 2021 und 2022** auf verlässlich 6,5 bzw. 6,0 Cent pro Kilowattstunde dient demselben Ziel: **Der Bund leistet einen Steuerzuschuss von 11 Mrd. Euro** und entlastet die Stromrechnungen aller Haushalte dadurch um genau diese Summe. Die EEG-Umlage macht fast ein Viertel der Strompreise aus und würde ohne diese Gegenmaßnahmen in den nächsten beiden Jahren deutlich steigen, was allerdings durch hohe Stromkosten Menschen mit geringem Einkommen besonders hart treffen würde - jetzt bleibt mehr Geld im Portemonnaie und zum Konsum.

Dritte Maßnahme zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger: die **Sozialgarantie**, mit der die Koalition für die Jahre 2020 und 2021 die Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent deckelt, während der Bund den Finanzbedarf der Sozialversicherungen aus Steuern komplett ausgleicht, um Kürzungen bei den Sozialleistungen zu verhindern. Auch diese Maßnahme hilft bei Haushalten mit kleinem Einkommen besonders spürbar,

Eltern und Kinder sind durch Schul- und Kitaschließungen in der Corona-Pandemie besonders betroffen. Speziell zu ihrer Entlastung erhielten sie 2020 für jedes Kind einen einmaligen **Kinderbonus von 300 Euro** – im September wurden 200 Euro und im Oktober 100 Euro zusätzlich ausgezahlt. Besonders gut: Auch Familien, die in der Grundsicherung leben, haben diesen Kinderbonus voll ausgezahlt bekommen, während Kindergelderhöhungen ja leider immer angerechnet werden und darum nicht bei den Betroffenen direkt ankommen. Andererseits: während eine Paarfamilie mit zwei Kindern bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 67.600 Euro in voller Höhe von diesem Kinderbonus profitierte und bei bis zu 93.000 Euro Einkommen nach Verrechnung mit den Kinderfreibeträgen noch teilweise, haben Eltern ab 93.000 Euro zu versteuerndem Einkommen nach Verrechnung mit den Freibeträgen keinerlei Vorteil durch den Kinderbonus, was durchaus sozial gerecht ist. Insgesamt hat dieser **Kinderbonus 4,3 Mrd. Euro in die Portemonnaies der Eltern mit insgesamt 15 Millionen Kinder „gespült“.** Eine besondere Unterstützung gibt es für **Alleinerziehende**. Für sie wird der sogenannte Entlastungsbetrag befristet auf die Jahre **2020 und 2021 von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt.**

Die Corona-Zeit hat nochmal deutlich vor Augen geführt: Leistungsfähige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind für die Teilhabe unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von absolut zentraler Bedeutung, für die natürlich – eigentlich – nach unserer föderalen Verfassung allein die Länder und Kommunen zuständig sind. Die Schulen stehen hier vor großen Herausforderungen, **sie müssen ihre digitalen Lehrangebote ausbauen und für den Präsenzunterricht entsprechende Hygieneanforderungen einhalten.** Das Konjunkturpaket der Bundesregierung enthält darum besonders wichtige Impulse für den **Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen. Um den Ausbau der ganztägigen Betreuung zu beschleunigen, wurden die ursprünglich geplanten Investitionsmittel um 1,5 Milliarden Euro erhöht.**

21.11.2018: Regierungsbank mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil und Staatsminister Hendrik Hoppenstedt (vor Corona)

28.09.2018: EU-Bürgerdialog mit in der Europa-Universität Flensburg (Foto: BMF photothek)

Für die Bundesländer besteht somit die Möglichkeit, doppelt zu profitieren, wenn sie die Mittel für Investitionen in den Jahren 2020 oder 2021 abrufen. Ist dies der Fall, so erhalten sie die entsprechende Summe in den späteren Jahren der Laufzeit zusätzlich.

Wie bereits erwähnt hat das Bundeskabinett ergänzend zum „DigitalPakt Schule“ (5 Mrd. Euro) bereits am 22. April 2020 ein **„Sonderausstattungsprogramm“ in Höhe von 500 Mio. Euro für Schulträger aufgelegt – Schleswig-Holstein profitierte davon mit über 17 Mio. Euro.** Von diesem Geld können die Schulen **schulgebundene mobile Endgeräte wie Tablets oder Laptops anschaffen** und dann bei Bedarf an die Schüler ausleihen. Außerdem kann die **Ausstattung der Schulen, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote** erforderlich ist, gefördert werden – wie beispielsweise Aufnahmetechnik, Software sowie die notwendigen Kosten für Schulungen der Lehrkräfte. Wir erlebten im Frühjahr mit den bundesweiten Schulschließungen, wie unterschiedlich gut (oder schlecht) Schulen und Lehrkräfte in der Corona-Pandemie ausgerüstet und vorbereitet waren, um statt Präsenzunterricht Home-Schooling pädagogisch und technisch kompetent anbieten zu können. Die Pandemie verstärkt Bildungsungerechtigkeit, weil viele Schülerinnen und Schüler aus finanzschwachen Elternhäusern von Haus aus technisch und methodisch weniger unterstützt werden können als ihre Klassenkameraden. Bei der „Aufrüstung“ der Schulträger zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler, die darauf angewiesen sind, hat der Bund massiv beigetragen – allerdings ohne eine Initiative oder Beteiligung der eigentlich zuständigen Jamaika-Landesregierung in Kiel, was wirklich traurig ist. Auf absehbare Zeit wird der Präsenzunterricht durch gute digitale Angebote und Formate ergänzt werden müssen, auch wenn in diesem Herbst – trotz Teil-Lock-Down – zu Recht bundesweit für Kinder und Familien die Priorität so gesetzt wurde, dass Schul- und Kita-Schließungen nur das allerletzte Mittel sein sollen, um das Virus in Hotspots zu stoppen.

Außerdem hat die Koalition bereits im Frühsommer einen S**chutzschirm für Auszubildende gespannt** – denn: Auszubildende sind unsere Fachkräfte von morgen! Schulabsolventen sollen auch 2020 trotz der aktuellen Situation eine Ausbildung beginnen bzw. Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich zu Ende bringen können. Deshalb gibt es Prämien für Betriebe, die ihre Ausbildungsplätze erhalten oder erhöhen beziehungsweise Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen. Überprüft wird die Berechtigung für die Prämie durch den Nachweis, dass das Ausbildungsangebot 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren aufrechterhalten worden ist. Wer das Angebot sogar erhöht, bekommt für jeden zusätzlichen Ausbildungsvertrag 3.000 Euro. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die von COVID-19 besonders betroffen sind, können eine Prämie von 2.000 Euro für jeden abgeschlossenen Ausbildungsvertrag beantragen.

Beschlossen haben wir im Juli auch ein **Kredit-Sonderprogramm der KfW für gemeinnützige Organisationen für 2020/2021 von 1 Mrd. Euro,** um die Länder bei deren Maßnahmen zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen (Sozialunternehmen, Jugendherbergen, Einrichtungen der Jugendbildung, Familienferienstätten, Schullandheime und andere gemeinnützige Kinder- und Jugendunterkünfte) effektiv zu unterstützen. Die Bundesmittel allein (!) gestatten eine 80-prozentige Haftungsfreistellung der zu fördernden Maßnahmen der landeseigenen Förderinstitute, die geringfügige Aufstockung auf bis zu insgesamt 100 Prozent ist dann Ländersache.

Zentraler Teil unserer Investitionsoffensive:

KLIMASCHUTZ

Bereits im **Bundeshaushalt 2019** haben wir mit Investitionen von **66 Mrd. Euro zusätzlich (!) bis 2023** ein deutliches Zeichen für den „Kampf gegen den Klimawandel" gesetzt, um mit dieser gewaltigen Summe den Strukturwandel in allen Wirtschaftsbereichen hin zu effektiven CO2-Einsparungen und damit zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele zu schaffen. Dabei spielen Investitionen in technologische Erneuerungen eine zentrale Rolle, um die entschlossene Kehrtwende unserer Gesellschaft und Wirtschaft erfolgreich zu erreichen. Das ist für Deutschland deshalb eine größere Herausforderung als für unsere Nachbarländer, weil wir als einziges Land bis Ende 2022 aus der Atomkraft aussteigen und gleichzeitig bis 2038 aus der Kohle. Seit 2019 haben wir jetzt erstmals in der Geschichte unseres Landes ein Klimaschutzgesetz, das verbindliche Ziele zur CO2-Reduzierung festlegt. **Fakt ist: Ohne die SPD würde es weder dieses noch irgendein anderes Klimaschutzpaket geben.**

Mit dem Klimapaket verbinden wir Investitionen zur Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur mit klaren Vorgaben zur Reduzierung der CO2-Emissionen.

So garantiert der Bund der Bahn beispielsweise für die nächsten zehn Jahre 86 Mrd. Euro für Modernisierung, Digitalisierung, Instandsetzung und Betrieb, um den umweltfreundlichen Schienenverkehr für die Zukunft attraktiver zu machen. Zusätzlich steigerten wir die Verkehrsinvestitionen im Bundeshaushalt 2020 auf das Rekordniveau von 15,3 Mrd. Euro, um künftig viel mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Der Bund engagiert sich außerdem massiv beim **Ausbau von U- und S-Bahnnetzen** in den Ballungszentren. Für Metropolen wie Hamburg und sein Umland stehen 1,2 Mrd. Euro bereit, damit Pendler künftig eher das Auto stehen lassen können. Außerdem beinhaltet das Klimapaket 900 Mio. Euro für den Ausbau von Radwegen, eine **Kaufprämie für E-Autos sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge.**

Für **Maßnahmen zur CO2-Einsparung im Gebäudebereich** (z.B. für Förderprogramme für umweltfreundliche Heizungen und Pumpen) stellt der Bund bis 2023 rund 13,1 Mrd. Euro bereit. Zusätzlich werden energetische Sanierungen im Umfang von 900 Mio. Euro gefördert.

Das „Klimapaket" setzt auch **Impulse für den Ausbau der erneuerbaren Energien:** Der „Deckel" – also die künstliche Begrenzung – für den Ausbau von Solarstrom-Anlagen ist endlich gestrichen, und der „Deckel" bei der Offshore-Windkraft von 15 auf 20 Gigawatt deutlich angehoben. Die Regelungen für die Windkraft an Land werden vereinheitlicht, indem es einen bundesweiten Mindestabstand zu „Wohngebieten" von 1.000 Meter gibt, den die Bundesländer auf eigene Initiative auch verringern können.

09.12.2019: Pressekonferenz mit Umweltministerin Svenja Schulze bei der UN-Klimakonferenz in Madrid

24.05.2019: Schirmherrin für die alte Apfelsorte „Freiwilligenapfel“ auf der BUND-Streuobstwiese in Bad Malente zur Förderung des FÖJ (Foto: Beate Hanhart-Jensen)

Auf europäischer Ebene hat sich die Einführung des **CO2-Zertifikatehandels** im Energiebereich und im Luftverkehr bewährt: 2020 lagen die Kohlendioxid-Emissionen in Europa (vor Corona) 21 Prozent unter dem Niveau von 2005! Deshalb führen wir mit dem Klimapaket ab 1. Januar 2021 eine CO2-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudebereich ein. Der Preis von anfangs 25 Euro pro Tonne CO2 wird schrittweise erhöht, sodass er 2026 zwischen 55 Euro und 65 Euro liegt. So wollen wir Anreize für eine sozial verträgliche Umsteuerung ermöglichen, denn viele Bürgerinnen und Bürger können sich Investitionen in CO2-arme Heizungen oder Autos nicht ad-hoc leisten. Die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung fließen über die Senkung der EEG-Umlage und die Erhöhung der Entfernungspauschale als Entlastung an die privaten Haushalte zurück.

Diese bereits 2019 mit dem „**Klimaschutz-programm 2030**“ beschlossenen Maßnahmen für „nachhaltige Mobilität“ haben wir im Juni 2020 mit dem Konjunkturpaket noch einmal erheblich aufgestockt, um beim Klimaschutz „einen Gang hochzuschalten“. Insbesondere wollen wir gerade in der jetzigen Situation die Kommunen zu einer **Verkehrswende** ermutigen, denn der „Lock-Down“ im Frühjahr hat im Verkehr nicht nur für einschneidende Veränderungen gesorgt, sondern auch viele Schwachstellen unserer Mobilität schonungslos offengelegt. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um eine tiefgreifende Modernisierung der Verkehrs-systeme und der Verkehrsmittel zu starten. Dabei geht es nicht nur um die Förderung einer Umstellung auf Elektromotoren oder andere schadstoffarme Antriebe, sondern auch um bessere Alternativen zum privaten Autobesitz, was natürlich in Ballungsräumen und Städten leichter zu realisieren ist als im ländlichen Raum. Aber auch bei uns muss das mittelfristige Ziel sein, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als integriertes Tür-zu-Tür-Angebot an jedem Ort und zu jeder Zeit auf digitalen Plattformen attraktiver zu machen – quasi der professionelle Ausbau unseres „Bürgerbus-Systems“. Natürlich sind für den Ausbau und die Attraktivität des ÖPNV mit Regionalbahnen und Bussen die Kreise und Kommunen mit den Ländern verantwortlich und eigentlich nicht der Bund, aber wir haben in der Koalition beschlossen, diese Kraftanstrengung finanziell dann zu unterstützen, wenn sie nachhaltig eine klimafreundliche Mobilitätswende für die Menschen auch im ländlichen Raum praktisch ermöglicht.

Durch die **Umweltprämie** wird der Austausch von Autos mit Verbrennungsmotoren durch klima- und umweltfreundlichere Elektro-

fahrzeuge gefördert. Hier investiert der Bund 2,2 Mrd. Euro, um den **Austausch zu emissionsfreien Fahrzeugen zu beschleunigen**, und verdoppelt daher seinen Anteil am Umweltbonus. Das bedeutet zum Beispiel, dass bis zu einem Nettolistenpreis des E-Fahrzeugs von 40.000 Euro die Förderung des Bundes von 3.000 auf 6.000 Euro steigt. Diese Maßnahme ist befristet bis 31.Dezember 2021.

Weitere **2,5 Milliarden Euro gehen in den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur**, die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität und in die Batteriezellfertigung, weil diese Maßnahmen die notwendige Voraussetzung zur Verbreitung der E-Mobilität und zum Erreichen unserer Klimaschutzziele sind. Wir wollen dabei ein bundesweit einheitliches Bezahlsystem für Ladesäulen erreichen, dass Ladepunkte einerseits an allen Tankstellen errichtet und von den Kommunen andererseits öffentliche Ladesäulen beispielsweise bei Kitas, Krankenhäusern, Stadtteilzentren und Sportplätzen aufgebaut werden.

Außerdem fördern wir mit dem Konjunkturpaket speziell diejenigen, die zum Wohle der Bevölkerung unterwegs sind: **für Soziale Dienste gibt es ein für die Jahre 2020 und 2021 befristetes Flottenaustauschprogramm „Sozial & Mobil“**, um die gemeinnützigen Träger bei der Flottenumrüstung zu unterstützen. Auch die vielen **Handwerksbetriebe sowie kleinen und mittleren Unternehmen unserer Region** können bei der **Anschaffung von Elektronutzfahrzeugen bis 7,5 t** vom befristeten Flottenaustauschprogramm für Handwerker profitieren. Für den Umstieg auf E-Mobilität im Nahverkehr wird die **Förderung mit 1,2 Mrd. Euro für Busse mit klimafreundlichen Antrieben** aufgestockt – für private und kommunale Betreiber gleichermaßen. Außerdem stärken wir die **Deutsche Bahn als klimafreundliches Verkehrsmittel erneut mit weiteren 5 Mrd. Euro Eigenkapital vom Bund**, da sie in der Corona-Krise Milliardenverluste verkraften musste. Auch die Schifffahrt haben wir nicht vergessen und 1 Mrd. Euro für deren Modernisierung und Digitalisierung bewilligt. Die Bundesregierung stellt zudem kurzfristig ihre „**Nationale Wasserstoffstrategie**“ vor, womit der Grundstein für neue Exporttechnologien gelegt und in die Energieversorgung von morgen investiert werden soll – Wasserstofftechnologie „made in Germany“. Davon wollen wir auch in Schleswig-Holstein profitieren, indem wir gerade bei uns die Produktion von „grünem“ Wasserstoff fördern und Unter¬nehmen bei der Entwicklung und der klimafreundlichen Prozessumstellung unterstützen.

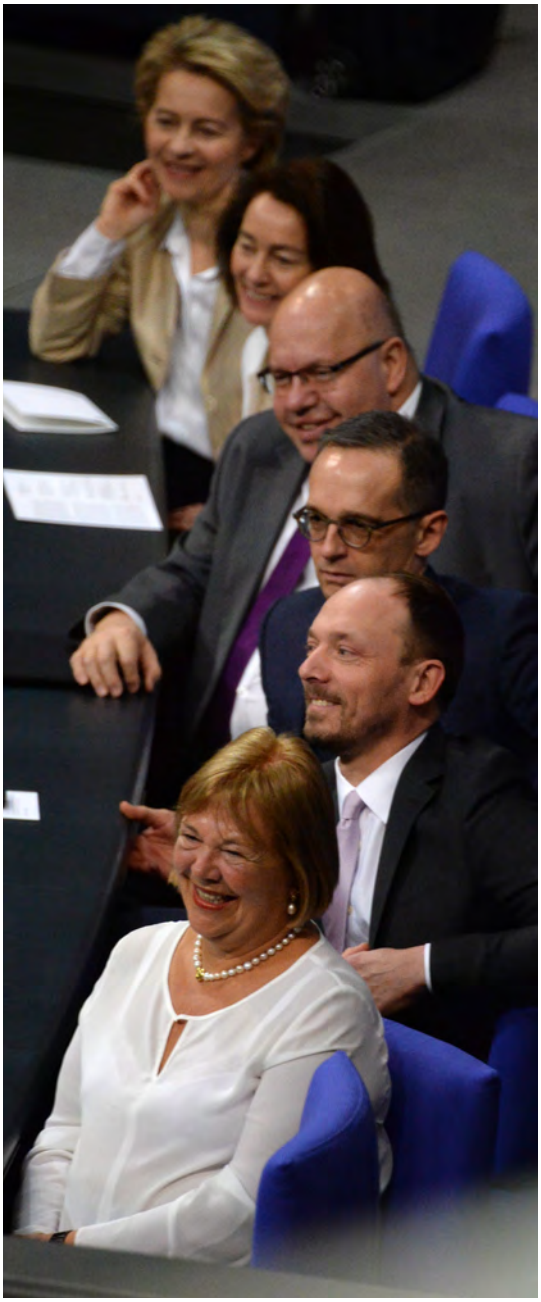
Parallel haben wir die **Kfz-Steuer** für Pkw stärker an CO2-Emissionen ausgerichtet: Ab 2021 müssen Besitzer für klimaschädliche Autos mehr Geld zahlen – diejenigen sauberer Autos weniger. Die bereits geltende zehnjährige **Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge** wurde vom 31. Dezember 2025 bis zum 31. Dezember 2030 verlängert.

09.12.2019: Mit SPD-Umweltministerin Svenja Schulze bei der UN-Klimakonferenz in Madrid

Dieses Konjunkturpaket zeigt ganz klar: **Die SPD versteht den Klimawandel nicht nur als Bedrohung, sondern dessen Bewältigung auch als eine Chance** in den wichtigsten Wettbewerbsfeldern für deutsche Unternehmen. Deutschland und Europa haben gerade jetzt die Chance, in den kommenden Jahren die Technologien für klimaneutrales Wirtschaften zu liefern. Dazu müssen wir den bereits begonnenen Strukturwandel unserer Wirtschaft stärken und noch ehrgeiziger werden – das gilt insbesondere für die Automobilindustrie.

KAMPF GEGEN DIE ZWEITE WELLE

Hilfe für die Wirtschaft in der Krise



Regierungsbank zur Feierstunde am 16.01.19
„100 Jahre Frauenwahlrecht“
Foto: studio kohlmeier berlin

Wie zu befürchten war, hält uns die Corona-Pandemie in ganz Europa – und natürlich auch bei uns in Deutschland – seit Herbst mit explodierenden Infektionszahlen deutlich stärker in Atem als es viele noch im Sommer gehofft hatten. Viele Einschränkungen, die in der warmen Jahreszeit gelockert werden konnten, mussten in vielen betroffenen Regionen schon frühzeitig zurückgenommen werden, während unser Norden immer noch relativ „gut“ dastand. Aber am **28. Oktober** verkündeten die **Bundeskanzlerin und 16 Ministerpräsidenten** schließlich aufgrund der bundesweit drastischen Zunahme der Infektionszahlen für die vier Novemberwochen erneut den „**1. Lock-Down Light**“. Dabei sollte es aber leider nicht bleiben: am 25. November wurden diese Maßnahmen durch dieselbe „Runde“ – mehr oder weniger – bis 20. Dezember verlängert.

Mit diesem Beschluss kündigte SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz am 29. Oktober gemeinsam mit seinem Kollegen für Wirtschaft Peter Altmaier gleichzeitig außerordentliche **Wirtschaftshilfen des Bundes in Höhe von ursprünglich kalkulierten 10 Mrd. Euro (aktuell eher 15 Mrd. Euro) für betroffene Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen an, deren Betrieb aufgrund dieses Lock-Downs massiv betroffen sind.** Diese „**Novemberhilfe**“ wird in Form einer einmaligen Kostenpauschale ausgezahlt, wobei antragsberechtigt alle (auch öffentlichen) Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen sind, die auf der Grundlage dieser Schließungsverordnungen der Länder als direkt betroffen gelten – **alle Beherbergungsbetriebe und Veranstaltungsstätten gehören pauschal dazu.** Außerdem antragsberechtigt sind solche Unternehmen und Betriebe (auch Solo-Selbstständige), die nachweislich und regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit direkt von den o.g. Maßnahmen betroffenen Unternehmen erzielen (d.h. „indirekt betroffene Unternehmen“). Mit der Novemberhilfe werden Zuschüsse pro Woche der Schließungen in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen wöchentlichen Umsatzes vom November 2019 gewährt,

während anderweitige staatliche Leistungen (wie z. B. die Überbrückungshilfe II oder das Kurzarbeitergeld) natürlich gegengerechnet werden. Reine Liquiditätshilfen (wie zum Beispiel rückzahlbare KfW-Kredite) werden aber ebenso wenig angerechnet wie z.B. bei Solo-Selbstständigen eine eventuell gewährte Grundsicherung oder die Förderung der Wohnung.

Restaurants, die schließen müssen, aber stattdessen einen Außer-Haus-Verkauf-Service anbieten, werden für diese – für die Kunden willkommene – Initiative nicht „bestraft", denn: nicht nur für sie gilt die Sonderregelung, die ihnen einen „25-prozentigen Zuverdienst" zur Novemberhilfe erlaubt, ohne dass es zu Abschlägen kommt. Diese Regelung gilt übrigens genauso seit März für die in Kurzarbeit Beschäftigten, für die ebenso Hinzuverdienst erlaubt ist und nicht abgezogen wird, solange er nicht das ehemalige Netto-Einkommen übersteigt.

Soloselbständige, die maximal pauschal 5.000 Euro Novemberhilfe beantragen können, haben – wenn sie z.B. in der Veranstaltungsbranche tätig sind – häufig über das Jahr verteilt sehr stark schwankende Einkommen; deshalb können sie als Vergleichsumsatz alternativ den durchschnittlichen Wochenumsatz im Jahr 2019 zugrunde legen. Wer erst NACH dem 31. Oktober 2019 seine Geschäftstätigkeit aufgenommen hat, darf als Vergleichsumsatz den durchschnittlichen Wochenumsatz vom Oktober 2020 oder den seit seiner Gründung wählen.

Die Antragstellung erfolgt (wie bei den Überbrückungshilfen seit Juni 2020) elektronisch durch Steuerberater und Wirtschaftsprüfer über die zentrale Überbrückungshilfe-Plattform des Bundeswirtschaftsministers (https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de). Nachdem es bei den (sehr unbürokratischen!) Corona-Soforthilfen im Frühjahr leider bundesweit zu (teils kriminellem) Missbrauch gekommen war, soll diese Antragsform über Steuerberater und Wirtschaftsprüfer nun Seriosität garantieren. Nur Soloselbständige dürfen bis zu einem Förderhöchstsatz von 5.000 Euro direkt über ELSTER und ihre Steueridentifikationsnummer Förderanträge stellen, um ihnen zügig, unbürokratisch und verlässlich helfen zu können. **Die Plattform ist seit dem 25. November 2020 funktionsfähig und ermöglicht auch im ersten Schritt zügige Abschlagszahlungen von bis zu 5.000 bzw. 10.000 Euro.** Das ist eine gute Nachricht für die von den Maßnahmen im November betroffenen Soloselbständigen und Unternehmen sowie ihre Beschäftigten.

Aufgrund der weiterhin nicht sinkenden Infektionszahlen haben die **16 Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. November 2020, den „2. Lock-Down Light" beschlossen und bis zum 20. Dezember verlängert.** Klar war deshalb für Olaf Scholz und uns Sozialdemokraten, dass dann auch die „Novemberhilfe" jetzt als „Dezemberhilfe" verlängert werden muss, obwohl das extrem teuer für uns Steuerzahler wird. Warum? Weil die Dezember- und Weihnachtsumsätze, die wohl verloren gehen, viel höher sind als die im November. Das bedeutet nochmals bis zu 17 Milliarden Euro Mehrkosten allein für den Bund. Ab Januar erwarten die Haushaltspolitiker der GroKo allerdings, dass sich an eventuellen Ausgleichzahlung für mögliche weitere „Lock-Downs" – die stets die Ministerpräsidenten beschließen – sich finanziell dann auch die Länder beteiligen, obwohl bislang deren Bereitschaft dazu gegen null geht. Dabei sind die Steuereinnahmen der Länder (und Kommunen) laut offizieller Statistik 2020 durchaus weit weniger gesunken als die des Bundes.

Am Freitag, dem 13. November 2020, wurden nun auch die Verhandlungen zwischen Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier für die **Überbrückungshilfe III** abgeschlossen, die eine **Laufzeit von Januar bis Juni 2021** haben werden und sich nahtlos an die Überbrückungshilfe II anschließen sollen, die von September bis Dezember 2020 gilt. Diese wird aber keineswegs nur verlängert, sondern auch erneut ausgeweitet, so dass insbesondere die Kulturschaffenden, die Veranstaltungsbranche und Solo-Selbstständige stärker profitieren können als bisher.

Blicken wir zurück: Um die Existenz von Unternehmen und Soloselbständigen zu sichern, enthielt das **Konjunkturprogramm vom Juli 2020 die Überbrückungshilfe I in Höhe von 25 Milliarden Euro**, damit betroffene Unternehmen in den Monaten Juni bis August weiter Unterstützung bei der Finanzierung laufender Betriebskosten durch den Bund im Anschluss an das „Soforthilfeprogramm" (geltend für März bis Ende Mai) erhalten konnten – bei Überschneidung der Förderzeiträume von Soforthilfe und Überbrückungshilfe erfolgte natürlich eine anteilige Anrechnung. Inzwischen wurde das Programm bis zum Jahresende für die Fördermonate September bis Dezember 2020 als **Überbrückungshilfe II** verlängert, verbessert und flexibilisiert: Es bleibt dabei, dass die **Überbrückungshilfe für Unternehmen aus allen Branchen offensteht**, die durch die Corona-Krise besonders betroffen sind. Um besonders die Unternehmen noch besser zu erreichen, bei denen das Geschäft durch behördliche Einschränkungen oder Hygiene- und Abstandsregeln immer noch stark beeinträchtigt ist, wurden viele Änderungen am Programm ab September vorgenommen: Einerseits sind jetzt alle Unternehmen zur Antragstellung berechtigt, die entweder einen Umsatzeinbruch von mindestens 50 Prozent in zwei zusammenhängenden Monaten im Zeitraum April bis August 2020 gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten oder einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent im Durchschnitt in den Monaten April bis August 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet haben. Weiterhin sind die Förderhöchstgrenzen für kleine- und mittlere Unternehmen von 9.000 Euro bzw. 15.000 Euro ersatzlos gestrichen worden. Die Fördersätze wurden erhöht: erstattet werden 90 Prozent der Fixkosten bei mehr als 70 Prozent Umsatzeinbruch (vorher 80 Prozent der Fixkosten), 60 Prozent der Fixkosten bei einem Umsatzeinbruch zwischen 50 Prozent und 70 Prozent (vorher 50 Prozent der Fixkosten) und 40 Prozent der Fixkosten bei einem Umsatzeinbruch von mehr als 30 Prozent (vorher bei mehr als 40 Prozent Umsatzeinbruch). Besonders wichtig: Die Personalkostenpauschale von 10 Prozent der förderfähigen Kosten wurde auf 20 Prozent erhöht. Und bei der Schlussabrechnung sind nun auch Nachzahlungen möglich (anstatt nur Rückforderungen). Die Antragsfrist für die Überbrückungshilfe II, die auch rückwirkend ausgezahlt wird, endet erst am 31. Dezember 2020.

Erfolg für die „AlarmstufeRot" - Zugang zu den Novemberhilfen deutlich ausgeweitet!

Viele **Unternehmen und Soloselbständige gerade aus der Veranstaltungsbranche** waren seit März – und auch den ganzen Sommer über wegen der Absage aller Großveranstaltungen – mit ihrem Geschäftsbetrieb „im Stillstand" und ohne Aufträge. In der V**eranstaltungsbranche arbeiten über 1,3 Millionen Menschen in über 100.000 Unternehmen, Betrieben oder als Soloselbständige**. Es ist eine der umsatzstärksten Branchen unserer Wirtschaft und sie leidet wie keine andere unter der Corona-Pandemie. Ob Eutiner Festspiele oder Kieler Woche, ob Schleswig-Holstein-Musik-Festival oder Großflohmärkte, ob Schlagerparties oder Open-Air-Festivals am Strand – alles abgesagt. Dass traf nicht nur die Künstlerinnen und Künstler, sondern insbesondere die Unternehmen der Veranstaltungsbranche, die solche Veranstaltungen mit ihrer Logistik und Dienstleistung erst ermöglichen. Erschwerend für die ganze Branche mit über einer Million Beschäftigter, dass z.B. auch deren „Kerngeschäft" – die Messen – komplett abgesagt wurden. Von diesen Veranstaltungen und Messen sind aber auch viele Dienstleistungs- und Logistik-Betriebe wie Caterer, Messe-Bauer, Ton- und Lichttechniker etc. abhängig, die nun schon seit vielen Monaten vollkommen „in der Luft hängen" und sich im Juni in dem Aktionsbündnis „**AlarmstufeRot**" zusammengeschlossen haben, um auf ihre verzweifelte wirtschaftliche Lage öffentlich aufmerksam zu machen. Sie wurden bekannt durch eine kreative Aktion im Juni, bei der markante Gebäude nicht nur bundes-, sondern sogar europaweit eine Nacht lang rot angeleuchtet wurden und parallel dazu Demonstrationen und Gespräche mit Politikern aus Kreis, Land und Bund auf die Situation dieser vielen Kulturschaffenden aufmerksam machen sollten – in Ostholstein

28.10.2020: Rede für Olaf Scholz auf der Bühne der „AlarmstufeRot“ bei der Demo der Veranstaltungsbranche vor dem Brandenburger Tor (Foto: Nikolai Kues)

fand diese Aktion vor dem Oldenburger Rathaus statt. Kurz darauf – **am 26. Juni 2020 – traf ich mich in Oldenburg auf Initiative von Christian Hartmann (Ostsee-Pyrotechnik) mit über 15 Vertretern der Veranstaltungsbranche aus Ostholstein zum dreistündigen Gedankenaustausch** – dabei waren u.a. der bekannte DJ Stephan Nanz und Christian Walsdorf (Opus Showtechnik/ Kiel) und viele andere. Seitdem habe ich diesen Gesprächsdraht – vor allem über die sozialen Medien – nie abreißen lassen und mich in Berlin sehr intensiv für diese Branche eingesetzt. Ich bin absolut erleichtert, dass dieses Engagement für die Aktiven der „Alarmstufe Rot“ am Ende erfolgreich war, wozu vor allem das beharrliche Eintreten im November von Olaf Scholz persönlich geführt hat.

In meiner Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium habe ich mich bereits am **9. September mit den Vertretern der „AlarmstufeRot“ um die bundesweit bekannte Hauptorganisatorin Sandra Beckmann zu intensiven, offiziellen Gesprächen getroffen** und mich mit vollem Engagement für deren Belange eingesetzt. So kam es auch am **12. Oktober in Berlin** zu einem ausführlichen Gedankenaustausch der Aktiven der **„AlarmstufeRot“ mit Olaf Scholz persönlich**, der seitdem im Finanzministerium die konkreten Hilfen konstruieren ließ, um sie dann bei der Ausgestaltung der „Novemberhilfe“ in den Verhandlungen mit dem (eigentlich zuständigen!) Bundeswirtschaftsministerium durchsetzen zu können: Das Treffen von Olaf Scholz am 12. Oktober mit den Vertretern der „AlarmstufeRot“ war der Startschuss für zahlreiche Gespräche, Telefonate und Videokonferenzen mit den Betroffenen aus der Kreativwirtschaft über ihre existentielle Not in der Pandemie. Mit dem Wirtschaftsministerium folgten zwei Wochen lang harte Verhandlungen – ursprünglich hatte Wirtschaftsminister Peter Altmaier die „Novemberhilfen“ so konzipiert, dass ca. 88 Prozent der über eine Million Beschäftigter der Veranstaltungsbranche wieder keine Unterstützung erhalten hätte. Diese für viele verzweifelte Situation führte 5.000 Betroffene aus der ganzen Republik – vorbildlich mit Abstand und Maske – am **28. Oktober 2020 zur 2. Großdemonstration der „AlarmstufeRot“ nach Berlin vor das Brandenburger Tor**. Dort haben viele prominente Unterstützer auf der Kundgebung für die Menschen „Flagge gezeigt“, die ihre Auftritte als Tontechniker, Bühnenbauer, Lichttechniker u.v.m. erst möglich machen. So zum Beispiel Campino von den Toten Hosen, Dieter Hallervorden, Rod González von Die Ärzte, Arnim Teutoburg-Weiß von den Beatsteaks oder Roland Kaiser. Auch Vertreter der Parteien waren zu Interviews auf die Bühne eingeladen - für Olaf Scholz und die SPD-Bundestagsfraktion habe ich auf der Hauptbühne der Demonstration zu den Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung Stellung bezogen. Am 28. Oktober herrschte bei den Demonstranten noch überwiegend Skepsis – aber gut zwei Wochen später hatten wir den Knoten endlich durchgeschlagen: am 13. November gelang der Durchbruch in den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium! Wir haben es geschafft, die Vorschläge der „AlarmstufeRot“ in einigen Bereichen nahezu 1:1 in die Novemberhilfen zu integrieren. Es

hat sich aber gelohnt, denn jetzt profitieren endlich auch deren ca. 100.000 Betriebe bzw. Soloselbstständige, wodurch die „Novemberhilfe“ allerdings auch um ca. 4 Mrd. Euro teurer werden wird. Zum Beispiel werden jetzt nicht nur (wie von Peter Altmaier vorgesehen) Beherbergungsbetriebe, sondern auch Veranstaltungsstätten als direkt betroffene Unternehmen bewertet und damit automatisch antragsberechtigt. Wer regelmäßig 80 Prozent der Umsätze durch Lieferungen und Leistungen im Auftrag direkt von den Maßnahmen betroffener Unternehmen über Dritte (zum Beispiel Veranstaltungsagenturen) erzielt, ist damit ebenso berücksichtigt. Betroffene Soloselbstständige können jetzt pauschal max. 5.000 Euro für den November beantragen, ohne einen Steuerberater in Anspruch zu nehmen, wenn ihre Umsätze im Jahresdurchschnitt von 2019 nachweislich entsprechend eingebrochen sind.

Zusätzlich wird es nun bei der „Überbrückungshilfe III“ ab Januar eine sogenannte „**Neustarthilfe für Soloselbständige**“ geben, womit der besonderen Situation von Soloselbständigen – insbesondere von Kulturschaffenden und ihren Crews – endlich verlässlich Rechnung getragen wird. Zu den zu berücksichtigenden Kosten soll für diese Gruppe künftig eine einmalige Betriebskostenpauschale von 25 Prozent des Umsatzes im Vergleichszeitraum des Vorjahres zählen und bei einmalig (!) bis zu 5.000 Euro für den Zeitraum bis Juni 2021 gedeckelt sein. Die Neustarthilfe ist aufgrund ihrer Zweckbindung nicht auf Leistungen der Grundsicherung anzurechnen. Es handelt sich um einen unbürokratischen und schnellen Zuschuss, der – wenn die Antragsvoraussetzungen vorliegen – nicht zurückzuzahlen ist. Die Neustarthilfe soll als Vorschuss ausgezahlt werden, auch wenn die konkreten Umsatzeinbußen während der Laufzeit ab Januar bis Juni 2021 bei Antragstellung noch nicht konkret feststehen können. Sollte der Umsatz während der Laufzeit anders als zunächst erwartet bei über 50 Prozent des siebenmonatigen Referenzumsatzes liegen, sind die Vorschusszahlungen anteilig zurückzuzahlen. Aufgrund der nötigen technischen Programmierungen und der Abstimmungen mit den Ländern und der EU-Kommission können die Anträge leider erst einige Wochen nach Programmstart im neuen Jahr gestellt werden, aber gelten dann auch rückwirkend.

Am Vorabend unseres Verhandlungsdurchbruchs – am 12. November – hatte ich mich aufgrund einer **Facebook-Einladung des Drummers der Rockband „The New Roses“**, Urban Berz, zu einer (quasi öffentlichen) Informations- und Diskussionsrunde als Videokonferenz verabredet, die ich mit unseren direkt verhandelnden Fachleuten im Finanzministerium und mit Vertretern der Veranstaltungsbranche führte. Über zweieinhalb Stunden haben wir uns ausgetauscht und versucht alle Fragen zu beantworten – ich habe mich besonders gefreut, dass mit Christian Hartmann, Stephan Nanz und Christian Walsdorf auch drei Branchenvertreter von meinem 1. Treffen im Juni in Oldenburg dabei waren. Das – für ein Ministerium – unkonventionelle Dialog-Format setze ich fort, denn die Rückmeldungen aller Teilnehmer waren total positiv. Zum gleichen Thema gab ich ebenfalls ein großes **Interview in der Fachzeitschrift „MusikWoche“, die am 07.11.2020 erschien**. Und am **3. Dezember** war ich in gleicher Sache **Gast bei einer Talkrunde beim „Reeperbahn-Festival“** – online, natürlich. Leider. Als einzige Politikerin diskutierte ich an diesem Abend mit der „Chefin“ der AlarmstufeRot

3.12.2020: Digitale Talkrunde beim „Reeperbahn-Festival“ mit Konzert- und Festivalveranstaltern

Sandra Beckmann, der Sprecherin der Berliner Club-Szene Pamela Schobeß und dem Geschäftsführer FKP Scorpio als großem Konzert- und Festival-Veranstalter Stephan Thanscheidt. Unser Hauptthema war ein 2,5 Mrd.-Euro-Fond, den wir als Finanzministerium für 2021 aus der Taufe heben wollen, um Kulturveranstaltungen wieder zu ermöglichen. Die Künstler und Kreativen wollen nämlich nicht vorrangig Geld für eine weitere „Zwangspause“ vom Staat, sondern sie brennen darauf endlich wieder arbeiten zu können – und wir als ihr Publikum wollen das ja schließlich auch, weil uns die Kultur als emotionales Erlebnis und Inspiration so fehlt. Mit Olaf Scholz planen wir, Künstler und Veranstalter (finanziell) zu ermutigen, damit sie wieder Aufführungen und Konzerte planen, auch dann, wenn sie – coronabedingt – nur mit wenig Publikum stattfinden und deshalb nicht kostendeckend sein können. Wir wollen „hybride“ Kulturveranstaltungen (also mit wenig Publikum plus einem Online-Angebot) fördern und wir wollen jenen, die im 2. Halbjahr Veranstaltungen mit langen Vorlaufzeiten planen wollen, die Chance einer „Versicherung“ dafür geben, dass – sollten die Veranstaltungen nicht oder nicht wie geplant stattfinden können - sie nicht auf ihren Vorbereitungskosten „sitzen bleiben“.

Am 26./27. November hat der Haushaltsausschuss mit seiner berühmten „Bereinigungssitzung“ die Haushalts-beratungen nach 2 Monaten erfolgreich beendet und nach 17 1/2 Stunden (bis Freitag früh kurz vor 5 Uhr!) den Bundeshaushalt 2021 mit unzähligen Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf vom September beschlossen: Während Olaf Scholz und das Bundeskabinett im Spätsommer noch mit einer Netto-Kreditaufnahme von ursprünglich 96,2 Mrd. Euro geplant hatten, mussten die Haushaltspolitiker der GroKo jetzt 179,82 Mrd. Euro neue Schulden beschließen: **allein 32 Mrd. Euro davon sind für die November-/Dezember-Hilfen „on Top“ gekommen plus sechs Monate Vorsorge für die „Überbrückungshilfe III“** und viele weiteren Unwägbarkeiten – denn wie es 2021 mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen weitergeht, das weiß ja niemand wirklich.

14.11.2019: Mit SPD-Kollege Dennis Rohde 2019 im Haushaltsausschuss (vor Corona), der seit Juli 2020 unser „Chefhaushälter“ ist

So stehen allein für die Beschaffung von Corona-Impfstoffen weitere 2,7 Milliarden Euro im Etat. **Die große Koalition lässt in dieser Krise keinen zurück: das ist die klare Botschaft, die von diesem Haushalt ausgeht.** Doch diese rapiden milliardenschweren Ausgabenzuwächse (für die es allerdings meiner Meinung nach keine vernünftige und verantwortbare Alternative gibt!) sind selbst für mich nach fast zwei Jahrzehnten Erfahrung im Haushaltsausschuss schwer zu erfassen. Es war meine 18. Bereinigungssitzung und es ist mein 18. Bundeshaushalt – aber es gibt absolut keinen Vergleich zu diesem Jahr, keine „Blaupause“ für unser Handeln in der Krise. Die Pandemie und ihre dramatischen Folgen haben beständig alle Pläne und Prognosen während der Haushaltsberatungen in diesem Herbst auf den Kopf gestellt – so wie die Beschlüsse zur **Verlängerung des „Lockdown Light“ der 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin am Mittwoch, den 25. November, nur 24 Stunden VOR dieser letzten wichtigen Abschlusssitzung der Haushaltsberatungen.**

Aber: Die Belastung des Bundes zur Abfederung der Corona-Pandemie hat Grenzen. Es ist nicht länger akzeptabel, dass sich die Länder ihrer finanziellen Verantwortung entziehen. Da die Steuereinnahmen der Länder weitaus weniger eingebrochen sind als die des Bundes, wäre es die Pflicht der Länder, sich auch finanziell an den Wirtschaftshilfen zu beteiligen, gerade weil SIE in ihrer Ministerpräsidentenrunde beschließen, wie lang und wie stark das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in diesem Land eingeschränkt sein soll!

UNTERWEGS ALS PARLAMENTARISCHE STAATSSEKRETÄRIN

In Deutschland, Europa und der Welt

Seit März 2018 nehme ich für Finanzminister Olaf Scholz die Aufgabe als **Parlamentarische Staatssekretärin für die Themenbereiche Haushalt und Europa** wahr. Ich bin also weiterhin Abgeordnete des Deutschen Bundestages für meinen Wahlkreis, aber gleichzeitig Teil der Bundesregierung und arbeite somit als „Schnittstelle" zwischen dem Finanzministerium auf der einen und dem Parlament auf der anderen Seite. Das ist für mich persönlich ein spannender Perspektivwechsel und zugleich eine sehr ehrenvolle Aufgabe, die gerade aktuell enorm viel Zeit, Verantwortung und Engagement fordert – national wie international. Seit dem 1. Juli 2020 hat Deutschland außerdem in schwierigster Zeit die **EU-Ratspräsidentschaft** inne, und ich vertrete Olaf Scholz dann nicht nur ständig im Haushaltsausschuss, auf der Regierungsbank oder im Bundeskabinett, sondern häufig auch (zum Teil digital) in Brüssel oder Straßburg. So war ich zum Beispiel am 05. Oktober 2020 in Brüssel Gast des Europäischen Parlamentes, wo ich mit **meiner Rede vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments** die Position der 27 EU-Mitgliedstaaten zum Entwurf der Kommission für den EU-Haushalt 2021 vorstellte. Es war der „Startschuss" für viele Verhandlungstage bis Weihnachten in Brüssel, bei denen viele Termine „auf Video" umgestellt wurden.

05.10.2020: Vor meiner Rede zum EU-Haushalt 2021 vor dem Europäischen Parlament in Brüssel

Auch VOR der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die mehr als alles andere unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie zum siebenjährigen EU-Finanzplan samt „Recovery-Fund" und dem EU-Haushalt steht, habe ich Olaf Scholz und die Bundesregierung regelmäßig im In- und Ausland vertreten. So ging es am 28. Februar 2019 kurzfristig für Olaf Scholz nach London, um die Bundesregierung bei der **Internationalen Geberkonferenz für Jordanien** (Vorläufer der Internationalen Syrien-Konferenz, die Kanzlerin Angela Merkel selbst wahrnahm) zu vertreten: Dort saß ich gemeinsam mit den Finanzministern von Großbritannien, den USA, von Saudi-Arabien, Kuwait, den Arabischen Emiraten und Japan am Verhandlungstisch. Mit dabei waren auch die damalige IWF-Chefin Christine Lagarde, Weltbank-Chefin Kristalina Georgieva, Werner Hoyer als Präsident der Europäischen Investitionsbank, die EU-Vizepräsidentin Federica Mogherini und aus Jordanien König Abdullah II. bin al-Hussein mit seinem Regierungschef Omar al-Razzaz und Ministerin Mary Kamel Kawar. Das war schon ein ganz besonderes Erlebnis.

26.05.2019: Begegnung mit Papst Franziskus im Rahmen des Treffens der „Coalition of Finance Ministers for Climate Action“ im Vatikan

Nur zwei Monate später besiegelte Olaf Scholz mit seiner Unterschrift, dass Deutschland eines der Gründungsmitglieder der internationalen Klimakoalition „**Coalition of Finance Ministers for Climate Action**“ wurde. Was ist die Idee hinter dieser Aktion der Finanzminister? Es ist wahr, dass konsequenter Klimaschutz weltweit sehr viel Geld kosten wird. Aber Fakt ist auch, dass fehlendes Engagement beim Kampf gegen den Klimawandel noch viel teurer wird und unser aller Zukunft gefährdet. Und die Finanzminister haben in ihren jeweiligen Regierungen (leider) in der Regel mehr Durchsetzungsvermögen als die Umweltminister. Der Klimawandel ist global und macht vor Staatsgrenzen keinen Halt – deshalb ist es unerlässlich, an einer ernsthaften, verbindlichen Strategie und Initiativen zum Schutz des Klimas international zusammenzuarbeiten. **Wir wollen die Pariser Klimaziele durchsetzen** – und deshalb ist es höchste Zeit, weltweit endlich konsequent nachhaltig politisch zu handeln. Dabei dürfen nicht länger die Bremser das Tempo bestimmen. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ steht eben nicht nur für Klima- und Umweltschutz, sondern umfasst auch die sozialen Folgen, den sparsamen Umgang mit wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und die Verantwortung für die nächste Generation. Deshalb ist es richtig und wirkungsvoll, dass die Finanzminister zum Klimaschutz diese Initiative ergriffen haben.

Am **27. Mai 2019** trafen sich Finanzminister aus damals noch 26 verschiedenen Ländern zum 1. Treffen der neuen „Koalition“ **auf Einladung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Vatikan**, an der ich als Vertreterin von Olaf Scholz teilnehmen durfte. Klima-Wissenschaftler von weltweitem Ruf waren ebenso vertreten wie die Chefinnen von IWF und Weltbank. In der Konferenz unterstrich Papst Franziskus persönlich die Notwendigkeit zum Handeln und begrüßte uns in seinen Räumen. Ziel der Konferenzen ist – neben dem Erfahrungsaustausch der unterschiedlichen Länder – die Umsetzung und **Förderung gemeinsamer Standards**, der sogenannten **sechs „Helsinki-Prinzipien“**. Inzwischen hat sich die Anzahl der angeschlossenen Staaten an der internationalen Klimakoalition bereits auf 52 Länder fast verdoppelt – mit dabei sind auch 18 europäische Staaten.

Während Olaf Scholz beim 2. Treffen im Oktober 2019 in Washington bei der Weltbank selbst dabei war, vertrat ich ihn erneut am **9. Dezember 2019 in Madrid** am Rande der **UN-Klimakonferenz beim 3. Treffen der Finanzminister** und gab am 10. Dezember **zusammen mit Umweltministerin Svenja Schulze** in Madrid eine Pressekonferenz zu diesem Thema. Diese internationale Zusammenarbeit und Kontaktpflege ist unfassbar wichtig für einen erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel. Die Durchsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens kann nur weltweit gelingen, und Deutschland und Europa müssen dabei eine viel stärkere und konsequentere Rolle als bisher spielen.

Auch die dreitägige Teilnahme für Olaf Scholz an den **5. Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen von Angela Merkel mit dem gesamten Kabinett** vom **31. Oktober bis 02. November 2019 in Neu-Delhi** habe ich dazu genutzt, in meinen Gesprächen und Auftritten für den Beitritt Indiens zur Klima-Koalition und für das deutsche Schwerpunktthema in der Klimakoalition – **„Sustainable Finance" als ein konsequentes Ausrichten des internationalen Finanzmarktes an den verbindlichen Zielen von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit** – zu werben. Die internationale Aufmerksamkeit für die Entscheidungen in Deutschland zum Klimaschutz ist groß. Vor allem die beschlossenen verbindlichen Ziele stoßen auf enormes Interesse in anderen Ländern, da bekannt ist, dass Deutschland als weltweit einziges Land nicht nur aus der Kohle, sondern auch aus der Atomkraft aussteigt. Und daran wird sich in dieser Großen Koalition auch nichts ändern. Obwohl erkennbar überall wieder die Lobbyisten für die Verharmlosung der Gefahren aus der Kernkraft unterwegs sind, deren CO2-Neutralität preisen und uns nach Tschernobyl und Fukushima wieder glauben machen wollen, dass eine Verlängerung der Laufzeiten unserer Atomkraftwerke angeblich verantwortbar und klimapolitisch geboten sei. Einen solchen Roll-Back darf es aber auf gar keinen Fall geben! Am 12. Oktober 2020 fand **unter Corona-Bedingungen das 4. Treffen** der „Coalition of Finance Ministers for Climate Action" per digitaler Videokonferenz aus dem Bundesfinanzministerium statt. Zwei Stunden Gedankenaustausch zwischen allen Kontinenten. Der Klimawandel braucht – neben nationalen und europäischen – eben auch globale Antworten, und kann auch wegen einer Pandemie nicht warten. Wir bleiben dran!

Es sind aber nicht nur die ganz großen und „schweren" Themen wie die Verhandlungen um den EU-Haushalt oder der Kampf gegen Corona und den Klimawandel, für die ich als Staatssekretärin unterwegs bin: In meine Zuständigkeit fällt seit 2018 auch die **öffentliche Präsentation von Sonderbriefmarken und Sammlermünzen**, von denen das Finanzministerium jedes Jahr ca. 25 bis 30 Motive neu herausbringt. Diese Briefmarken- und Münz-Präsentationen sind zwar keine Termine mit tagespolitischem Gewicht, aber sie setzen voraus, dass ich mich mit den Hintergründen der Motive intensiv beschäftige, führen mich oft an beeindruckende Orte und bringen mich häufig mit spannenden Persönlichkeiten zusammen. Mir macht diese Aufgabe in jedem Fall viel Freude. Seit über 50 Jahren gibt das Bundesministerium der Finanzen traditionell auch jedes Jahr verschiedene **Wohlfahrtsmarken heraus, bei denen man mit dem Porto ein zusätzliches Entgelt bezahlt, das zu 100 Prozent jeweils wohltätigen Zwecken gespendet wird:** das sind einerseits **die „Plus-Marken" zu Gunsten des Sports, zur Förderung von Umwelt-Projekten sowie für die Unterstützung der Jugendverbände.** So stellte ich am **11. August 2020** gemeinsam mit meiner Kollegin Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **die neue Jugendbriefmarke 2020 im historischen Feuerwehrmuseum in Berlin-Tegel** vor, da das diesjährige Thema der drei Marken „Historische Feuerwehrfahrzeuge" ist. Die

11.08.2020: Bei der Vorstellung der neuen Jugendbriefmarke „Historische Feuerwehrfahrzeuge" mit Kollegin Caren Marks

14.02.2020: Vorstellung der neuen 2-Euro-Münze “Brandenburg“ im Kanzleramt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundesratspräsidenten aus Brandenburg Dietmar Woidke

Serie umfasst schöne Motive von historischen Feuerwehrfahrzeugen – u.a. der berühmte „Bully“ von VW als Tragkraftspritzfahrzeug, das Löschfahrzeug 16 MB von Mercedes und das Tanklöschfahrzeug 16 W 50 aus der ehemaligen DDR. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Marken fließt vollständig an die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. zur Förderung von Maßnahmen zum Wohle von Kindern und Jugendlichen.

Häufig werden Sonderbriefmarken herausragenden Persönlichkeiten gewidmet, um diese zu würdigen: eine besondere Ehre war es für mich, am 3. August 2018 zum 100. Geburtstag des von mir so verehrten **Freiheitskämpfers und Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela** in einer feierlichen Zeremonie im grandiosen Konzerthaus am Gendarmen-Markt in Berlin die Sonderbriefmarke für Nelson Mandela im Beisein von Außenminister Heiko Maas und dem Botschafter Südafrikas Phumulele Stone Sizani öffentlich zu präsentieren. Eingerahmt war die Zeremonie in das phantastische Abschlusskonzert des MIAGI-YOUTH-Orchestra aus Soweto im Beisein von fast 1.000 Zuhörern. Aber auch die Feierstunden und Sonderbriefmarken zum jeweils **100. Geburtstag von Helmut und Loki Schmidt im Dezember 2018 und im März 2019** im Hamburger Rathaus werden mir unvergessen bleiben. Seit meiner Jugend fasziniert mich die gestalterische Kraft des **Bildhauers Ernst Barlach** – anlässlich seines 150. Geburtstages durfte ich **in Güstrow in der Ernst-Barlach-Stiftung** sein Werk mit einer Sonderbriefmarke würdigen – dass diese **Veranstaltung am 27. Januar 2020** stattfand und damit am **Tag der Befreiung von Ausschwitz 75 Jahre zuvor** war ein wichtiges Zeichen für das Wirken dieses herausragenden Künstlers. Ebenso bewegend war für mich die Präsentation der Sonderbriefmarke in **Erinnerung an die vier Lübecker Märtyrer am 4. Oktober 2018 im Lübecker Rathaus**: der evangelische Pastor Karl

03.08.2018: Bei der Vorstellung der Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag von Nelson Mandela mit dem Botschafter Südafrikas, Phumulele Stone Sizani

Friedrich Stellbrink und die katholischen Kapläne Hermann Lange, Eduard Müller und Johannes Prassek widersetzten sich im 2. Weltkrieg in Lübeck dem totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Machthaber und wurden dafür am 10. November 1943 im Hamburger Gefängnis am Holstenglacis geköpft – ihr Andenken wird in Lübeck seit über 70 Jahren lebendig gehalten. Aber auch die **Ehrung zum 250. Geburtstag von Alexander von Humboldt mit einer 20-Euro-Silbermünze im Humboldt-Forum „Unter den Linden“ in Berlin** war beeindruckend: das Humboldt-Forum ist seit Jahren in Bau und war nur für dieses eine Wochenende der Feierstunde öffentlich zugänglich. Alexander von Humboldt war Forschungsreisender: Er bereiste in jahrelangen Expeditionen vor über 200 Jahren weite Teile Südamerikas, der USA und Asiens. Er gilt weltweit als Mitbegründer der Geographie als empirische Wissenschaft, seine Studien im Bereich der Botanik, Mineralogie, Geologie, Zoologie, Ozeanographie, Klimatologie, Physik und Chemie waren bahnbrechend. **Mit seinem Wirken wird er heute als Pionier des ökologischen Denkens betrachtet. Sein Motto war: „Alles ist Wechselwirkung“**. Am **24. September 2020** stellte ich **in Hannover in der Marktkirche** auf Einladung des Präsidiums der evangelischen Frauen die **Sonderbriefmarke „Frauen der Reformation“** vor, mit der an unglaublich mutige, kluge, emanzipierte Frauen erinnert wird, die vor 500 Jahren maßgeblich die Reformation mitgeprägt haben. Als ich mich aus diesem Anlass näher mit deren Biografien und Wirken beschäftigt habe, war ich fassungslos, wie wenig wir über diese Frauen wissen… Ein Grund mehr, sie mit dieser Sonderbriefmarke zu ehren. Ein schönes Signal bei dieser Präsentation: die Evangelischen Frauen hatten die Schriftstellerin Kübra Gümüsay zur Lesung aus ihrem aktuellen Buch „Sprache und Sein“ eingeladen.

Gerade das Jahr **2019 war geprägt von einer Vielzahl historischer Jubiläen**: 100 Jahre nach Ende des 1. Weltkrieges und der Kaiserzeit und dem Beginn der Weimarer Republik mit umwälzenden gesellschaftspolitischen und sozialen Errungenschaften, die damals revolutionär waren. Selbstverständlich erinnern viele Sonderbriefmarken und Sondermünzen an diese Ereignisse von 1919, die alle mit dem Kampf der Arbeiter- und Frauenbewegung vor 100 Jahren sowie dem revolutionären Umbruch (mit u.a. dem Matrosenaufstand in Kiel im November 1918) und dem Aufbruch in die 1. Deutsche Republik mit der Weimarer Verfassung direkt oder indirekt zusammenhängen: so präsentierte ich am **18. April in Dessau (Sachsen-Anhalt) die Gedenkmünze für „100 Jahre Bauhaus“** als damaliger Aufbruch in die Moderne der Künstler und Handwerker und am **24. April in Suhl (Thüringen) die Sonderbriefmarke zu „100 Jahre Volkshochschulen“** zur Erinnerung an den Erfolg der Arbeiter-Bildungsvereine für einen freien Bildungszugang für alle Bürgerinnen und Bürger. Aber mein persönliches „Highlight“ war definitiv die

15.07.2020: Mit der vom gesamten Bundeskabinett signierten Sonderbriefmarke zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor dem Berliner Paul-Löbe-Haus

Präsentation der 20-Euro-Gedenkmünze zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin im Rahmen des Festaktes zum Jubiläum des Frauenwahlrechts. Bei dieser wunderschönen „Geburtstagsfeier“ im November 2018 überreichte ich die Sondermünze „100 Jahre Frauenwahlrecht“ nicht nur offiziell an die aktuelle **Bundesfrauenministerin Franziska Giffey, sondern auch an ihre Vorgängerinnen im Amt Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Bergmann, Manuela Schwesig und die heutige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.** Es gibt von dieser denkwürdigen, fröhlichen Frauen-Feier viele Fotos – aber das „Selfie“ von Manuela Schwesig mit uns allen und der Kanzlerin schaffte es am nächsten Tag sogar als „Bild des Tages“ auf die Seite Eins der BILD-Zeitung. **Mit dieser 20-Euro-Gedenkmünze in Sterling Silber habe ich am 2. März 2019 auf dem SPD-Kreisparteitag in Grömitz auch meine Vorgängerin als Bundestagsabgeordnete, Antje-Marie Steen, aus Anlass ihres 80. Geburtstages geehrt.**

5.12.2020: Bei der Vorstellung der großartigen Sonderbriefmarke „Willy Brandt - 50 Jahre Kniefall von Warschau“ im Bundesministerium der Finanzen

Am **14. Juli 2020** – Corona-bedingt leider nur digital – präsentierte ich die wunderschöne **Sonderbriefmarke zur EU-Ratspräsidentschaft** im Finanzministerium. Als ich einen Tag später einmal wieder Olaf Scholz im Bundeskabinett vertreten musste, nutzte ich kurzer Hand den großen Abdruck dieser Sonderbriefmarke für eine spontane Aktion im Kanzleramt, die die Bundeskanzlerin und alle Ministerinnen und Minister zwar einerseits überraschte, aber andererseits sofort von allen begeistert unterstützt wurde. Das komplette Bundeskabinett mit Angela Merkel voran signierte persönlich das Bild dieser EU-Sonderbriefmarke, die jetzt im Finanzministerium einen Ehrenplatz erhält. Das Zitat unseres ehemaligen Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker „Wo Freiheit, Menschenrechte und Pluralismus sind, da ist Europa!“** ziert nicht nur die Präsentkarte für diese großartige Briefmarke, sondern könnte auch als Motto für unsere deutsche EU-Ratspräsidentschaft gelten. Seit 2. Juli wird diese Sonderbriefmarke von 80 Cent in allen Postfilialen ausgegeben.

Die schönste Sonderbriefmarke 2020 ist allerdings **„Willy Brandt: Kniefall von Warschau vor 50 Jahren“** und erinnert an den **7. Dezember 1970**, als Bundeskanzler Willy Brandt als 1. Westdeutscher Regierungschef nach dem 2. Weltkrieg nach Warschau gereist war und dort einen Kranz am Ehrenmal für den Aufstand im jüdischen Ghetto 1943 niederlegte. Sein spontaner Kniefall wird bis heute weltweit als Geste bewertet, die erst den Weg zu Versöhnung und Verständigung mit den Polen und Juden freimachte. Dieser Kniefall berührte nicht nur weltweit, sondern er wurde als Geste der Demut, der Trauer und der Scham als glaubwürdiger angesehen als alle Worte es je hätten sein können: Dieser Kniefall von Warschau wurde 1970 in den bundesdeutschen Medien durchaus auch kritisch kommentiert und war nicht unumstritten. Der „Spiegel“ allerdings formulierte damals zutreffend: **„Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für all die, die es nötig haben, aber nicht da knien, weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“**

EU-SCHICKSALSJAHR 2020

Europa solidarisch voranbringen!

In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 – vom 01. Juli bis zum 31. Dezember – übernahm Deutschland turnusmäßig in einem „Schicksalsjahr“ für Europa den **Vorsitz im Rat der Europäischen Union** – zuletzt hatten wir diese Ratspräsidentschaft 2007 inne. Schon lange vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war klar, dass in diese Zeit unserer Ratspräsidentschaft die seit langem wichtigsten Weichenstellungen für Europa fallen würden, denn am 31. Dezember 2020 läuft der aktuelle **„Mittelfristige EU-Finanzrahmen 2014-2020“** (MFR) aus und muss durch einen neuen **MFR 2021-2027** ersetzt werden, wobei schon die letzten MFR-Verhandlungen 2013 zu den kontroversesten Debatten in Europa geführt hatten. Es geht um sehr viel Geld, um **Milliarden für die Aufgaben der Europäischen Union für die nächsten sieben Jahre**. Strittig ist nicht nur das Volumen, das die Mitgliedstaaten einstimmig beschließen müssen, sondern mindestens ebenso kontrovers wird gerungen darum, wer wie viel und vor allem wofür zahlt? Und zu welchen Bedingungen wird das Geld dann in Europa bis 2027 für was und wen ausgegeben?

Eines war von Anfang an sicher: diese Verhandlungen würden die schwierigsten in der Geschichte der EU werden, weil nationale Egoismen zwar schon immer eine maßgebliche Rolle in der EU gespielt haben, aber in den letzten Jahren des Populismus und der „America-First-Ideologie“ leider enorm angewachsen sind. Nicht erst der „Brexit“ oder das bisherige Scheitern einer fairen und menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen sowie einer von gemeinsamen Werten getragenen Asylpolitik haben sichtbar gemacht, wie groß aktuell die „Fliehkräfte“ in Europa leider tatsächlich sind. Mit Blick auf die fehlende Akzeptanz für unsere europäischen Werte wie Presse- und Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz z.B. in Ungarn, Polen oder anderen osteuropäischen Ländern sowie in Anbetracht der Notwendigkeit zur gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen (in Solidarität mit z.B. Griechenland, Italien und Spanien) zum Schutz der Freizügigkeit und offener Grenzen

15.11.2019: Verhandlungen in Brüssel zum EU-Haushalt 2020 mit dem Deutschen Botschafter Michael Clauß (li.)

innerhalb Europas war schon lange klar, dass **2020 das Jahr der „Nagelprobe“ für Europa** werden würde. Dass bei diesem siebenjährigen Finanzrahmen und dem EU-Haushalt 2021 zusätzlich **massive Investitionen im Kampf gegen den Klimawandel**, für technologischen Fortschritt in diesem Sinne, für Forschung, Entwicklung und Digitalisierung eine überragende Rolle spielen würden, war nicht erst klar, seit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren „Green Deal“ im Dezember 2019 öffentlich ankündigte.

Bei diesen Verhandlungen in Brüssel standen also nicht nur die Interessen Deutschlands und die Kernprinzipien des europäischen Gedankens auf dem Spiel, sondern auch **unsere ur-sozialdemokratischen Ziele und Schwerpunkte**, wie sie auf unsere Initiative im Koalitionsvertrag der GroKo an erster Stelle von uns durchgesetzt und fest verankert wurden. Damit hatte unsere Regierung für die Verhandlungen in Brüssel in diesem wichtigen Jahr nicht nur einen klaren Kompass, sondern verfügte auch mit **Olaf Scholz und Bundeskanzlerin Angela Merkel über ein erfahrenes, durchsetzungsstarkes Team**, das in diesem Fall klar an einem Strang und in eine Richtung zog.

Und dann kam die Corona-Pandemie nach Europa und damit eine zusätzliche elementare Herausforderung für unsere Ratspräsidentschaft, in der sich insbesondere auszahlte, dass unsere Bundesregierung bereits **seit Juni 2018 in ständigen engen Gesprächen mit der französischen Regierung** zur Zukunft Europas war. Bereits **im März 2020** setzte Olaf Scholz mit den Finanzministern als **1. Antwort auf die Corona-Pandemie und ihre Bedrohung für Europas Wirtschaft einen 540-Mrd.Euro-Fond aus Liquiditätshilfen** (also leihweise!) durch, in dem auch **100 Mrd. Euro für das Projekt SURE** steckten, womit **quasi in allen Staaten Europas eine Art Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise zur sozialen Absicherung** steckte. Dieser Vorschlag war als „EU-Arbeitslosenrückversicherung“ von Olaf Scholz schon im Juni 2018 für den Fall einer künftigen Krise gemacht und damals noch vom Koalitionspartner in „Bausch und Bogen“ abgelehnt worden. 2020 hat dieses Programm SURE in Europa schnell stabilisierend gewirkt. Im **April 2020** verkündete **Bundeskanzlerin Merkel gemeinsam mit Präsident Macron den gemeinsamen Vorschlag eines „Recovery-Fond“**, bestehend aus Zuschüssen und Darlehen und finanziert über Kredite, der quasi unsere deutschen Konjunkturpakete zum Vorbild hat. Mit diesem Vorschlag ist Angela Merkel endgültig von der europäischen Austeritätspolitik mit Wolfgang Schäuble (2009-2017) abgerückt, was innerhalb der CDU/CSU bis heute viele interne Kritiker auf den Plan ruft Aber sie setzt damit unseren Koalitionsvertrag und die Handschrift der SPD darin 1 : 1 um. Glücklicherweise.

Im Kampf gegen die Corona-Wirtschaftskrise haben sich dann die 27 Staats- und Regierungschefs auf einem „Sondergipfel“ nach mehr als viertägigen Verhandlungen am frühen Morgen des 21. Juli 2020 auf der Basis dieser Vorschläge auf das größte Haushalts- und Finanzpaket der EU-Geschichte geeinigt: **Zusammen umfasst das Paket 1,8 Billionen Euro – davon 1074 Milliarden Euro für den nächsten siebenjährigen Haushaltsrahmen und 750 Milliarden Euro für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Pandemiekrise**, wovon 390 Mrd. Euro Zuschüsse an die EU-Staaten für bestimmte Projekte vergeben und 360 Mrd. Euro als Kredit bewilligt werden können. Mit dem Finanzpaket will sich die Europäische Union gemeinsam gegen den historischen Wirtschaftseinbruch stemmen und den EU-Binnenmarkt zusammenhalten. Gleichzeitig soll in den Umbau in eine digitalere und klimafreundlichere Wirtschaft investiert werden. Dafür werden erstmals im großen Stil im Namen der EU Schulden aufgenommen, die über den EU-Haushalt bis 2058 zurückgezahlt werden müssen. Außerdem erhält die EU das Recht auf „Eigenmittel“ durch z.B. eine Plastiksteuer oder (hoffentlich bald) die Finanztransaktionssteuer, die dann künftig helfen sollen, diese Schulden abzutragen. Dieser „Eigenmittelbeschluss“ muss 2021 noch von allen 27 Staaten ratifiziert und von den Parlamenten – also auch vom Deutschen Bundestag – gebilligt werden.

Erst nach dem Gipfel-Beschluss vom Juli konnte daraus abgeleitet ein **EU-**

Haushaltsentwurf 2021 als Vorschlag entwickelt werden, für dessen Verhandlungen im Trilog zwischen EU-Parlament, Kommission und europäischem Rat ich jedes Jahr verantwortlich bin. Natürlich spielte in diesem Herbst in den Debatten des EU-Parlaments aber nicht nur die Summe der Mittel eine zentrale Rolle, sondern vor allem die Inhalte und Schwerpunkte, für die das EU-Geld ab 1. Januar 2021 ausgegeben werden soll und zu welchen Bedingungen. Dabei ging es nicht nur um strengere klimarelevante Standards für die Landwirtschaft, um Energie- und Meerespolitik, um Bildungs-, Forschungs- und Innovationsinvestitionen, um eine gemeinsame Verantwortung für den Klimawandel, Strategien zur CO2-Minimierung und um Gesundheitsvorsorge und soziale Standards bei der Pandemie-Bekämpfung, sondern vor allem um den sogenannten „Rechtsstaatsmechanismus" zur Koppelung der Auszahlung von EU-Geldern an die Rechtsstaatlichkeit. Gegen diese Kopplung wehren sich vor allem Polen und Ungarn, weil gegen beide Staaten aktuell EU-Verfahren wegen Verletzung von EU-Grundwerten im Hinblick auf die fehlende Unabhängigkeit ihrer Justiz sowie mangelnde Presse- und Meinungsfreiheit laufen. Polen und Ungarn haben – mitten in der Pandemie – deshalb ihr Veto eingelegt und blockieren damit aktuell das In-Kraft-Treten des kompletten EU-Finanzpaketes. Sie lassen also „die Muskeln spielen" und versuchen die gesamte EU-Finanzierung „in Geiselhaft" für ihren nationalistischen Kurs zu nehmen. Aus meiner Sicht darf Europa sich dieses Vorgehen à la Trump und Boris Johnson auf gar keinen Fall bieten lassen und muss hart bleiben, denn schließlich warten Ungarn und Polen ja selbst auf EU-Mittel für 2021 und sägen gerade an dem Ast, auf dem sie selber sitzen. **Wenn Polen und Ungarn ihr Veto nicht bis zum 12. Dezember aufgeben, dann wird es wohl 2020 keine Einigung mehr zur Annahme des EU-Haushalts 2021, des EU-Finanzrahmens bis 2027 und des „Recovery-Fond" von 750 Mrd. Euro geben können und es gäbe am 1. Januar 2021 in Brüssel keinen gültigen Haushalt**. Das wäre kein gutes Signal für die Handlungsfähigkeit von Europa in der Krise – aber eine Katastrophe wäre es nicht. Natürlich wäre es auch extrem schade für uns als Ratspräsidentschaft, da wir wirklich sehr hart für dieses Finanzpaket gearbeitet haben und auch fest davon überzeugt sind, dass unsere europäischen Nachbarn dieses Geld in der Corona-Pandemie so schnell wie möglich brauchen, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen in Europa abfedern zu können. Polen und Ungarn „pokern" hoch und entlarven sich dabei selbst. Ich bin sicher, dass sie – aus purem Eigennutz – rechtzeitig nachgeben werden.

05.10.2020: Meine Rede zum EU-Haushalt 2021 vor dem Europäischen Parlament in Brüssel

Und wenn nicht? Dann muss Brüssel ab 1. Januar 2021 mit einem „EU-Nothaushalt" arbeiten – zum ersten Mal seit 32 Jahren. Dann könnten die dringend benötigten Gelder aus den Corona-Hilfsfonds nicht fließen und viele Förderprogramme mit EU-Mitteln wären vorerst gestoppt. Es würde dann die „Ein-Zwölftel-Regelung" greifen: das hieße, dass Brüssel in jedem Monat 1/12 des Geldes verausgaben dürfte, das Brüssel im Haushalt 2020 bewilligt worden war, allerdings nicht für neue Projekte, die ja noch auf eine Genehmigung warten.

Die Genehmigung des kompletten EU-Finanzpaketes ist eine Richtungsentscheidung für die nächsten Jahre, die angesichts des politischen Gewichtes, das wir Europa geben wollen,

sogar von globaler Bedeutung sein kann. Mit dem EU-Finanzrahmen wird für sieben Jahre festgelegt, in welchen Bereichen die EU investieren will und soll, er ist also **Ausdruck der politischen Schwerpunktsetzung in Europa.** Für eine abschließende **Bilanz unserer EU-Ratspräsidentschaft** ist es sicherlich noch zu früh. Aber weil wir mit Olaf Scholz und Angela Merkel zwei europäische „Schwergewichte“ an der Spitze unseres Verhandlungsteams haben, deren „Stimme“ bei den anderen Mitgliedsstaaten auch Gehör findet, haben wir in dieser Ratspräsidentschaft viele Weichen für die Zukunft Europas wichtig und weitreichend gestellt und trotz aller Schwierigkeiten Europa in der Krise zusammengehalten!

Andere wichtige Themen für Europa sind in der medialen Öffentlichkeit zwar nicht so präsent gewesen, aber in Wahrheit enorm wichtig, und wurden auch erfolgreich in den letzten sechs Monaten von uns vorangebracht: dazu zählt u.a. der Einstieg in eine Mindestbesteuerung z.B. für internationale Konzerne wie im Digitalbereich, für die wir auf G-20-Ebene im Sommer 2021 realistisch auf einen Durchbruch hoffen, bei dem Europa mit einer Stimme sprechen wird. Die „Bankenunion“ in Europa als Vorsorge für kommende Finanzkrisen steht kurz vor dem Abschluss – damit werden die Banken künftig stärker „zur Kasse“ gebeten werden können (und nicht nur die Steuerzahler!), wofür auch zeitnah der ESM reformiert wird. Der europaweite Kampf gegen Steuerhinterziehung wird u.a. durch automatisierte Datenaustausche zwischen den EU-Ländern verbindlich geregelt. **All das haben wir auch weiterhin „auf dem Zettel“**.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft war eine große Verantwortung für unser Land und für Europa – in schwierigster Lage – eine große Chance. Als eine der größten Exportnationen der Welt profitieren wir Deutschen wie kein anderes Land von Europa. Unser Wohlstand, unsere jahrelang „brummende“ Konjunktur mit den meisten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit Jahrzehnten – alles das hängt von Europa und seinen offenen Grenzen ab. **Als Sozialdemokraten haben wir 2018 im Koalitionsvertrag der GroKo mit dem 1. Kapitel ehrgeizige Inhalte für die Zukunft Europas durchgesetzt – 2020 war die Bewährungsprobe. Ich bin sicher: wir haben sie bestanden!**

12.10.2020: Auch unter Corona-Bedingungen ständig im Austausch: Die Finanzminister der „Klimakoalition“

DIE BELTQUERUNG

Das Urteil von Leipzig und Bundestagsbeschluss zum übergesetzlichen Lärmschutz

Der Fehmarnbelttunnel - Urteil von Leipzig

Ich bin seit über 20 Jahren Gegnerin einer Festen Fehmarn-Beltquerung und bleibe dieses auch weiterhin. Ich habe 2009 im Bundestag aus tiefster Überzeugung mit „nein“ zum Staatsvertrag mit Dänemark gestimmt und schon damals dieses Votum ausführlich damit begründet, dass die Ostsee gefährdet, unsere Lebensqualität in Ostholstein bedroht wird, dass die FBQ nicht den verkehrspolitischen (und klimapolitischen) Zielen Europas dient, angesichts der prognostizierten Verkehrszahlen überflüssig ist wie ein „Kropf“ und zweistellige Milliardensummen ohne jeden volkswirtschaftlichen Sinn verschlingen soll. 11 Jahre hat Femern A/S gebraucht, um nach Unterzeichnung des FBQ-Staatsvertrages 2008 im Jahr 2019 einen **Planfeststellungsbeschluss für den Belttunnel** zu erreichen. 11 Jahre hat Femern A/S fehlerhafte Pläne vorgelegt sowie über die Köpfe der Betroffenen hinweg geplant und musste die Pläne für den Tunnelbau aufgrund grober Planungsfehler und zahlreicher Einwendungen mehrfach abändern. Der Planfeststellungsbeschluss wurde sodann auch – angesichts der schlampigen Planung des dänischen Vorhabenträgers wenig verwunderlich – von diversen Parteien vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beklagt. Die Stadt Fehmarn, das Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung, der Umweltverband NABU und mehrere betroffene Fährunternehmen hatten sich jahrelang akribisch auf diese Verhandlung vorbereitet.

Am 3. November 2020 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sein Urteil im Verfahren über die Feste Fehmarnbeltquerung verkündet. Unfassbar, dass ausnahmslos alle Klagen vom Gericht abgewiesen wurden! Die Entscheidung und Urteilsbegründung der Richter in Leipzig habe ich in meinem Berliner Büro im Internet live verfolgt und die Argumente der Richter haben mich teils sprachlos gemacht. Wie wir wissen, hatte Femern A/S als Vorhabenträger den Ostseegrund nur stichprobenartig untersucht und deswegen **schützenswerte Riffe** angeblich nicht entdeckt, nicht kartiert und deswegen auch keinen Schutz geplant. Dass die Richter nun ausdrücklich diese Form der oberflächlichen Untersuchung in einem Ostseeschutzgebiet als (wörtlich) „in Methodik und Umfang“ als „ordnungsgemäß“ bewertet haben, ist für mich nicht nachvollziehbar, denn diese lückenhaften Untersuchungen von Femern A/S haben ja schließlich dazu geführt, dass diese Riffe überhaupt gar nicht gefunden wurden. Dass die von den Klägern entdeckten Riffe nun als Gegenstand eines Planergänzungsverfahrens nachträglich geschützt werden müssen, ist widersprüchlich, weil eine schlampige Planung damit großzügig nachträglich „geheilt“ werden soll. Immerhin hat das Gericht im Urteil vorausgesetzt, dass diese „Nachbesserung“ der Planung nun

01.09.19: Infostand zur Festen Beltquerung mit der SPD Fehmarn auf dem Burger Marktplatz

zwingend erfolgt. Auch die **Gefahren für die Schifffahrt** durch diese ‚wandernde Baustelle' im Belt während der mehrjährigen Bauzeit wurden als „temporäres Baustellenrisiko" mit Verweis auf die „von unabhängigen Dritten evaluierte Betriebsrisikoanalyse" relativ knapp gewürdigt. Wenn man bedenkt, welche Gefahr durch eine mögliche Schiffskollision für unsere Ostseeregion verursacht werden könnte, macht mich das sprachlos.

Dieses Urteil ist zu respektieren, aber es wirkt wie ein Schlag ins Gesicht einer Region, in der sich viele Menschen über ein Jahrzehnt ehrenamtlich und engagiert für den Ostsee- und Umweltschutz eingesetzt haben. Weder die viel zu optimistischen Verkehrsprognosen von Femern A/S noch die Schutzwürdigkeit der Schweinswale wurden offenbar ernsthaft kritisch gewürdigt – das ist bitter. Dennoch gilt an dieser Stelle mein **Dank ausdrücklich all denen, die sich in Bürgerinitiativen, Verbänden und Kommunen seit Jahren friedlich, kompetent und beharrlich gegen die Feste Fehmarnbeltquerung eingesetzt haben**. Ich gebe auch nach 20 Jahren meinen Kampf nicht auf, so lange nicht das 1. dänische Tunnelelement in der Ostsee versenkt wurde.

Mit dem Urteil in Leipzig geht schon das dritte Gerichtsverfahren im Jahr 2020 zu Ende, das die Fehmarnbeltquerung betrifft. Bereits im April 2018 hatten die Kommunen Bad Schwartau, Scharbeutz und Großenbrode vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt und im Mai 2020 einen Vergleich mit der Landesregierung und dem Vorhabenträger Femern A/S geschlossen: Eine Abwicklung von **Güterzug-Verkehr durch den Fehmarnbelttunnel ist bis zum Ausbau der Schienenhinterlandanbindung samt aller Erschütterungs- und Lärmschutzmaßnahmen ausgeschlossen** – das ist immerhin ein weitreichender Erfolg. Denn dadurch, dass jetzt (mit Beschluss des Bundestages!) der Bau des Sundtunnels offiziell zum Teil der Hinterlandanbindung wurde, dürfen dann – logischerweise – auch nach diesem Vergleich erst die ersten Güterzüge durch den Fehmarn-Belttunnel rollen, wenn auch der Sundtunnel samt seiner Anbindung fertig gebaut ist.

Außerdem hat am 14. September 2020 auch das **Landesverfassungsgericht Schleswig-Holstein** sein Urteil zur kommunalen Verfassungsbeschwerde der Stadt Fehmarn verkündet. Diese hatte gegen die am 1. März 2019 in Kraft getretene Regelung zur Übertragung des Brandschutzes und der damit verbundenen Kosten im deutschen Teil des geplanten Fehmarnbelttunnels geklagt. Das Urteil ist ein großer Erfolg für die Stadt Fehmarn und eine schallende Ohrfeige für die Jamaika-Landesregierung in Kiel. Das Verfassungsgericht beurteilte das Vorgehen der Landesregierung als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung der Stadt Fehmarn und fordert das Konnexitätsprinzip ein: „Die Stadt muss durch die neu zugewiesenen Aufgaben im Bereich des abwehrenden Brandschutzes erhebliche finanzielle Mittel aufwenden, etwa für die erforderliche Verstärkung der Freiwilligen Feuerwehr durch eine hauptamtliche Wachabteilung mit Berufsfeuerwehrleuten. Hierzu hätte das Land allerdings die finanzielle Mehrbelastung berücksichtigen und auf gesetzlicher Grundlage einen vollständigen Kostenausgleich vorsehen müssen" (Zitat aus dem Urteil). Damit ist klar: **Die Landesregierung muss per Gesetz die 100-prozentige Übernahme aller Kosten auch für die vermutlich notwendige Bereitstellung einer Berufsfeuerwehr finanzieren.** Das Urteil ist unanfechtbar – damit haben Feuerwehr, Stadtvertretung und Bürgermeister auf Fehmarn endlich Klarheit!

12.09.19: Das Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung mit den Verkehrs- und Haushaltsexperten der SPD-Fraktion in Berlin

26.03.2019: Volles Haus bei der Bürgerdiskussion „SOS für Bad Schwartau“ zum übergesetzlichen Lärmschutz

232 Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz für Ostholstein – aber: fehlende Troglösung für Bad Schwartau enttäuscht!

Am 02. Juli 2020 hat der Deutsche Bundestag **gut 232 Mio. Euro für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen entlang der Hinterlandanbindung** durch unsere hochsensible Gesundheits- und Tourismusregion in Ostholstein beschlossen – das ist **einerseits ein sehr positives Signal, aber trotzdem nur ca. halb so viel Geld für übergesetzlichen Lärmschutz, wie im Forderungskatalog des Dialogforums im September 2019 einstimmig nach jahrelanger Arbeit beschlossen worden war**. Ich bin enttäuscht, weil der Bundestag damit – auf Druck des Bundesverkehrsministeriums und im Einvernehmen mit der Landesregierung in Schleswig-Holstein – weniger Mut zu Gunsten der Betroffenen gezeigt hat, als er **im Januar 2016 beim Beschluss zu übergesetzlichem Lärmschutz an der Rheintaltrasse in Baden-Württemberg** unter Beweis stellte, als die „Blaupause“ für den jetzigen Beschluss geliefert wurde: Damit ist dieser Beschluss einerseits vor allem Erfolg für den Kreisnorden und andererseits Niederlage gerade für Bad Schwartau und Sierksdorf.

Insbesondere für Sierksdorf und Bad Schwartau enthält der Bundestagsbeschluss „bittere Pillen“, die aus meiner Sicht unvertretbar sind. Der Antrag des Dialogforums forderte für die Gemeinde Sierksdorf ursprünglich 24 Mio. Euro für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen, wovon nur „bis zu 1 Mio. Euro“ vom Bund beschlossen wurden. Immerhin hat das Land Schleswig-Holstein vage in Aussicht gestellt, diese „Lücke“ zu stopfen und die vorgesehene Maßnahme zu „retten“. Da werden wir die Landesregierung in die Pflicht nehmen müssen. Für Lärm- und Erschütterungsschutz in Bad Schwartau waren im März 2019 noch 90 Mio. Euro in der „Matrix“ des Forderungskataloges einkalkuliert, die in einem völlig intransparenten Verfahren im April 2019 plötzlich auf 50 Mio. Euro fast halbiert wurden – so wurde wertvolles Vertrauen verspielt. Die Probleme beim Lärm- und Erschütterungsschutz der Stadt Bad Schwartau werden so nicht einmal ansatzweise gelöst: **Eine „3,20m-Trogvariante“, die nun im Beschluss des Bundestages steht, wurde bereits am 13. Juni 2019 von der Stadtvertretung in Bad Schwartau einstimmig abgelehnt und darf nicht einmal als ansatzweise fairer Kompromiss zum 7-m-Trog verstanden werden**.

Darum ist klar: Dieser Beschluss des Bundestages wird Ostholstein nicht befrieden und langwierige Klageverfahren provozieren, die hätten vermieden werden können. Das Ziel meines „TEN-Trassen-Beschlusses“ vom Januar 2016, Bürgerbeteiligung anzuerkennen, für Akzeptanz bei den betroffenen Menschen in der Region zu sorgen und durch übergesetzliche Lärmschutzinvestitionen eine Gesundheits- und Tourismusregion wie Ostholstein mit hoher ökologischer Qualität zu schonen und so Gerichtsverfahren möglichst zu vermeiden, wird damit leider klar verfehlt. **Ich habe in einer ausführlichen Protokollerklärung im Bundestag dargelegt, warum in diesen Beschluss – dem ich zugestimmt habe – dennoch als vollkommen unzureichend kritisiere**. Zu finden ist diese Erklärung im stenografischen Protokoll des Deutschen Bundestages unter http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19170.pdf (Dokumentenseite 224) sowie auf meiner

Homepage unter https://www.bettina-hagedorn.de/meldungen/hagedorn-enttaeuscht-ueber-minus-von-150-mio-euro-zulasten-des-laermschutzes-in-ostholstein/ zum Nachlesen.

Der einstimmige Beschluss des Bundestages vom 28. Januar 2016 heißt „Menschen- und umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze“ (Drucksache 18/7365) und wurde im Herbst 2015 auf meinem PC in Kasseedorf von mir geschrieben – damals in meiner Funktion als Berichterstatterin für Verkehr im Haushaltsausschuss, der diesen Antrag einstimmig dem Bundestag zur Zustimmung empfahl – und schon damals gegen den erbitterten Widerstand des Verkehrsministeriums. **Ohne diesen Bundestagsbeschluss aus 2016 hätte es heute keine Rechtsgrundlage gegeben, um überhaupt einen einzigen Cent für übergesetzlichen Lärmschutz für Ostholstein beschließen zu können. Dieser Antrag hätte allerdings einen weitaus mutigeren Beschluss für die Menschen in der Region ermöglicht**. Denn er legt fest, dass – im Einzelfall durch Beschluss des Deutschen Bundestages – Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus an Schienengütertrassen finanziert werden kann, wenn diese Teil der Korridore des europäischen TEN-Verkehrs-Kernnetzes sind und dort eine Bürgerbeteiligung in Form von Dialogforen stattgefunden hat – ohne, dass der nach Bundeshaushaltsordnung (BHO) eigentlich erforderliche Kosten-Nutzen-Faktor (NKV) von mindestens 1 gelten muss. Was heißt das? Für Infrastrukturprojekte dieser Größenordnung wird ein Nutzen-Kosten-Verhältnis berechnet, der das Verhältnis zwischen dem Nutzen für die Gesellschaft im Verhältnis zu den staatlichen Kosten beschreiben soll – dieses darf nach der BHO nicht unter 1 fallen. **Beim Beschluss zur Rheintalbahn 2016 spielte ein Nutzen-Kosten-Verhältnis unter 1 KEINE Rolle, weil für das Parlament als Souverän (im Gegensatz zur Bundesregierung) die BHO nicht zwingend bindend sein MUSS. Der nun für Ostholstein gültige Bundestagsbeschluss zum übergesetzlichen Lärmschutz an der Hinterlandanbindung hält allerdings an einem NKV von mindestens 1 ausdrücklich fest** und macht deshalb Mehrkosten von über 240 Mio. Euro ausdrücklich unmöglich – leider eine „Fessel“, die sich das Parlament auf Druck des Verkehrsministeriums selbst angelegt hat. Im Ergebnis wird aus meiner Sicht dadurch das eigentliche Ziel des TEN-Trassen-Beschlusses vom Januar 2016 – nämlich Steuergelder des Bundes lieber vorrangig in den effektiven Schutz der Bevölkerung zu investieren anstatt nur in teure Gutachten, Anwalts- und Gerichtskosten – nicht erreicht! Bad Schwartau, wo die Stadtvertretung einstimmig bereits ca. 700.000 Euro für Gutachten ausgegeben hat, um das Erfordernis eines 7-m-Troges durch die Stadt zum Wohle der Menschen zu dokumentieren – wird so quasi in ein Klageverfahren „gedrängt“, das bei mehr Entgegenkommen eventuell vermeidbar gewesen wäre.

01.09.2019: Mit Karin Neumann (Beltretter) in Burg auf Fehmarn zur NDR-Livesendung „11 Jahre FBQ-Staatsvertrag“

Übrigens: Der Bundestagsbeschluss vom 28. Januar 2016 hat für den übergesetzlichen Lärmschutz an der Rheintaltrasse über 1,5 Mrd. Euro bewilligt unter der Bedingung, dass sich das Land Baden-Württemberg mit über 280 Mio. Euro zusätzlich beteiligt. Ein ähnliches Engagement (also knapp 20 Prozent der Bundesförderung) erwarte ich jetzt auch von der Landesregierung in Kiel - das wären dann für Schleswig-Holstein mindestens 45 Mio. Euro für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein: Von dieser Summe ist die Landesregierung aktuell meilenweit entfernt.

Die Fehmarnsundquerung – per Bundestagsbeschluss Teil der Hinterlandanbindung

Für den Kreisnorden – insbesondere für Fehmarn und Großenbrode – ist der Beschluss des Bundestages ein großer Erfolg, da der geplante Sundtunnel (mit Erhalt des „Kleiderbügels“) mit diesem Beschluss zum Bestandteil der Hinterlandanbindung wird und zusätzlich fünf Millionen Euro für den Lärmschutz an den Tunnelzugängen bewilligt wurden. Vergessen wir nicht: Das CSU-Verkehrsministerium drängte bereits im Frühjahr 2019 (mit der ausdrücklichen Unterstützung des CDU-Kollegen Gädechens!) diesen Bundestagsbeschluss im Sommer, aber spätestens zum Herbst 2019 zu verabschieden, als die Entscheidung für einen Sundtunnel noch gar nicht gefällt war. Diese Entscheidung fiel erst im Februar 2020. Und **noch im November 2019 sprach sich CDU-Kollege Ingo Gädechens öffentlich in den hiesigen Medien für eine gigantische neue Sundbrücke anstatt eines Sundtunnels und den Abriss des „Kleiderbügels“ aus**. Damit wären die lärmenden XXL-Güterzüge künftig über eine neue Sundbrücke gedonnert, die 40 m höher als die Köhlbrand-Brücke in Hamburg geworden wäre und den Güterzug-Lärm im ganzen Kreisnorden verteilt hätte. Ein Alptraum für die Region!

Deshalb war es ein riesiger Erfolg für das Dialogforum FBQ, als das Verkehrsministerium und die Deutsche Bahn sich am **03. März 2020** das Votum der Region und der Kommunen vor Ort zu eigen gemacht haben und per Pressemitteilung gemeinsam mit Deutscher Bahn und dem Land Schleswig-Holstein bekanntgaben, dass **der Fehmarnsund durch einen Absenktunnel bei gleichzeitigem Erhalt der bestehenden Fehmarnsundbrücke für die langsamen Verkehre** gequert werden soll. Für die Menschen im Norden Ostholsteins sind dies gute Nachrichten, denn der Absenktunnel kann als einzige Variante den Lärm der XXL-Güterzüge „schlucken“, die Lebensqualität am Sund schützen und das Landschaftsbild erhalten. Hier hat erneut der Bundesrechnungshof (BRH) mit seinen kritischen Berichten seit Frühjahr 2016 geholfen, die im Hebst 2019 und im April 2020 durch weitere kritische BRH-Berichte fortgesetzt wurden: U.a. belegte er zu den Instandhaltungsmaßnahmen der Deutschen Bahn der letzten 10 bis 15 Jahre, dass man diese eindeutig als glatte „Arbeitsverweigerung“ bezeichnen müsse, da von den 2016 versprochenen über zehn Millionen Euro an Sanierungsmaßnahmen allein von 2017 bis 2020 bis Ende 2019 tatsächlich erst 380.000 Euro (!) investiert worden waren. Der BRH forderte die Deutsche Bahn auf, neben den stark beschädigten Tragseilen den stark korrodierten Endquerträger im Bereich der Straße und die zwei Gleiter und Schrammborde unverzüglich auszutauschen. Diesem Votum schloss sich erneut einstimmig der Rechnungsprüfungsausschuss an. Ich hoffe sehr, dass die DB Netz AG diesen „Weckruf“ endlich ernst nimmt. Ohnehin wird die DB jetzt bis zur Inbetriebnahme eines neuen Sundtunnels – wann immer das sein wird, da die Planung ja noch nicht wirklich begonnen hat – die Instandhaltung des „Kleiderbügels“ zwingend „wuppen“ müssen. Und der Bundesrechnungshof wird der DB dabei weiterhin „auf die Finger“ schauen.

26.03.2019: Mit Sandra Redmann und Malte Siegert bei unserer Veranstaltung „SOS für Bad Schwartau“

ERFOLGE FÜR OSTHOLSTEIN UND DIE REGION

14.12.2018: Als Taufpatin bei der Schiffstaufe der „Potsdam“ mit Kommandant Helge Pingel (Foto: BPOL/ Alexandra Stolze)

Als erste weibliche Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium für Haushalt und Europa bin ich seit Frühjahr 2018 – nach 16 Jahren! – zwar nicht mehr ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss, jedoch in jeder Sitzung des Haushaltsausschusses – und seiner Unterausschüsse – von der ersten bis zur letzten Minute für die Bundesregierung dabei. Mit den Chef-Haushältern der Großen Koalition verbringe ich deshalb die meisten Stunden in jeder Sitzungswoche. Insofern ist klar: Durch meinen „Positionswechsel“ zu Beginn dieser Legislaturperiode ist mein Einfluss im Haushaltsausschuss eher größer als kleiner geworden. Davon profitiert natürlich auch unsere Region.

Investitionen in öffentliche Sicherheit

Die SPD steht für einen starken, handlungsfähigen Staat – das gilt insbesondere auch für die **öffentliche Sicherheit**. Wir alle wissen: Reiche können sich „Sicherheit“ kaufen, alle anderen brauchen eine gute Polizeipräsenz, wirksame Präventionsarbeit und ein Bundeskriminalamt mit hohen Aufklärungsquoten. Deshalb haben wir bereits in der letzten Wahlperiode begonnen, das größte Paket für öffentliche Sicherheit in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen, und setzen diesen Kurs – neben Bundespolizei und Bundeskriminalamt – jetzt auch beim Zoll fort. **Seit 2015 haben wir insgesamt über 15.500 zusätzliche Stellen für die nationalen Sicherheitsbehörden beschlossen** – darunter **mehr als 11.750 für die Bundespolizei**. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen aber nicht nur mehr Personal – sie brauchen auch eine moderne Ausrüstung. Bereits am **12. November 2015** hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages – auf maßgebliche Initiative von Johannes Kahrs und mir – **180 Mio. Euro** für die dringend benötigten **drei modernen Schiffe als Ersatz für die Bundespolizei See für die Sicherheit auf Nord- und Ostsee** beschlossen. Im Dezember 2016 wurden die Verträge für den **Bau der drei 86 Meter langen Neubauten mit der Fassmer-Werft im unterzeichnet** und bereits 2 Jahre später – **am 14. Dezember 2018** wurde das erste der drei Schiffe in Berne/Niedersachsen getauft. Mit der Indienststellung der drei Schiffe noch 2019 werden drei über 27 Jahre alten Einsatzschiffe ersetzt, die zum Teil noch aus Beständen der DDR stammten. Die drei neuen Schiffe wurden in Deutschland zum vereinbarten Preis in Rekordzeit gebaut – eine Erfolgsstory für die Fassmer Werft. Es war mir eine riesige Freude und Ehre zugleich, dass die Bundespolizei sich entschied, mich **als Taufpatin für das erste dieser drei Schiffe auszuwählen**. Am **14. Dezember 2018** durfte ich in feierlicher Zeremonie in Berne im Rahmen eines großen Festaktes das 1. neue Schiff auf den Namen „**Potsdam**“ (Standort des Bundespolizeipräsidiums) taufen, das als **Heimathafen am Heck „Neustadt i.H.**“ in großen Buchstaben stehen hat. Als Ostholsteinerin habe ich mich besonders gefreut, dass der neue Kommandeur des

25.04.2019:
An Bord der „BP81 Potsdam“, deren Taufpatin ich bin, bei ihrer Erprobungsfahrt. Als erstes Schiff der Bundespolizei ist die hochmoderne „Potsdam“ mit einem Hubschrauber-Landeplatz ausgerüstet.

Schiffes Helge Pingel ebenso wie ein Großteil seiner Crew aus „unserem“ ostholsteinischen Neustadt kommt und bei der Taufe „Ihres“ neuen Schiffes in Berne natürlich dabei war. Schon **am 25. April 2019 durfte ich das erste Mal als „Patin“ bei einer sechsstündigen Erprobungsfahrt an Bord der „BP81 Potsdam“ in der Nordsee** dabei sein und mich von den zahlreichen, modernen Einsatzmöglichkeiten“ persönlich überzeugen. Erstmals ist die neue Generation der Bundespolizeischiffe mit einem Hubschrauberlandeplatz ausgestattet, und ich konnte „live“ erleben, wie die Anflüge auf das fahrende Schiff geprobt wurden, denn die Herausforderung für die professionelle Crew im Hubschrauber, die das Schiff gekonnt „unter Fahrt“ ansteuern, ist enorm. Von der modernen Technik profitiert auch die GSG 9 mit einem Schnellboot, das sich an Bord der „Potsdam“ befindet. Natürlich sind solche Einsatzmittel nicht für den Alltag bestimmt – sondern für die extreme Notfälle, von denen alle hoffen, dass sie nicht passieren, aber für die man heutzutage dennoch gerüstet sein muss. Und am **Sonntag, den 21. Juli 2019 lief die „Potsdam“ das erste Mal – mit mir an Bord – in ihren Heimathafen Neustädt ein und wurde einen Tag später feierlich begrüßt**: ein großer Tag für Neustadt und ein großer Tag für die Bundespolizei am Wieksberg!

Ich begleite und unterstütze den Standort der Bundespolizei-See in Neustadt seit 2002 aktiv. 2005 wurde noch unter Innenminister Otto Schily die Entscheidung getroffen, die Bundespolizei in Neustadt mit einem „Maritimen Ausbildungs- und Trainingszentrum“ (MaST) aufzuwerten, dessen Aufbau mit neuen Schulungs- und Lehrräumen und Lehrpersonal in den folgenden Jahren vom Haushaltsausschuss beschlossen wurde. Bei meinen letzten drei Besuchen bei der Bundespolizei See in Neustadt im September 2016 mit dem damaligen schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studt, am 13. März 2017 mit Innenstaatssekretär Ole Schröder und zuletzt am 28. August 2018 mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs ging es immer wieder darum, welche Investitionen bei der Bundespolizei getätigt werden müssen, um die Infrastruktur und das Lehr-Personal am Standort Neustadt weiter zu verdoppeln und die Crews künftig auf ihren Einsatz der viel größeren und technisch anspruchsvollen neuen Schiffe professioneller vorzubereiten. Neben den bisherigen Kontroll- und Streifenfahrten auf Nord- und Ostsee sollen die neuen Einsatzschiffe auch bei internationalen Polizeimissionen z.B. im Mittelmeer und im Verbund mit Spezialkräften wie der GSG 9 eingesetzt werden können.

Ich bin glücklich und stolz, dass der **Haushaltsausschuss am 26. November 2020 beschlossen hat, insgesamt 7 Mio. Euro für verschiedene Schiffs-simulatoren** im Maritimen Schulungs- und Ausbildungszentrum (MaST) der Bundespolizei in Neustadt i.H. zu investieren. Diese Förderzusage aus Berlin garantiert dem MaST die Beschaffung eines **Schiffsführungssimulators (SFS) für das Training der Nautiker auf bis zu vier Brücken gleichzeitig für 6,5 Mio. Euro und eines Schiffsmaschinensimulators**

für die Ausbildung von Schiffstechnikern einschließlich Havarietraining mit einer Anschubfinanzierung von 500.000 Euro für die erste Ausbaustufe. Damit kann das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum künftig qualitativ völlig neue Ausbildungsmaßstäbe setzen. Ich freue mich riesig für alle künftigen Lehrgangsteilnehmer und Lehrkräfte von Bundespolizei und Zoll in Neustadt und gratuliere herzlich der ganzen Crew der Bundespolizei-See vor Ort, denn eine moderne maritime Ausbildung erfordert auch modernes Übungsgerät, das auf dem aktuellsten Stand der Technik sein muss. Bundespolizei und Zoll haben neue und deutlich größere Aufgaben und Herausforderungen auch mit Blick auf Europa, während maritimes Know-How auf dem Fachkräftemarkt schon lange nicht mehr zur Verfügung steht, sondern selbst ausgebildet werden muss. Darum hat der Ausbildungsstandort Neustadt für Bundespolizei und Zoll eine großartige Zukunftsperspektive, die durch weitere Investitionen des Bundes auch künftig nicht nur technische, sondern auch eine konsequente Verstärkung der Lehrgangskapazitäten beinhalten muss.

Ebenfalls gab es gute Nachrichten für **Heiligenhafen**: Der Haushaltsausschuss beschloss am 26. November auch, dass sich der Bund 2021 an den Kosten für eine Vertiefung auf 6 Meter im Abschnitt zwischen der Ostmole des Kommunalhafens Heiligenhafen und der Kardinaltonne Heiligenhafen-Ost beteiligen wird, denn diese **Vertiefung der Schifffahrtsstraße** stand schon länger auf der „Wunschliste“ der Heiligenhafener Verkehrsbetriebe. Seit Jahren machen „schleichende“ Sandeinträge aus dem Graswader in die Wasserstraße die künftige Nutzung des Kommunalhafens auf Dauer schwierig. Jetzt gibt es Grund zur Freude für Bürgermeister Kuno Brandt, für die Verkehrsbetriebe und die Stadtvertreter in Heiligenhafen, denn der Bund beteiligt sich mit einem **einmaligen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 700.000 Euro an der Vertiefung der Fahrwasserrinne**. Damit kommt dieser Beschluss der gesamten Schiffswirtschaft vor Ort zugute: So können nun zum Beispiel Frachtschiffe mit einer höheren Kapazität am Kommunalhafen Heiligenhafen abgefertigt werden. Gleichzeitig entstehen auch neue Potentiale für den Tourismus, wenn größere Schiffe Heiligenhafen nach Abschluss der Bauarbeiten ansteuern können.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir – nach der Bundespolizei – jetzt tausende neue Stellen beim Zoll vereinbart, weil auch der **Zoll Teil der öffentlichen Sicherheit** ist. Neben der Gewährleistung von geregelten Ein- und Ausfuhren, was bei einem drohenden „harten“ Brexit ein Thema völlig neuer Dimension sein wird, geht es bei dem Aufwuchs des Zolls auch insbesondere um den **Kampf gegen die Geldwäsche und Clan-Kriminalität** sowie

14.12.2018: Auf der Brücke der „Potsdam“ nach der Schiffstaufe

um den **Kampf gegen die Schwarzarbeit und die effektive Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns**. Mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz nehmen wir allein für den Bundeshaushalt 2021 65 Mio. Euro für die **Errichtung neuer Einsatztrainingszentren des Zolls** in die Hand. Mit dem Haushalt 2019 investierten wir bereits im Vergleich zum Vorjahr 256 Mio. Euro zusätzlich in eine bessere Ausstattung, in neue Ausbildungszentren und in mehr Personal. **Die Zollverwaltung erhielt 2018 und 2019 insgesamt 2.175 neue Stellen – fast die Hälfte davon allein für die Mindestlohnkontrolle, über 300 Stellen zur Unterstützung an den internationalen See- und Flughäfen sowie in den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung und zur Bekämpfung von Geldwäsche**. Um den Zoll als Arbeitgeber in Zukunft attraktiver zu machen, haben wir im Haushaltsausschuss durchgesetzt, dass das Eingangsamt im mittleren nichttechnischen Dienst künftig von A6 auf A7 gehoben wird. Im Haushalt 2019 gab es außerdem ein **gigantisches 100 Millionen Euro Fahrzeugprogramm (je 25 Mio./Jahr für 2019 bis 2022) für Ersatzbeschaffungsmaßnahmen zugunsten des ergänzenden Katastrophenschutzes beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)** – davon profitieren unter anderem **auch die Feuerwehren in den Kommunen!** Für die Bereitschaftspolizeien der Länder – in Schleswig-Holstein mit dem Standort Eutin – haben wir ein noch nie dagewesenes vierjähriges Fahrzeugprogramm

05.05.2018: Besuch des THW Eutin für Geräteübergabe von vier neuen Fahrzeugen

für Schutzwagen mit einem Volumen von 64 Mio. Euro beschlossen (je 16 Mio./Jahr für 2019 bis 2022), das im Haushalt 2021 nochmals um 7,5 Mio. verstärkt wurde!

Zudem bauen wir weiter – wie schon seit Jahren – das **Technische Hilfswerk (THW)** als wichtige Bundesbehörde im Katastrophenschutz mit fast **80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bundesweit** aus: waren es bis vor wenigen Jahren noch nur 800 Hauptamtliche, die die wichtige Arbeit der Ehrenamtler unterstützten, so hat der Bund Inzwischen die Zahl der Hauptamtlichen auf über 1.200 Personen angehoben. Der Haushaltsausschuss hat zudem am 26.11.2020 eine weitere finanzielle Förderung für das THW beschlossen. Bisher standen dem THW bei **Einsätzen bei Katastrophen, Unglücksfällen größeren Ausmaßes und öffentlichen Notständen** 1,4 Millionen Euro zur Verfügung. Doch nun kommen noch einmal 3 Millionen zusätzlich „on top“ – **eine Verdreifachung der Mittel!** Die Ausgaben für die Ortsverbände werden separat dazu nochmal um 260.000 Euro auf über 47 Mio. Euro für den Betrieb von Einsatzfahrzeugen sowie für die Errichtung von vier dezentralen Logistikzentren und eines Logistikunterstützungszentrum zur Lagerung ergänzender Zivil- und Katastrophenausrüstung erhöht. Ich freue mich, dass mit der Förderung aus Berlin erneut ein starkes Signal für die Zukunft des THW gesetzt wird.

Für das **neue, moderne THW-Gebäude im Eutiner Gewerbegebiet** können wir hoffentlich bald den 1. Spatenstich vollziehen – Eutin ist der letzte THW-Standort nach Oldenburg und Neustadt, der noch auf das neue Gebäude wartet Die neue Liegenschaft ist auch bitter nötig, denn **Anfang Mai 2018 übernahm das THW Eutin aus dem Fahrzeugprogramm des Bundes gleich vier neue Fahrzeuge mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 360.000 Euro** – die sollen nun auch gut untergebracht werden. Seit Jahren unterstütze ich den zeitnahen Neubau einer modernen THW-Liegenschaft in Eutin und die **Überlassung des bisherigen THW-Gebäudekomplexes an den Kreisverband des DLRG.** Beides ist auf einem guten Weg.

23.10.2020: Vorstellung der Umbaupläne für das BUND-Umwelthaus in Neustadt mit dem BUND-Landesvorstand

konnten. Zwei Jahre später - am **23. Oktober 2020** – war ich erneut z**u Gast im Umwelthaus** und habe mich erneut vor Ort über den Fortschritt der Planungen für die Umbaumaßnahmen informiert. Mit der Unterzeichnung des Architektenvertrages geht das Projekt nach einer EU-weiten Ausschreibung in die nächste Phase, Ende 2021 sollen die Bauarbeiten starten. Ich freue mich sehr auf die Wiederöffnung, die nach Schätzung des Projektleiters im Umwelthaus, Dr. Andreas Schmidt, im Sommer 2023 gefeiert werden könnte.

Wichtige Unterstützung für den Klima- und Umweltschutz

Für das **Umwelthaus in Neustadt – einen „Bildungs-Leuchtturm“**, der mir seit 25 Jahren mit seiner tollen Leiterin Martina Stapf besonders am Herzen liegt – beschloss der Haushaltsausschuss **2018 4 Millionen Euro** Bundesmittel, um mit einem aufwendigen Um- und Anbau-Konzept für zusätzliche Gruppen noch bessere pädagogische Angebote machen zu können. Das Haus leistet seit den 90er Jahren eine großartige Arbeit in Neustadt, ist aber architektonisch „in die Jahre gekommen“: weder ist das Haus mit der schönen Fassade am Ostseestrand vorbildlich gedämmt, noch bei der Energie- und Wasserversorgung ökologisch beispielgebend oder barrierefrei gestaltet – und zu wenig Platz hat das Haus für seine tollen Bildungsangebote in der Trägerschaft des BUND auch. Deshalb wollte ich seit 2017 unbedingt die ehrgeizigen Pläne für Neustadt von Bundesseite her unterstützen und traf mich deswegen schon am **06. Dezember 2017** mit der damaligen Bürgermeisterin von Neustadt Dr. Tordis Batscheider, Edda Disselhoff und dem BUND-Landesgeschäftsführer Ole Eggers im Umwelthaus. Nur ein halbes Jahr später – am **27. Juni 2018** – beschloss der Haushaltsauschuss in seiner Bereinigungssitzung **die 4 Mio. Euro für Neustadt, so dass wir am 28. August 2018** bei meinem nächsten Besuch mit meinem Kollegen, dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs, mit allen Anwesenden angesichts dieser guten Nachricht große Pläne schmieden

Im **November 2019** freute sich die **Stadt Reinfeld** mit Bürgermeister Heiko Gerstmann über **1,3 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ aus dem Etat von SPD-Umweltministerin Svenja Schulze für die Sanierung der historischen Karpfenteiche in Reinfeld**. Die Entschlammung der Karpfenteiche, die mehr als 800 Jahre alt sind, kann nun in Kooperation mit der Fachhochschule Lübeck in Angriff genommen werden.

Hohe Bundesförderungen in den Bildungs-Standort Ostholstein!

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 11. März 2020 auch wieder das **seit 2016 erfolgreiche Bundesförderprogramm zur „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“** beschlossen, das zunächst mit 200 Mio. Euro ausgestattet war und im Juni mit dem Konjunkturpaket um 600 Millionen Euro aufgestockt und damit vervierfacht (!) wurde. Mit diesem erfolgreichen Programm - das im November 2020 um weitere 200 Mio. Euro „on top“ aufgestockt wurde – gibt der Bund mit Zuschüssen wichtige Konjunkturimpulse für die Kommunen in der Krise und geht gleichzeitig aktiv den Investitionsstau bei der sozialen und kommunalen Infrastruktur an.

Die **Stadt Oldenburg** profitierte davon bereits zwei Mal mit dem **Freiherr-vom-Stein-Gymnasium**: schon im **März 2017** bewilligte der Bund **für die Sanierung der Aula des Schulkomplexes einen Bundeszuschuss von 752.000 Euro** – und im **April 2019** wurde sogar **ein Bundeszuschuss in vierfacher Höhe für den Abriss der Sporthalle und**

den Ersatzneubau einer Mehrzweckhalle beschlossen! Ich bin sehr glücklich, dass es gelungen ist, die ehrgeizige, mutige und vorausschauende Schulprojektplanung der Oldenburger Stadtvertretung mit dieser **fast 50-prozentigen Förderung des Bundes von 3,17 Mio. Euro** durchzusetzen und dem Antrag der Stadt in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Der deutlich größere Neubau einer modernen Mehrzweckhalle soll einerseits für den Sportunterricht sowie andererseits für zusätzliche Angebote der zahlreichen Sport- und Kulturvereine bereit stehen. Die Oldenburger Vereine, die sowohl Breiten- als auch Leistungssport betreiben, brauchen nicht nur einen Platz zum Training, sondern außerdem eine ausreichende Hallengröße mit Zuschauertribünen für Wettkämpfe im Ligabetrieb der Vereine. So entsteht in Oldenburg ein attraktiver Mittelpunkt für das Schul- und Vereinsleben!

10.04.2019: Mit Monika Griefahn (Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland) bei der Generalprobe der Eutiner Festspiele auf der Besuchertribüne

Gute Nachrichten gab es auch für die sportbegeisterten Schülerinnen und Schüler der **Inselschule Fehmarn** wie auch für die vielen Amateur-, Jugend- und Breitensportler des SV-Fehmarn: In seiner Sitzung am **9. September 2020** hat der Haushaltsausschuss beschlossen, die **Sanierung der Leichtathletikanlage auf dem Gelände der Inselschule Fehmarn (Burg) mit 405.900 Euro zu fördern.** Mein Glückwunsch gilt SPD-Bürgermeister Jörg Weber mit seinem Team im Rathaus sowie den Stadtvertretern, dass der Bund die erforderlichen Sanierungsarbeiten mit einer fast 50prozentigen Förderung der Gesamtkosten von 820.000 Euro nun tatkräftig unterstützt und damit die städtischen Finanzen entlastet. Der SV Fehmarn ist mit seinen über 1500 Mitgliedern der größte Sportverein, der für Jung und Alt ein breitgefächertes Angebot anbietet, für das viele Ehrenamtliche sich enorm in der Gemeinschaft engagieren.

Stärkung der kulturellen Vielfalt in Ostholstein

Nachdem der Haushaltsausschuss bereits 2019 eine erste Tranche von 1,6 Mio. Euro Bundeszuschuss für die Erneuerung und Instandsetzung der **Eutiner Festspieltribüne** bewilligt hat, freue ich mich riesig mit der Stadt Eutin und den Festspielen, dass trotz bundesweit riesiger Konkurrenz am 11. März 2020 erneut ein Bundeszuschuss von 3,9 Mio. Euro beschlossen wurde. Mit dieser **Zusage über insgesamt 5,5 Mio. Euro aus Berlin** kann die Tribünenanlage aus dem Jahr 1976 am „Grünen Hügel“ jetzt in ihre 45. Saison gehen und die Verantwortlichen können die dringend erforderliche Grundinstandsetzung bzw. Erneuerung umsetzen, um eine langfristige Nutzung mit den aktuellen Sicherheitsstandards nachhaltig sicherzustellen.

Dieses Mammutprojekt braucht und verdient eine starke Bundesförderung, um die weitere Existenz der Eutiner Festspiele zu gewährleisten. Als treuer ‚Fan‘ der Festspiele und Dauer-Gast bei allen Premieren wäre ich wieder gerne zur Premiere am 26 Juni 2020 mit ´Ein Käfig voller Narren´ dabei gewesen – doch aufgrund der Corona-Pandemie musste die 70. Spielzeit der Eutiner Festspiele erstmals (!) komplett ausfallen. Die Verantwortlichen vor Ort wollen diese „Zwangspause“ jedoch nutzen, um die Sanierung der Tribüne zügig voran zu bringen, um für die Saison 2021 wieder komplett „startklar“ zu sein. Ich wünsche dabei viel Erfolg!

Auch das **Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ (kurz BULE)** des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vergibt häufig eher kleine – aber feine – Förderungen aus Bundesmitteln: Nachdem in der Vergangenheit bereits viele Kulturprojekte aus Ostholstein wie **2018 80.000 Euro für das Theaterfestival der „KulTour Oldenburg“** oder **70.000 Euro für den Verein „LandKunst-Stück“** mit Bundesmitteln bezuschusst wurden, erhält im Jahr **2020 das**

„Classical Beat Festival“ in Eutin erneut 375.000 Euro als Zuschuss vom Bund. Im Mai 2018 startete die Stiftung „Neue Musik-Impulse Schleswig-Holstein“ die erfolgreiche Konzertreihe „ClassicalBeat“, indem sie eine Woche lang Konzerte in Eutin, in Burg auf Fehmarn, Scharbeutz und auch in Hamburg, Lübeck und sogar in Schweden veranstaltete. **Schon 2019 konnte ich mich erfolgreich für eine Bundesförderung von fast 100.000 Euro einsetzen**. 2019 erhielt ebenfalls der **Förderkreis der Kreisbibliothek Eutin** eine Projektförderung von 27.566 Euro für sein Projekt „Heimatkunde“.

2.12.2019: Beim Besuch des Amtsgerichts Bad Schwartau zusammen mit SPD-Chefhaushälter Johannes Kahrs und Bürgermeister Uwe Brinkmann

Denkmalschutzprojekte – mit Bundesmitteln saniert!

Seit 2008 gibt es das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes. Seitdem habe ich über 9,873 Mio. Euro an Bundesfördermitteln für 17 bedrohte Baudenkmäler in meinen Wahlkreis „geholt“. Auch in den letzten drei Jahren sind weitere Förderzusagen aus Berlin in unserer Region angekommen und haben für viel Freude gesorgt: erst im Mai 2020 hat der Haushaltsausschuss mit dem 9. Denkmalschutz-Sonderprogramm allein **1,25 Mio. Euro für drei wunderschöne und schützenswerte Denkmäler in Ostholstein bewilligt**. Als ich am 02. Dezember 2019 mit meinem langjährigen SPD-Fraktionskollegen und „Chef-Haushälter“ Johannes Kahrs und meiner Landtagskollegin Sandra Redmann **Bad Schwartau** besuchte, stand die Besichtigung des **alten Amtsgerichtes** am Marktplatz aus gutem Grund auf unserer „Wunschliste“: Im Januar 2020 ist dieses 1910 erbaute, wunderschöne Gebäude, das die Ortsmitte in Bad Schwartau prägt, offiziell in den Besitz der Stadt übergegangen und damit auch – nach 10 Jahren Leerstand – baulich in der Verantwortung der Stadt. Johannes Kahrs und ich haben uns sehr gefreut, dass nahezu alle Mitglieder der Stadtvertretung uns mit Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann und der Verwaltung bei unserem Rundgang durch das beeindruckende Gebäude begleiteten und so ihr gemeinsames Interesse an Erhalt und künftiger Nutzung zeigten. Klar wurde, dass keine Zeit zu verlieren ist, um im 1. Bauabschnitt dringend notwendige Sanierungsarbeiten an der Außenfassade – Sandsteinflächen sollen gereinigt, Risse beseitigt sowie Fenster und Türen saniert werden – zu beauftragen, wobei versucht werden soll, möglichst viele ´Originalelemente´ zu erhalten. **Die Kostenkalkulation dafür lag schon im Dezember 2019 bei 1,6 Mio. Euro** und wird nur der 1. Sanierungsabschnitt von mehreren sein. Umso glücklicher bin ich, dass **der Bund davon jetzt 800.000 Euro** aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes für Bad Schwartau übernimmt. Nach dem Kauf des alten Amtsgerichts 2019 vom Land Schleswig-Holstein durch die Stadt für insgesamt 630.000 Euro ist diese Bundesförderung der erste wichtige Schritt, das seit 1980 unter Denkmalschutz stehende Gebäude in „neuem Glanz erstrahlen zu lassen“. Nun wird die Stadtvertretung zusammen mit der Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger einbinden und gemeinsam ein Nutzungskonzept erarbeiten, damit das großartige Gebäude im Herzen Bad Schwartaus Einwohnern aller Generationen als Ort der Begegnung dienen kann.

Zudem erhält das **Eutiner Schloss** auf Beschluss des Haushaltsausschusses vom 26.11.2020 **bereits zum 4. Mal (!) einen**

Bundeszuschuss für seine Sanierung – dieses Mal sogar unglaubliche 3 Mio. Euro. 2013 hatte der Haushaltsausschuss erstmals für den Eutiner Schlossgarten 300.000 Euro bewilligt, 2018 weitere 400.000 Euro für die Sanierung der Fenster und zuletzt im Mai 2020 weitere 150.000 Euro – das sind i**nsgesamt 3,85 Mio. Euro worauf ich sehr stolz bin**. Nun können unter der Leitung von Geschäftsführerin Brigitta Herrmann die dringend erforderlichen Sanierungsarbeiten weitergehen. Bei meinem gemeinsamen **Besuch im Eutiner Schloss am 24. Oktober 2018 mit Petra Merkel** – ehemalige Vorsitzende des Haushaltsauschusses des Deutschen Bundestages – haben uns der ehemalige zuständige Architekt Torsten Ewers, der damalige Landesdenkmalpfleger Dr. Michael Paarmann sowie Brigitta Herrmann ausführlich über die Schäden am Schloss und über den Sanierungsaufwand informiert. Von der liebevollen Instandsetzung des Schlosses konnte ich mich in der Vergangenheit bei zahlreichen Besuchen immer wieder überzeugen.

Wir haben in unserer Region eine unglaubliche Fülle an **wunderschönen Kirchen und historischen Gebäuden**, die unsere Dörfer prägen und mit deren Sanierungsaufwand allerdings meist die Kirchenkreise und Gemeinden vollkommen überfordert sind. Darum bin ich immer wieder froh, wenn es gelingt im Haushaltsausschuss Zuschüsse aus den Denkmalschutzprogrammen des Bundes für solche Denkmäler in unserer Region zu bewegen. Gute Nachrichten gab es am **26.11.2020** aus Berlin für die **800 Jahre alte ehemalige Benediktinerabtei in Cismar bei Grömitz**. Die Sanierung des wunderschönen Klosters wird mit **800.000 Euro vom Bund** gefördert, sodass es bald wieder in neuem Glanz erstrahlen kann. Gute Nachrichten für den Förderkreis des Klosters Cismar, der mit sehr viel Engagement seit Jahrzehnten großartige Veranstaltungen mit sehr viel Liebe zum Detail wie das berühmte Klosterfest, einzigartige Konzerte, Lesungen oder die spannenden Museumsausstellungen auf die Beine stellt. Ebenso erfreulich, dass wir **300.000 Euro Bundeszuschuss** für das 1883 eingeweihte **Pastorat in Gnissau** bewilligen konnten. Die umfangreiche Bekämpfung von Feuchtigkeit in den Kellerräumen sowie die Sanierung von Wärmedämmung und Elektrik (Gesamtkosten gut 640.000 Euro) ist dringend erforderlich. Der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger für das alte Pastorat hat sich gelohnt! **2019** bewilligte der Haushaltsausschuss die **Sanierung der St.-Petri-Kirche in Landkirchen/Fehmarn** – schon zum zweiten Mal – **mit 350.000 Euro**, nachdem **schon 2015 eine Förderung von 200.000 Euro für den hölzernen Glockenturm** beschlossen worden war. Im **August 2017** hatte ich mir persönlich vor Ort ein Bild von den Schäden am Dachstuhl und am Mauerwerk der fast 800 Jahre alten Kirche gemacht. Außerdem erhielt die **St.-Johannis-Kirche in Bannesdorf/ Fehmarn**, die ich **im Frühjahr 2019** noch gemeinsam mit Pastor Dr. Martin Grahl,

28.8.2018: Mit Johannes Kahrs zu Besuch in der St.-Laurentius-Kirche in Süsel

29.03.2019: Besichtigung der St. Johannis-Kirche Bannesdorf mit dem Kirchengemeinderat und Pastor Dr. Martin Grahl

05.03.2019: Besuch der Kirche in Zarpen mit Restaurator Christian Leonhardt, Pastor Nils Wolffson, Propst Dr. Daniel Havemann und Konservatorin Julika Haller (v.l.)

Mitgliedern des Kirchengemeinderates und den zuständigen Architekten besucht hatte, eine **Bundesförderung von 129.000 Euro** für eine umfangreiche Entwässerung und Feuchtigkeitsbeseitigung zum Schutz der wertvollen Malereien.

Auch die herrliche **St.-Laurentius-Kirche in Süsel**, die ich am 14. **August 2017 und erneut am 28. August 2018** mit dem Chefhaushälter der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs besucht hatte, erhielt **im November 2018 die Förderzusage für die Komplettsanierung** in Höhe von **1,09 Mio Euro**. Der Bund übernimmt die Hälfte der Kosten für die Sanierungsarbeiten, die derzeit in vollem Gange und hoffentlich 2022 abgeschlossen sind. Die wunderschöne **St.-Jürgen-Kirche in Grube** erhielt bereits **2017 440.000 Euro**, die **2018 nochmals um 110.000 Euro aufgestockt** werden mussten. Unvorhersehbare Bauschäden im Dachbereich hatten die Kosten deutlich ansteigen lassen – umso größer war die Freude über diese erneute Unterstützung vom Bund. Die **Ev.-lutherische Kirchengemeinde Bosau** bekam **2019 53.000 Euro** für die **Sanierung des Chordaches der St.-Petri-Kirche**. Außerdem erhielt die **Kirche in Zarpen** (Nord-Stormarn) nach meinem Besuch **im Frühjahr 2019 41.000 Euro für den Erhalt ihrer einzigartigen Gewölbemalerei**. Erst kurz zuvor war bei mir der „Hilferuf“ des langjährig für die Gemeinde aktiven Sozialdemokraten Olav Rieck mit der Bitte bei mir angekommen, ob ich mich nicht für die Förderung der notwendigen Sanierung der fast 800 Jahre alten Kirche in Zarpen durch den Bund einzusetzen könnte. Kurz darauf besuchte ich am 5. März 2019 Zarpen, wo mir viele Gemeinde- und Kirchenvorstandsmitglieder voller Elan erläuterten, wie sehr die erfolgreiche Sanierung der Kirche pünktlich zum 800. Jubiläum 2021 der gesamten Bevölkerung am Herzen liege. Eindrucksvoll erklärten Pastor Nils Wolffson, Propst Dr. Daniel Havemann sowie der seit 1995 mit der Kirche vertraute Restaurator Christian Leonhardt und die Konservatorin Julika Heller die Schäden im Mauerwerk und am Gewölbe. Ich bin glücklich, dass es mir 2019 gelang, Olav Rieck die positive Nachricht zur Bundesförderung noch am Telefon persönlich zu übermitteln, denn im September 2020 ist Olav leider verstorben. Er wäre glücklich gewesen noch zu erleben, dass damit die einzigartige Gewölbemalerei aus dem 15. bis 17. Jahrhundert erhalten werden kann, in die Ich mich bei meinem Besuch sofort „verliebt“ habe: zu Recht geht der Blick vieler Besucher – getreu dem Motto der Kirchengemeinde – zuallererst „himmelwärts“, weil die fantastische Deckenmalerei die Blicke magisch anzieht. Leider ist diese Deckenmalerei über die Jahre stark verschmutzt, und es hat sich ein Grauschleier über die Ranken und Engel gelegt, der dringend entfernt werden muss, wobei auch problematische „Hohlstellen“ unter der Malschicht durch Ausspritzen zwischen Putz und Stein gefüllt werden müssen. Die Kosten für diese Maßnahmen belaufen sich auf 83.430 Euro, die nun hälftig vom Bund getragen werden. Hoffen wir, dass die Kirchengemeinde Zarpen 2021 ihr großes Fest zum 800. Geburtstag trotz Corona wie geplant feiern kann. Außerdem habe ich mich erfolgreich für Bundeszuschüsse von **200.000 Euro für St. Marien in Kirchnüchel** eingesetzt – die wunderschöne Kirche gehört zwar zum Nachbarkreis Plön, liegt aber

tatsächlich nur 6 km von meinem Heimatort Kasseedorf entfernt. Die Bauschäden habe ich im **August 2017** zusammen mit dem Architekten Torsten Ewers, Dorfvorsteher Dieter Path, Bürgermeister Jörg Schöning, meiner damaligen Bundestagskollegin Birgit Malecha-Nissen und Pastorin Anja Haustein besichtigt und deren Beseitigung liegt mir seitdem am Herzen, denn seit 40 Jahren gehört diese Kirche gefühlsmäßig zu „meiner Heimat". Gefreut habe ich mich auch über die Förderzusage von **220.000 Euro für meinen Betreuungswahlkreis Segeberg für die Sanierung der Marienkirche Bad Segeberg**. Auch das ehemalige **Feuerschiff „Fehmarnbelt"**, das heute als Museumsschiff **in Lübeck** liegt und im Sommer immer noch Fahrten entlang der Ostseeküste unternimmt, erhält 2020 erneut eine Bundesförderung über **525.000 Euro**, nachdem der Haushaltsausschuss bereits 2018 eine erste Tranche in Höhe von **1,1 Mio. Euro** beschlossen hatte.

Seitdem der Haushaltsausschuss 2008 das Denkmalschutzsonderprogramm als Teil des damaligen „Konjunkturpaketes" in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 „erfand", habe ich viele Projekte im Wahlkreis durch den Bund fördern können. Den damals 1. Bundeszuschuss (50 Prozent) erhielt **2008 mit 85.000 Euro die KZ-Gedenkstätte Ahrensbök,** die erst Dank dieser Förderung u.a. mit einer Heizung ausgestattet wurde und auch Vorträge und Führungen im Winterhalbjahr zuließ. **2009 folgte mit 800.000 Euro die Grundsanierung der Ratekauer Feldsteinkirche**. 2014 profitierte mit **180.000 Euro der Oldenburger Wall**, 2015 mit **200.000 Euro der hölzerne Glockenturm von Landkirchen/Fehmarn**, 2016 mit **35.000 Euro die Orgel in der Stadtkirche in Neustadt** und mit **180.000 Euro der Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg**, dessen 22 Meter hoher Turm seit Jahrzehnten nicht betreten werden konnte und der nach der erfolgreichen Sanierung jetzt wieder begehbar ist. Der Granit-Turm, der nach der Sandstrahlung wieder leicht rosa in voller Schönheit erstrahlt, ist attraktiv für Touristen und Einheimische, die nach dem Klettern über die Wendeltreppe oben vom höchsten Punkt Schleswig-Holsteins den Blick in die Landschaft schweifen zu lassen können. Mein besonderes „Highlight" bei der Turm-Sanierung war, dass die Grundschüler aus Schönwalde an der Farbgestaltung der Fenster beteiligt wurden. Das historische Glas war zerbrochen und Vorlagen waren nicht vorhanden. So machten wir einen Malwettbewerb mit den Grundschülern. Eine Jury von Kindern und Erwachsenen entschied sich zwischen über 200 Vorschlägen der Grundschüler für kunterbunte Fenster, die

21.08.2020: Besuch des Konzertsaals im Kieler Schloss mit meinem Bundestagskollegen Mathias Stein, Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und Benjamin Reimers (Foto: studio kohlmeier berlin)

dem Turm von außen ein unvergleichliches Aussehen geben und den Innenraum in ein faszinierendes Licht tauchen.

Einsatz für Förderungen für Schleswig-Holstein

Als der Haushaltsauschuss des Deutschen Bundestags am 26. November 2020 sein Förderprogramm für Denkmalschutzprojekte beschlossen hatte, waren über 24 Mio. Euro für acht Projekte in Schleswig-Holstein dabei. **Der große Gewinner war dieses Mal die Landeshauptstadt Kiel mit 11 Mio. Euro für die Grundsanierung des Kieler Schlosses** sowie das Kieler Umland mit fast 7 Mio. Euro für das Laboer Ehrenmal, das Freiluftmuseum Molfsee und das Gut Rastorf bei Preetz. Am **21. August 2020** besuchte ich auf Einladung des **SPD-Oberbürgermeisters Ulf Kämpfer** sein Rathaus und das Kieler Schloss, um mir von ihm und seinem Projektplaner den erheblichen Sanierungsbedarf des wunderschönen Konzertsaales erläutern zu lassen. Fakt ist: Ohne eine umfassende Sanierung und Modernisierung wäre vermutlich die Schließung dieses bedeutenden Veranstaltungsraums schon bald real geworden. Dabei hat der Konzertsaal unglaublich großes Potential: Durch seine atemberaubende Akustik bietet er für ein breites Spektrum kultureller Veranstaltungen eine auch internationale Anziehungskraft und verfügt über die Qualität, Künstler aus aller Welt und aller Genres nach Schleswig-Holstein zu locken. Bei meinem Besuch wurden mir – als gebürtige Kielerin und begeisterte Konzert-Besucherin – nachdrücklich die großen und dringenden „Baustellen“ des Saales vor Ort gezeigt und die geplanten Sanierungsmaßnahmen vorgestellt. Da der NDR aktuell aus dem Gebäude ausziehen wird, ergeben sich für die Umbaumaßnahmen insbesondere im hinteren Bühnenbereich und für die Technik völlig neue Umbaumöglichkeiten, die allerdings die Gesamtkosten von 24 Mio. Euro 2012 auf jetzt 40 Mio. Euro haben steigen lassen – diese Summe wäre für Kiel ohne eine Unterstützung des Bundes verständlicherweise nicht zu „wuppen“ gewesen. Auf meine Anregung hat Kiel in seinen Antrag für den Bund auch die **Sanierung der stattlichen Konzertorgel im Konzertsaal in die Förderung mit aufgenommen**, die wegen eines Defekts seit 12 Jahren (!) nicht mehr gespielt werden konnte. Mit der Förderzusage des Bundes über 11 Mio. Euro steht der Sanierung dieses wichtigen Kulturdenkmals ab September 2021 nun nichts mehr im Wege, sodass ab Mitte 2024 im ‚neuen‘ Konzertsaal wieder Musik erklingen kann!

26.11.2020: Der Bund beschließt einen Zuschuss über 2,25 Mio. Euro für das Marine-Denkmal in Laboe

Da ich bis zu meiner Einschulung in Laboe aufgewachsen bin, ist **das 85 m hohe Laboer Marine-Ehrenmal** für mich nicht nur DAS Wahrzeichen der Kieler Förde, das weit über die Region hinaus als Tourismus-Magnet für die Kieler Bucht und ganz Schleswig-Holstein bekannt ist, sondern für mich ist es ein Stück Heimat. Die Sanierung dieses **Denkmals aus den 20er Jahren,** das vom Deutschen Marinebund **1954 zur Gedenkstätte für alle ‚auf See Gebliebenen‘ – ungeachtet der**

17.08.2020: Besuch der Sportanlage ‚Falkenwiese' in Lübeck mit SPD-Bürgermeister Jan Lindenau (Foto: studio kohlmeier berlin)

Nationalität – umgewidmet wurde, wird jetzt **vom Bund mit 2,25 Mio. Euro gefördert**, nachdem der Haushaltsausschuss **2019 bereits 70.000 Euro f**ür erste Erhaltungsmaßnahmen bewilligt hatte. Außerdem profitiert die riesige Anlage des **Landesmuseums in Molfsee mit 2,7 Mio. Euro** für einen Neubau des Ausstellungs- und Eingangsgebäudes.

Bereits am **17. August besuchte ich in Lübeck die Sportanlage ´Falkenwiese´ auf Einladung von SPD-Bürgermeister Jan Lindenau** gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Gabriele Hiller-Ohm sowie den Vorsitzenden des Kreis-Turn- und Sportverbandes, Joachim Giesenberg, und des Lübecker Judo-Clubs e.V., Detlef Ott: der größte Wunsch der Sportvereine seit über 20 Jahren: **ein Ersatzneubau als „Haus des Sports" auf dem Gelände des Sportzentrums „Falkenwiese"**. Ich versprach meine volle Unterstützung und konnte bereits im September 2020 die frohe Botschaft verkünden, dass das Projekt aus dem Programm „**Sanierung kommunaler Einrichtungen**" die **maximal mögliche Summe von 3 Mio. Euro an Bundesförderung** erhält – eine wirklich gute Nachricht für die vielen Amateur-, Jugend- und Breitensportler der ansässigen Vereine, denn jetzt kann es 2021 mit dem ersten Spatenstich losgehen! Schon im Jahr zuvor wurde die Hansestadt mit einer enormen Förderung aus dem Bundeshaushalt bedacht: 18,5 Mio. Euro beschlossen die Haushälter als Zuschuss für Kulturinvestitionen von nationaler Bedeutung allein in Lübeck, mit 14 Mio. Euro für die Marienkirche Lübeck, „Mutterkirche der Backsteingotik" und Teil des UNESCO-Weltkulturerbes Lübecker Altstadt, und weitere **4,5 Mio. Euro für das Theater Lübeck,** dessen Zukunft mit dieser Bundesförderung nun gesichert ist. Das waren großartige Nachrichten nicht nur für die Stadt, sondern auch für das tolle Ensemble des Theaters, seine begeisterten Besucher sowie die vielen Förderer und Kulturliebhaber der Kirche St. Marien.

In diesen weniger sicheren Zeiten ist es umso wichtiger, sich für den Erhalt unserer Wirtschafts- und Lebensgrundlagen einzusetzen: Und das gilt ganz besonders für die L**ebensader des Nordens, den Nord-Ostsee-Kanal!** Die maritime Wirtschaft rund um den NOK war von den gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie im Frühjahr stark betroffen. Gemeinsam mit meinem SPD-Fraktionskollegen Mathias Stein hatte ich deshalb am 1**9. Februar 2020** in guter Tradition die Veranstaltung „**SOS für den Nord-Ostsee-Kanal**" mit mehr als 80 interessierten Gästen aus der Lotsenbrüderschaft, der maritimen Wirtschaft, dem DGB Nord, Vertretern der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) in Brunsbüttel durchgeführt. Seit **meiner**

Auftaktveranstaltung im September 2011 mit damals über 150 Teilnehmern unter exakt demselben Motto und am selben Ort hatte sich im Anschluss ein breites NOK-Bündnis in Schleswig-Holstein – die Kiel-Canal-Initiative – gebildet. In den Folgejahren bewilligte der Haushaltsausschuss a**uf Initiative von Johannes Kahrs und mir insgesamt über 2 Mrd. Euro für die Grundinstandsetzung des Nord-Ostsee-Kanals.** Jetzt hat der Haushaltsausschuss im Juli mit dem 2. Nachtragshaushalt beschlossen, angesichts der Krise für die **zweite Jahreshälfte 2020 komplett auf die Befahrensabgabe im Nord-Ostsee-Kanal in Höhe von 10 Mio. Euro** zu verzichten und zusätzlich zur **Kompensation der Einnahmeausfälle der Lotsen in der Krise 8 Mio. Euro zu bewilligen.** Da die Lotsentätigkeit in einzelnen Revieren im Monat April um bis zu 65 Prozent eingebrochen war, führte dies dazu, dass die Lotsen Einkommenseinbußen in ähnlicher Höhe hinnehmen mussten. In der Region sichert der Nord-Ostsee-Kanal über 3.000 Arbeitsplätze – dazu zählen nicht nur die über 300 Lotsen und ca. 160 Kanalsteurer, sondern auch Schiffsmakler, Werften, Handwerksbetriebe, Schiffsausrüster, Tourismusagenturen, Gaststätten- und Hotelbetreiber. Die Maßnahmen von zusammen 18 Mio. Euro für 2020 waren sehr erfolgreich, sollten aber zum Ende Dezember 2020 enden: während noch von April bis Juli 2020 die Schiffspassagen um bis zu 30 Prozent gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten eingebrochen waren, normalisiert sich diese Situation schnell: im Oktober waren es dann glücklicherweise nur noch 3 Prozent! Durch die im Haushalt 2021 nun vom Bundesfinanzministerium befürwortete **erneute Aussetzung der Befahrungsabgaben für das gesamte (!) Jahr 2021 in Höhe von 21 Mio. Euro** will der Bund die Attraktivität des NOK nachhaltig steigern, um so auch den noch im Frühjahr existenzbedrohenden Einnahmeverlusten für Lotsen, Kanalsteurer und Schiffsmakler entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der Hafenstandorte in Kiel, Brunsbüttel und Hamburg zuverlässig zu stärken. Das ist eine elementare Unterstützung für die Zukunftsfähigkeit des Kanals, für den ich mich seit Jahren aktiv einsetze!

19.02.2020: Mein Kieler MdB-Kollege Mathias Stein und ich bei unserer Veranstaltung „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal“

Aus dem Etat 2021 des Bildungs- und Forschungsministeriums stellt der Haushaltsausschuss insgesamt **13,5 Mio. Euro** – und damit die vollständigen Planungs- und Baukosten – für den Neubau des hochmodernen **Forschungsschiffes „Ludwig Prandtl II“ des Helmholtz-Instituts für Material- und Küstenforschung in Geesthacht** bereit: Ein starkes Signal für nachhaltige Innovations- und Klimaforschung für den Forschungsstandort Schleswig-Holstein! Ein Jahr zuvor bewilligte der Haushaltsausschuss für den **Standort Geesthacht** bereits **mit künftig 15 Mio. Euro jährlich (!) ein „Institut für Maritime Energiesysteme“ als neues Forschungszentrum** für die **Entwicklung von energieeffizienten und schadstoffarmen Antrieben für Schiffe**: Mit diesem neuen Institut zur Forschung von Schiffsantrieben hält der Technologiestandort Deutschland Einzug im Kreis Lauenburg. Sowohl der Antrieb von Fracht- und Passagierschiffen als auch die Stromversorgung insgesamt sollen nachhaltiger und sauberer werden – darin liegt ein zukunftsfähiges Forschungspotential mit Blick auch auf ganz Europa!

POLITIK FÜR UND MIT FRAUEN:

Mein Ladies'-Day-Netzwerk!

Seit 2003 baue ich gezielt ein **Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik** auf, das weibliche Führungskräfte aus Unternehmen, aus gesellschaftlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden sowie von Betriebsräten und Gewerkschaften und aus Kultur und Medien zum intensiven Gedankenaustausch mit uns Politikerinnen zusammenbringt. Dafür habe ich bereits 2003 gemeinsam mit meiner Haushaltsausschuss-Kollegin **aus Berlin Petra Merkel den Ladies' Day im Bundestag** ins Leben gerufen, der bis 2013 Power-Frauen aus ganz Deutschland in Berlin für einen Tag zum Gedankenaustausch, zum Kennenlernen und zum Networking zusammenführte. In diesen 10 Jahren sind viele Frauen aus Ostholstein und Nordstormarn als Gäste dieser Veranstaltungen im Bundestag gewesen und waren stets begeistert. Deswegen fand **im August 2013 der 1. Ladies' Day im Hansa-Park in Ostholstein mit damals 120 großartigen Frauen** statt, der zur alljährlichen Tradition wurde und in der Regel – wenn nicht im Hansa-Park, dann **im Bugenhagen-Werk in Timmendorfer Strand auf Einladung von Geschäftsführerin Inka Kielhorn** stattfindet.

Leider musste 2020 zum ersten Mal der beliebte „Ladies' Day" aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Das war natürlich aufgrund des Infektionsschutzes erforderlich, aber wehmütig gemacht hat es mich trotzdem: ich drücke fest die Daumen, dass wir uns im Sommer 2021 – diesmal wieder im Bugenhagen-Werk wie bereits 2020 geplant – endlich alle wiedersehen können! Nachdem wir **den 5. Ladies'-Day im Sommer 2017 – unvergesslich – mit 140 Frauen zur Generalprobe der**

19.06.2019: Ladies' Day mit 110 Frauen im Hansa-Park in Sierksdorf

Premiere der Eutiner Festspiele in der Opernscheune verbringen durften, trafen wir uns **2018 erneut im Bugenhagen-Werk**. Die **7. Ausgabe des Ostholsteiner Ladies' Day fand im Oktober 2018 als „Special" mit 80 starken Frauen aus Ostholstein und Stormarn im Eutiner Schloss statt**, bei dem ich ausnahmsweise nicht selbst moderiert habe, sondern als „Talk-Gast" im Interview mit meiner ehemaligen Haushaltskollegin und Ladies'-Day-Mitbegründerin Petra Merkel über mich persönlich, über meine politische Arbeit in Berlin und über aktuelle Herausforderungen in Berlin und Europa „geplaudert" habe. Dieses **besondere Format kam auf ausdrücklichen Wunsch unseres Frauen-Netzwerkes zustande. Am 18. Juni 2019 fand schon zum 3. Mal auf Einladung von Hansa-Park-Chefin Claudia Leicht** unser Ladies'-Treffen mit 110 Frauen in ihrem großartigen Freizeitpark in Sierksdorf statt – unvergesslich!

Besonders gerne erinnere ich mich an **meine 2. „Ladies'-Gruppe" als 50-köpfige Reise-Truppe drei Tage in Berlin vom 20. bis 22. November 2019** zurück: 50 „Power-Frauen" aus Ostholstein und Stormarn besuchten mich an meinen Wirkungsstätten im Parlament und im Finanzministerium. Sie besichtigten nicht nur das Bundeskanzleramt, die Reichstagskuppel und das Willy-Brandt-Haus, sondern auch mit mir **die größte Frauengenossenschaft Europas**. Die bemerkenswerte WeiberWirtschaft eG betreibt seit den 90er Jahren einen riesigen Gewerbehof, funktioniert fabelhaft und vorbildlich seit über 25 Jahren und unterstützt Existenzgründerinnen nachhaltig. Diese Eindrücke waren für alle faszinierend!

Wer Interesse am Ladies' Day hat, muss sich in den inzwischen 400 Frauen aus Ostholstein und Stormarn umfassenden Verteiler über Anmeldung in meinem Wahlkreisbüro aufnehmen lassen (bettina.hagedorn.wk@bundestag.de).

Über die großartige Veranstaltung im November 2018 mit der Präsentation der 20-Euro-Gedenkmünze zu „100 Jahre Frauenwahlrecht" mit Franziska Giffey und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit hunderten von großartigen Frauen aus ganz Deutschland habe ich bereits berichtet – aber am 17. Januar 2019 fand eine **großartige Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag** statt, in der wir an die erste Rede einer weiblichen Abgeordneten in einem Deutschen Parlament erinnerten: genau vor 100 Jahren hielt 1919 die Sozialdemokratin Marie Juchacz

17.01.2019: 100 Jahre nach der ersten Rede einer weiblichen Abgeordneten – der Sozialdemokratin Marie Juchacz – im Parlament. Zur Gedenkfeier tragen wir SPD-Frauen weiß!

als erste Frau in einem deutschen Parlament eine Rede, die zudem ganz bemerkenswert war und noch heute absolut aktuell ist. In dieser Rede – die im Bundestag rezitiert wurde – streitet sie klug, mutig und selbstbewusst für mehr Frauenrechte. An diesem Plenartag trugen wir SPD-Frauen alle (wie 1919!) weiße Blusen und setzen damit auch optisch ein bewusstes Zeichen, das – bemerkenswerterweise – wenige Wochen später von den frisch gewählten demokratischen Frauen im US-Repräsentantenhaus öffentlichkeitswirksam kopiert wurde. Neben ihrer Arbeit als SPD-Abgeordnete gründete Marie Juchacz in den zwanziger Jahren übrigens die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland, denn die Frauen der Weimarer Republik waren nie nur couragierte Vorkämpferinnen für mehr Gleichberechtigung in Deutschland, sondern immer auch für sozialen Fortschritt und Frieden. Nach dem 2. Weltkrieg waren es Frauen wie die SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert, die 1948 in unserem Grundgesetz (gegen massiven Widerstand!) den Artikel 3 als Meilenstein durchsetzten, der der Gleichberechtigung endlich Verfassungsrang gab: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Klar ist: auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist die Gleichberechtigung keineswegs vollendet. Im Deutschen Bundestag war der Anteil weiblicher Abgeordneter im Übrigen bis 2017 schon einmal deutlich höher als aktuell: lag er in der vergangenen Legislaturperiode noch bei 36,5 Prozent, so schrumpfte der Frauenanteil nach der Wahl 2017 auf nur noch knapp über 30 Prozent. Insbesondere die Fraktionen der AfD (10,6 Prozent), FDP (22,5 Prozent) und auch der CDU/CSU (20 Prozent) zeigen ein katastrophal ungleiches Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten. Auch die SPD-Bundestagsfraktion kann und sollte noch weiblicher werden: Aktuell liegt unser Frauenanteil im Bundestag aber immerhin bei gut 42 Prozent.

Zum Glück konnten Anfang März 2020 direkt vor dem Beginn der Corona-Pandemie noch **zwei wundervolle Frauen-Veranstaltungen in Ostholstein stattfinden: passend zum Internationalen Frauentag am Sonntag, den 08. März** kamen rund 90 Frauen (und auch ein paar Männer) auf meine Einladung ins „**Movie Star Kino**" **in Bad Schwartau** um den beeindruckenden Film „**Die perfekte Kandidatin**" von der Regisseurin Haifaa al-Mansour anzuschauen, für den ich als eine von bundesweit etwa 50 Premieren-Patinnen aus Politik und Frauenverbänden ausgewählt worden war. Der Film erzählt die Geschichte von Maryam – einer jungen Ärztin in einer Kleinstadt in Saudi-Arabien, die sich spontan entscheidet als Gemeinderätin zu kandidieren. Doch in einem Land, wo Frauen die Zustimmung eines männlichen Vormunds brauchen, um ein Flugzeug betreten zu dürfen, und denen es erst seit 2018 erlaubt ist Auto zu fahren, stößt Maryam auf etliche Hindernisse, die sie mutig überwindet. Ähnlich große Schwierigkeiten musste auch die Regisseurin überwinden, um diesen Film überhaupt in Saudi-Arabien drehen zu können, ohne verhaftet zu werden. Ein wunderbarer Kinoabend – mein Dank gilt dem engagierten Kinobetreiber Roman Paech nicht nur für dieses Engagement – sondern insbesondere für seine Hilfe für herzkranke Kinder aus Afghanistan! Und gefreut habe ich mich auch riesig über die acht Berufsschülerinnen, die mit ihrer Lehrerin extra aus Timmendorfer Strand gekommen waren – ein gelungener Abend!

Einen Tag zuvor, am 07. März 2020, war ich über 4 Stunden beim **Tag der KreisLandFrauen Ostholstein** in Bad Schwartau zu Gast: die Halle der Elisabeth-Selbert-Schule war rappelvoll, ich konnte viele, viele tolle Landfrauen (wieder)treffen, die ich teils 20 Jahre aus der Zusammenarbeit kenne und schätze. Der **Meteorologe Dr. Meeno Schrader** hielt einen ebenso fundierten wie eindringlichen und auch kurzweiligen Vortrag unter dem **Motto „Die Erde hat Fieber"**: großartig! Eindringlich forderte er ein massives Umdenken in Bezug auf den Klimawandel und das Konsumverhaltens der Bevölkerung ein. Vielen Dank an die Landfrauen für diese informativen Stunden und dieses inspirierende Impulsreferat!

DIREKTER DRAHT ZUR JUGEND

Wie immer erlebten meine rund 300 Bürgerinnen und Bürgern aus Ostholstein und Nordstormarn, die ich in den letzten drei Jahre jeweils zu einer dreitägigen politischen Informationsfahrt nach Berlin einlud, ein stets spannendes und informatives Programm – leider mussten 2020 wegen Corona alle Fahrten zu meinem großen Bedauern ausfallen und auch für 2021 gibt es noch keinen Lichtblick, denn der Deutsche Bundestag ist seit Mitte März absolut „dicht". Da auch viele Beschäftigte der Abgeordneten im Home-Office arbeiten, sind die sonst so belebten Räumlichkeiten und Flure auch im Paul-Löbe-Haus, wo mein Büro ist, seit März meist gespenstisch leer.

Für diese spannenden und informativen Fahrten lade ich seit 2002 vorzugsweise verdiente Ehrenamtliche aus Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik sowie engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein. Meine letzte 50-köpfige Besuchergruppe des Jahres 2019 vor dem Lock-Down kam vom 11. bis 13. Dezember 2019 in das winterliche Berlin. Neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Ehrenamt war auch eine starke **Schülergruppe des Eutiner Webergymnasiums dabei, die sich politisch interessieren und engagieren, sowie mehrere Freiwillige eines Ökologischen Jahres (FÖJ) aus dem Umwelthaus Neustadt**, die ich während meiner „Baumpflanzaktion" auf einer Streuobstwiese des BUND in Malente im Mai 2019 kennengelernt und kurzerhand spontan nach Berlin eingeladen hatte. Wir diskutierten an den drei Tagen in Berlin während jeder Gelegenheit über alle Themen, die den Jugendlichen unter den Nägeln brannten, wenngleich unsere gemeinsame Zeit durch meine Termine natürlich immer zu kurz war. Ich war begeistert, dass diese Jugendlichen mich dann auf Initiative des 20-jährigen Jeremias Starck zum 24. Januar 2020 in das Umwelthaus nach Neustadt einluden, wo ich mit ca. 20 hoch motivierten Jugendlichen über 2 Stunden – quer durch alle Politikfelder – weitersprechen konnte. Die jungen Menschen haben mich mit ihrem echten Interesse und Engagement zu tiefst beeindruckt.

Ebenso spontan wie dieser Termin schloss sich dann ein einwöchiger Besuch von Jeremias Starck auf meine Einladung hin in der „Woche für Jugendvertreter" im Deutschen Bundestag vom 9. bis zum 13. März 2020 an – als einer von nur 26 Teilnehmern bundesweit, was ihm weitere Einblicke und einmalige Erfahrungen im „Politischen Berlin" ermöglichte: Ich gebe immer wieder jungen Menschen, die ein ernsthaftes Interesse an Politik zeigen, gerne die Gelegenheit, meine Arbeit im Bundestag durch eine Hospitanz „hautnah" zu erleben. Jeremias lernte die Mitarbeit im Team meines

24.01.2020: Mit FÖJlern des BUND aus ganz Schleswig-Holstein und Schülerinnen und Schülern des WeberGymnasiums Eutin im Umwelthaus Neustadt

Bundestagsbüros ebenso kennen wie spannende Arbeitsgruppensitzungen und den Umweltausschuss „live“. Sein ganz besonderes „Highlight“ für ihn als Absolvent eines Freiwilligen Ökologischen Jahres im Umwelthaus des BUND in Neustadt war natürlich die Tatsache, dass er mich gleich an seinem 1. Tag mit der SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann (in ihrer Funktion als Vorstandsvorsitzende der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein) und wichtigen Stiftungsvertretern aus Schleswig-Holstein zu einem ausführlichen Gespräch im Bundesumweltministerium mit Ministerin Svenja Schulze begleiten durfte, wo über Moorschutzprojekte in Schleswig-Holstein und deren Förderchancen mit Bundesmitteln diskutiert wurde, weil er da persönlich miterleben konnte, wie konkrete Politik funktioniert und zu positiven Ergebnissen für Umwelt und Klima beitragen kann. Was wir damals noch nicht wussten: wenige Tage später kam der „Lock-Down“ und Jeremias sollte mindestens für 2020 unser letzter Hospitant in Berlin sein.

13.08.2020: Mit PPP-Stipendiat Jan-Philip Herbers nach seinem Austauschjahr im US-Bundesstaat Washington 2019

Seit 2003 bin ich Patin für das **Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages mit den USA,** und bisher habe ich in dieser Funktion schon 16 jungen Menschen das Stipendium für ein Austauschjahr in den USA ermöglichen können. Am 19. Juli 2019 traf ich mich in Eutin mit dem jungen Forstwirt **Jan-Philip Herbers aus Stockelsdorf** kurz vor seinem Start in den waldreichen Bundesstaat Washington im Nordwesten der USA, womit er das Glück hatte in seine „Wunschregion“ reisen zu dürfen. Er berichtete mir von seiner Ausbildung in der Lehranstalt für Forstwirtschaft in Bad Segeberg und seinen Hoffnungen, was ihn als Forstwirt wohl in den Rocky Mountains erwarten würde. Doch Jan-Philip musste seinen spannenden USA-Aufenthalt – wie alle Stipendiaten 2020 – wegen der Corona-Pandemie am 14. März abrupt nach nur 3 Tagen „Vorwarnung“ beenden und nach Deutschland zurückkehren. Als wir uns am 13. August 2020 endlich persönlich zu einem langen Austausch treffen konnten, bedauerte er immer noch diesen vorzeitigen Abbruch denn nach den ersten Wochen an einem College arbeitete er anschließend in einer Baumpflegefirma in der Nähe der Stadt Seattle und hatte seine Wahl-Heimat vor den Toren der „Cascades“ – der amerikanischen Alpen – gefunden, wo er viel Zeit beim Wandern und Klettern verbrachte. Ich freue mich über seine vielfältigen und positiven Eindrücke, die er mitgebracht hat, seine neuen transatlantischen Freundschaften und natürlich darüber, dass er wohlbehalten wieder zurückgekehrt ist. Leider wurde auch das Austauschjahr für mein 17. „Patenkind“ – Yasmina Loukili von der Johann-Heinrich-Voss-Schule in Eutin – für 2020/2021 abgesagt. Ich hoffe sehr, dass sie die Chance erhält, ihren USA-Aufenthalt 2021 nachzuholen!

Eine meiner Lieblingsaufgaben als Wahlkreisabgeordnete ist der A**ustausch mit motivierten und interessierten Schulklassen.** Einen besonders schönen Termin erlebte ich am **27. März 2018, als die Gerhard-Hilgendorf-Schule in Stockelsdorf als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“** ausgezeichnet wurde. Die Schülerinnen und Schüler hatten mich zuvor als „Patin“ für dieses Projekt ausgewählt, was mir eine Ehre und zugleich große Freude war.

Seit über 17 Jahren besuche ich immer wieder Schulen im Unterricht, um Politik zu erklären, die Wertschätzung für unsere Demokratie zu stärken, für Engagement zu werben sowie über meine Aufgaben als Bundestagsabgeordnete zu aufzuklären. Allein 2018 besuchte ich das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Oldenburg, die Wilhelm-Wisser-Schule Eutin, die Jacob-Lienau-Schule

25.01.2019: Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente

Neustadt, die Gemeinschaftsschule Pönitz, die Elisabeth-Selbert-Schule Bad Schwartau sowie die Berufsschule Eutin. 2019 begannen meine Schülerdiskussionen in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente, wo ich mit mich mit vier Schulklassen aus Elmshorn und Trappenkamp über Europa und Klimapolitik austauschte. Außerdem besuchte ich 2019 die Wilhelm-Wisser-Schule in Eutin, die Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau, die Waldorfschule in Lensahn, die Gerhard-Hilgendorf-Schule in Stockelsdorf und die Inselschule Fehmarn. Leider konnte ich ab Frühling 2020 diesen Austausch Corona-bedingt nicht fortsetzen. Umso mehr hat es mich gefreut, dass ich am 24.01.2020 – also noch kurz vor der Virusausbreitung in Deutschland – die Jacob-Lienau-Schule in Neustadt besucht habe und im zweistündigen Gespräch mit 100 Schülern der 9. Klasse erfahren konnte, was den Jugendlichen „unter den Nägeln brennt“. In den letzten 3 Jahren war ich insgesamt in knapp 30 Schulen – eine Aufgabe, die ich trotz meiner knapper werdenden Zeit in Ostholstein weiterhin mit viel Elan mache! Darüber hinaus besuchen mich jedes Jahr viele Schulklassen in Berlin: 2018 und 2019 hatte ich mich noch mit über 250 Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis in Berlin zum Gespräch getroffen – die bisher letzte Schulklasse kam im März 2020 von der Immanuel-Kant-Schule aus Reinfeld.

Um jungen Menschen auch einen direkten Einblick in meine eigene Arbeit in Berlin zu ermöglichen, gebe ich regelmäßig **Praktikantinnen und Praktikanten aus Ostholstein und Stormarn** diese Chance – seit 2003 konnten mich bereits über 94 junge Menschen für eine oder mehrere Wochen während der Sitzungswochen des Bundestages begleiten und ganz persönlich erfahren, wie Bundespolitik „funktioniert“. Allein in den letzten zwei Jahren kamen u.a. Quintus Welsch aus Bad Schwartau, Laurence Gorodiski aus Warnsdorf, Hannah Tylinski aus Hamburg (ehemals Bad Schwartau), Tarek Saad aus Kiel/Syrien, Jonas Bannert aus Bad Segeberg, Greta Siegert aus Hamburg (ehemals Fehmarn), Sophie Pröttel aus Bad Schwartau, Nusret Krasniqi aus Grömitz, Luis Schwartz aus Eutin, Aenne Bracke aus Griebel/Kasseedorf und Rica Janz aus Schönwalde a.B. sowie auch Lars Boller und Hauke Cordts aus Eutin.

27.03.2018: Die Gerhard-Hilgendorf-Schule in Stockelsdorf ist offiziell eine „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“

UNTERWEGS IN OSTHOLSTEIN

Zwischen Reinfeld und Fehmarn zu Hause

Das Jahr 2020 startete im Januar noch „ganz normal“ mit diversen Neujahrsempfängen wie in Oldenburg, bei der SPD-Stockelsdorf, in Malente und Scharbeutz, in Eutin, Süsel und Bosau sowie beim THW in Neustadt. Einer guten Tradition meiner Abgeordnetentätigkeit folgend konnte ich im Februar 2020 auch noch drei meiner traditionellen **Rathausgespräche in Ostholstein** durchführen – und zwar gleich bei drei noch relativ „frisch“ ins Bürgermeisteramt Gewählten. Bei diesen „Rathausgesprächen“, die ich seit 16 Jahren in meinem ganzen Wahlkreis regelmäßig führe, sind stets auch Stadt- oder Gemeindevertreter aller Fraktionen eingeladen sowie Mitarbeiter der Rathausverwaltung, damit wir uns gemeinsam über Problemstellungen in den Kommunen und die wichtigsten Herausforderungen vor Ort auszutauschen. Natürlich habe ich auch stets reichlich Information über Gesetze und Vorhaben aus Berlin „im Gepäck“, die für die Kommunen interessant sein können. Da ich ja selbst von 1997 bis 2003 ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und Amtsvorsteherin im damaligen Amt Schönwalde war, weiß ich relativ genau, wo vor Ort „der Schuh drückt“.

19.09.2018: Antrittsbesuch bei der Stockelsdorfer SPD-Bürgermeisterin Julia Samtleben

Nachdem ich dabei gewesen war, als am 24. Januar 2020 der ehemalige Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien nach 18 Jahren Amtszeit verabschiedet wurde, kam ich gleich a**m 5. Februar 2020** zusammen mit meiner SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann zum A**ntrittsbesuch bei der neu gewählten Bürgermeisterin von Scharbeutz Bettina Schäfer**. Mit Gemeindevertretern aller Fraktionen war auf Wunsch der Bürgermeisterin der „Dauerbrenner“ Feste Fehmarn-Belt-Querung (FFBQ) mit den Auswirkungen auf die Gemeinde das Hauptthema. Aber auch das Thema Tourismus, bezahlbarer Wohnraum und der Öffentliche Personennahverkehr nahmen breiten Raum ein. Kurzum: eine sehr konstruktive Runde, wobei ein Wiedersehen nicht lange auf sich warten sollte, denn am 06. März 2020 war ich als Gast dabei, als die Bürgermeisterin offizielle Vertreter aus der **Partnerstadt Lagoa (Portugal)** mit einem gemeinsamen Abendessen verabschiedete. Ein toller Abend der gelebten europäischen Zusammenarbeit, für den ich mich als „Dankeschön“ für die Gastfreundschaft mit je einer Helmut-Schmidt-Gedenkmünze an beide Bürgermeisterinnen und Schulleiter von Scharbeutz, Pönitz und Lagoa bedankte.

Am 17. Februar stand das nächste „Rathausgespräch“ und zusammen mit Sandra Redmann der „Antrittsbesuch“ beim neuen **Bürgermeister von Oldenburg Jörg Saba** auf dem Programm. Zusammen mit vielen Mitgliedern der Stadtvertretung tauschten wir uns in mehr als drei Stunden über die aktuellen Belange der Stadt aus. Die Themenpalette ging hierbei über Krippen, Kitas und Schulen samt Digitalisierung bis hin zu Projekten der Städtebauförderung, den Sportstätten inklusive dem konstanten Wunsch nach einer Schwimmhalle im Nordkreis. Auch die Hinterlandanbindung der FBQ war natürlich wieder Thema.

Am **26. Februar 2020** fand ein sehr intensives Rathausgespräch in **Neustadt bei Bürgermeister Mirko Spieckermann** in großer Runde statt.

17.02.2020:Rathausgespräch mit dem neuen Bürgermeister von Oldenburg i.H. Jörg Saba und Mitgliedern der Stadtvertretung

Obwohl dessen Wahlsieg schon etwas zurücklag, war es dennoch mein „Antrittsbesuch“ bei ihm und insofern gab es auch das noch das Geschenk zum Amtsantritt nachträglich von mir. Neben den „Dauerbrenner-Themen“ wie die Krippen-, Kita- und Schulinfrastruktur war für mich besonders interessant, wie sich die Pläne Neustadts an der Hafenwestseite weiterentwickeln und welche Projekte im Rahmen der Städtebauförderung angepackt werden sollen. Der bevorstehende Um- und Erweiterungsbau des BUND-Umwelthauses wurde natürlich auch angesprochen, weil dieses Haus mit den vielen Besuchergruppen und attraktiven Naturerlebnis-Angeboten für die Stadt natürlich sehr wichtig ist. Die 4 Mio. Euro hohe Förderung des Bundes aus dem Etat der Umweltministerin Svenja Schulze für den (ökologisch vorbildlichen!) Umbau des Hauses ist eine gute Investition für ein Projekt mit „Leuchtturmcharakter“.

Nach der Corona-bedingten Pause konnte ich am 14. August meine Rathausgespräche fortsetzen: Der Antrittsbesuch bei dem neuen **SPD-Bürgermeister von Sierksdorf, Udo Gosch**, der zu diesem Zeitpunkt fast genau drei Monate im Amt war, war mir besonders wichtig. Die Bürgermeisterwahl am 19. Mai 2020 musste aus tragischem Anlass stattfinden, weil leider völlig überraschend am 18. März 2020 sein Vorgänger, Bernhard Markmann, verstorben war, mit dem ich jahrelang – auch gerade im Bündnis gegen die Feste Fehmarn-Beltquerung – freundschaftlich und vertrauensvoll zusammengearbeitet hatte, was ich nun natürlich mit Udo Gosch ebenso vertrauensvoll fortzusetzen werde. Natürlich stand der Lärmschutz an der Schienenhinterlandanbindung der geplanten Festen Fehmarnbeltquerung insbesondere im Fokus, nachdem der Bundestagsbeschluss vom 02. Juli 2020 speziell für Sierksdorf „bittere Pillen“ enthält, denn der Antrag des Dialogforums forderte in diesem Bereich ursprünglich 24 Mio. Euro für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen. Zugesagt hat der Bund jetzt lediglich „bis zu 1 Mio. Euro“, weswegen ich das Land Schleswig-Holstein in der Pflicht sehe, diese Lärmschutzmaßnahme in Sierksdorf aus Landesmitteln zu finanzieren. Außerdem haben wir auf Wunsch der Gemeinde über die Auswirkungen der 380-kV-Ostküstenleitung gesprochen, über die Konsequenzen aus der Corona-Krise für unseren Tourismusstandort an der Küste sowie über den Fachkräftemangel in der Pflege.

Am 25. August 2020 fand mein „Antrittsbesuch“ beim neuen **Bürgermeister Kuno Brandt beim Rathausgespräch in Heiligenhafen** statt. In dem Gespräch ging es vor allem darum, wie Heiligenhafen mit den durch Corona bedingten Auswirkungen, gerade als Tourismusstandort, umgeht. Auch die steigenden Immobilienpreise an der Küste, die für Beschäftigte und einheimische Familien immer mehr zum Problem werden, wurden diskutiert. Ich freue mich deshalb, dass die Stadt Heiligenhafen im Juli 2020 eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft als 100-prozentiges Unternehmen der Stadt

14.08.2020: Erstes Rathausgespräch nach der Corona-Pause, mit dem neuen Bürgermeister von Sierksdorf Udo Gosch – u.a. zum Lärmschutz FFBQ

08.07.2020: Klönschnacktour auf dem Seebrückenvorplatz Scharbeutz mit Sandra Redmann und Bürgermeisterin Bettina Schäfer

in der Geschäftsführung der Heiligenhafener Verkehrsbetriebe (HVB) gegründet hat, um diesen Prozess selbst zu steuern. Die zusätzlichen Milliarden, die der Bund seit Jahren für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, werden dann hoffentlich künftig hier für bezahlbaren Wohnraum sorgen.

Ab Mitte März war wegen der Corona-Pandemie eine „normale“ Wahlkreis-Arbeit, wie ich sie seit 2002 kontinuierlich gepflegt habe, mit persönlichen Begegnungen, mit Schulbesuchen und Veranstaltungen praktisch nicht mehr möglich. Ich gebe zu: das fehlt mir bis heute sehr.

Doch grade in einer Zeit voller Ungewissheit und ernstzunehmender Ängste war ich glücklich, dass ich zumindest im Sommer die Chance hatte, mit meiner **„Klönschnacktour“ vom 8. bis zum 11. Juli 2020 quer durch Ostholstein** an sechs Orten Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch anzubieten und wichtige Fragen zu beantworten – an der frischen Lust, mit Abstand und Maske. Und ich hatte Glück: obwohl es in dieser Juli-Woche fast nur geregnet hat, war es bei allen sechs Vor-Ort-Gesprächen – Treffpunkt war stets der knallrote SPD-Bus – trocken und sogar sonnig. Am 08. Juli startete meine **„SPD-Klönschnack-Tour“ am Seebrückenvorplatz in Scharbeutz**. Es war schön, dass nicht nur viele aktive SPD-Mitglieder aus Scharbeutz die zweieinhalb Stunden an der Ostsee-Promenade dabei waren, sondern dass auch meine langjährige SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann und die Bürgermeisterin der Gemeinde Scharbeutz Bettina Schäfer gemeinsam mit mir zahlreichen Gästen Rede und Antwort standen: am „Hotspot“ Scharbeutz durfte das Thema der Corona-Auflagen im Tourismus natürlich nicht fehlen – die Bürgermeisterin konnte „ein Lied davon singen“. Besonders intensiv waren auch die Gespräche mit den Vertretern der Event- und Kulturbranche vor Ort, mit denen ich mich bereits am 26. Juni drei Stunden zum intensiven Gedankenaustausch getroffen hatte. Direkt danach ging es zu einem weiteren „Klönschnack“ vor der wunderschönen Kulisse des **Neustädter Hafens** – natürlich wieder der Unterstützung zahlreicher Mitglieder des Neustädter SPD-Ortsvereins. Die Diskussionsthemen mit den Besuchern reichten von unserem SPD-Erfolg für die Grundrente bis zum gerade zuvor verabschiedeten Konjunkturpaket. Besonders

11.07.2020: Im Gespräch mit dem neuen Heilighafener Bürgermeister Kuno Brandt

gefreut habe ich mich über ein Wiedersehen mit den Vertretern des Umwelthauses Neustadt, für dessen Umbau und Sanierung ich 2018 4 Mio. Euro an Bundesförderung erreichen konnte: Toi, toi, toi für die weiteren Planungen – im Herbst 2021 startet der Umbau!

11.07.2020: Mit meiner Landtagskollegin Sandra Redmann beim Klönschnack auf dem Marktplatz von Bad Schwartau

Am darauffolgenden **Samstag, den 11. Juli**, starte Teil zwei meiner Tour morgens ums halb neun: mit dem knallroten Bus auf dem **Marktplatz in Bad Schwartau**, wo traditionell viel los ist und die SPD-Info-Stände des Ortsvereines immer gut besucht sind. Bei strahlenden Sonnenschein bildete sich teilweise eine kleine „Schlange" von interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit einem Riesenspektrum an Themen: Schülerinnen und Schüler brachten Fragen zur EU-Ratspräsidentschaft und zum Klimaschutz mit, Ältere mit ihren Anliegen zur Rente, die „Kreuzritter" mit Fragen zum Lärmschutz für Bad Schwartau. Schön, dass meine langjährige SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann und zahlreiche Mitglieder der SPD Bad Schwartau mich wieder so großartig unterstützt haben – und frischen Kaffee gab es auch! Nach Bad Schwartau ging es mit dem Roten SPD-Bus nach **Eutin,** wo wir **um 11 Uhr auf dem Parkplatz an der Johann-Specht-Straße inmitten mehrerer Discounter unseren Treff aufbauten**, wo viele Menschen ihren Wochenend-Einkauf erledigten und gerne mit uns ins Gespräch kamen – einige natürlich auch mit einer großen Portion Frust im Gepäck, viele aber auch mit teils ganz gezielten Fragen – so wie z.B. Vertreter von „Parents for Future". Als nächstes ging es nach **Heiligenhafen: Treffpunkt ab 14 Uhr direkt am Seebrückenvorplatz**. Ich habe mich riesig gefreut, dass der „frisch" vereidigte neue **Bürgermeister Kuno Brandt** sich sehr viel Zeit für seinen Besuch und gute Gespräche genommen hat. Großer Überraschungsgast aber war vor allem unser **ehemaliger Ministerpräsident Torsten Albig**, der als „Heiligenhafener Jung" gerade ein paar Tage Urlaub bei seiner Familie machte: ein schönes und spontanes Wiedersehen! Danke auch an unseren Kandidaten für die Europawahl 2019 Enrico Kreft aus Lübeck, der als Mitglied im SPD-Landesvorstand die ganze Tour mit begleitet und unterstützt hat. Hat Spaß gemacht! Von Heiligenhafen ging es dann über meinen heiß geliebten „Kleiderbügel" nach **Burg auf Fehmarn**, wo wir um 17 Uhr zum letzten „Halt" der „Klönschnack"-Tour **auf dem historischen Marktplatz** angekündigt waren und schon von Bürgermeister Jörg Weber und Bürgervorsteherin Brigitte Brill sowie von vielen Mitgliedern des SPD-Ortsvereins und interessierten Bürgerinnen und Bürgern erwartet wurden. Gute Gespräche und ein wunderbarer Abschluss nach einem grandiosen Tag. Danke an alle, die diese Tour so engagiert unterstützt haben – stellvertretend für alle ein Dank an mein Büro-Team mit Angela Hüttmann, Wiebke Aldenhoff und – aus dem Berliner Team – Ansgar Löcke als gebürtiger Fehmaraner!

11.07.2020: Überraschungsgast bei meiner Klönschnack-Tour in Heiligenhafen: Unser ehemaliger Ministerpräsident Torsten Albig

Am **06. Juni 2020** eröffnete ich als **Schirmherrin die neue Ausstellung im Museum für Regionalgeschichte in Pönitz in der Gemeinde Scharbeutz** – selbstverständlich unter Einhaltung des Abstandsgebots und des Hygienekonzepts. Die Ausstellung dokumentiert das Leben an der Lübecker Bucht vor 75 Jahren in der Zeit direkt nach

11.07.2020: Meine tollen Mitarbeiterinnen Angela Hüttmann und Wiebke Aldenhoff

Ende des Zweiten Weltkriegs und ist enorm liebevoll und kenntnisreich von der „Crew“ der ehrenamtlich arbeitenden Fördermitglieder zusammengestellt worden – ein Besuch lohnt sich sehr!

Am **08. Juli** habe ich mich gemeinsam mit meinen **SPD-Landtagskollegen Ralf Stegner und Sandra Redmann** mit der Geschäftsführerin der **Lebenshilfe Ostholstein Susanne Voß und ihrem Team** getroffen. Die Lebenshilfe Ostholstein leistet durch ihre Unterstützung und Betreuung von Kindern und Menschen mit Behinderung eine gesellschaftlich besonders wichtige und herausfordernde Arbeit, die gerade während der Corona-Krise eine organisatorische Höchstleistung ist. Ich habe mich gefreut zu hören, dass besonders die Soforthilfen des Bundes hilfreich waren durch schnell und unbürokratisch auf Hilfsmittel und Fördergelder zugegriffen werden konnte. Enge Absprachen mit dem Kreis Ostholstein und das gute Raumkonzept der Lebenshilfe spielten eine besonders positive Rolle bei der Umsetzung von Hygienekonzepten für die Fortsetzung der Arbeit mit den Kindern und Betreuungspersonen. Spürbar war, dass die Beschäftigten der Lebenshilfe in der Corona-Krise über ihre Grenzen hinausgegangen sind und dabei weniger geklagt haben, als so manch anderer.

Am **09. Juli** besuchte ich – ebenfalls mit Sandra Redmann – in Neustadt erneut den Kinderschutzbund Ostholstein mit **Geschäftsführer Martin Liegmann und seiner Kollegin Marianne Unger**. Der Kinderschutzbund beschäftigt 38 Schulsozialarbeiter an 23 Standorten der offenen Ganztagsschulen im Kreis und weiß somit genau wie prekär die Situation in vielen Familien für viele Kinder in den letzten Corona-Monaten war. Ein wichtiges Thema auch für unsere SPD-Kreistagsfraktion, die mit Gabriele Ehler und Manfred Jäger an dem Gespräch teilnahm. Klar wurde wie wichtig gerade für Kinder in schwierigen häuslichen Verhältnissen es ist, nach den Sommerferien endlich wieder regelmäßig in die Schule gehen zu können. Eine verlässliche Betreuung und soziale Kontakte zu den Gleichaltrigen sind die wichtigste Medizin für ihre seelische Gesundheit und für faire Bildungschancen. Dafür bedarf es auch konzeptionell einer klaren Führung durch Bildungsministerin Prien in Kiel und die Jamaika-Landesregierung sowie einer engen Kommunikation mit der kommunalen Ebene und den Schulen. Zuvor war ich am **26. Februar 2020 bereits zu Gast beim Kinderschutzbund Ostholstein, um mit Kreisgeschäftsführer Martin Liegmann** im gemeinsamen Pressegespräch über die **Fortschritte durch das „Starke-Familien-Gesetzes“** zu informieren, welches **im Sommer 2019 in Kraft getreten** ist. Unter anderem sind für Familien und Alleinerziehende mit Kindern seitdem Hilfen über den Kinderzuschlag enorm ausgeweitet worden, weswegen der Kinderschutzbund in seinen 64 Einrichtungen Eltern über ihre neuen Rechte informiert und bei Bedarf bei der Antragsstellung unterstützt. Danke für diesen Einsatz!

26.02.2020: Austausch mit Kreisgeschäftsführer Martin Liegmann und Mechthild Piechulla vom Kinderschutzbund Ostholstein

20.06.2020: Schon seit Frühjahr in engem Kontakt mit der Veranstaltungsbranche – auch in Ostholstein wie hier in Oldenburg

Am **15. August 2020** wurde die Einweihung der Erweiterung auf 45 Plätze des **Kinderhauses in Grömitz** in **Trägerschaft des Kinderschutzbundes** gefeiert – eine großartige Einrichtung, in der Integration seit 1999 zum Wohle von Kindern und Familien gelebt wird. Es freut mich, dass von nun an noch mehr Kinder von dem erfahrenen Team aus Sozialpädagogen und Erziehern sowie vielen Unterstützern profitieren können. Gemeinsam fördert das Team die sozialen und persönlichen Fähigkeiten der sechs- bis 14-Jährigen – auch bei Kindern mit einem erhöhten Förderbedarf. Sie geben dem Alltag der Kinder eine verlässliche Struktur, helfen ihnen bei den Schularbeiten, vermitteln therapeutische Angebote und bieten Freizeitaktivitäten in den Bereichen Spiel, Musik, Sport, Basteln und Werken an. Es war eine liebevoll von Erziehern und Kindern vorbereitete Einweihung – schön, dass ich dabei sein konnte!

Ich habe es auch genossen, dass ich in den Sommermonaten noch an relativ vielen SPD-Ortsvereinsveranstaltungen und Mitgliederversammlungen teilnehmen konnte. Mir fehlt es ja sehr, dass die persönlichen Begegnungen ohne jede Berührung und „mit Abstand“ stattfinden müssen, aber immerhin tut es schon gut, sich einfach nur persönlich zu sehen, zu schnacken, und in diesen stürmischen Zeiten, wo einem so viel „unter den Nägeln brennt“. viele Fragen direkt zu beantworten Danach haben wir dieses Jahr auch viele **Angebote ins Internet verlegt**, um uns „gesundheitsverträglich“ austauschen zu können. Am **02. Juni 2020** habe ich auf Einladung der SPD im Kreis Stormarn bei einer Onlinekonferenz von den Verhandlungen zum EU-Haushalt und das europäische Konjunkturpaket berichten mit viel Frage- und Diskussionsbedarf. Am **17. September 2020** berichtete ich **zusammen mit Sandra Redmann und Malte Siegert vom NABU** zu den Klageverfahren gegen die Feste Fehmarnbelt Querung in Leipzig.

25.09.2020: Zusammen - auch mit Abstand! Schöne Mitgliederversammlung der SPD in Neustadt

06.09.2020: Jahreshauptversammlung der SPD Eutin mit dem neuen Vorsitzenden Christoph Gehl

Seit 18 Jahren:

GLAUBWÜRDIGKEIT DURCH INFORMATION UND TRANSPARENZ

Seit 2003 bin ich „**gläserne Abgeordnete**“ im Deutschen Bundestag – das heißt: Ich veröffentliche alljährlich meine Einkünfte und Ausgaben analog zu meinem Steuerbescheid, welche bis heute seit 17 Jahren lückenlos auf meiner Homepage nachzulesen sind.

Ich bin außerdem eine von nur **aktuell 39 Bundestagsabgeordneten, die schon vor vielen Jahren den „Abgeordneten-Kodex“** unterzeichnet haben, mit dem sich Abgeordnete verbindlich verpflichten, entgeltliche Nebentätigkeiten zu begrenzen, Einnahmen, Treffen mit Lobbyisten sowie Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt und Zielen zu veröffentlichen und Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern über 100 Euro nicht anzunehmen. I**nsgesamt wurde dieser „Abgeordneten-Kodex“ aktuell von 19 SPD-Bundestagsabgeordneten unterzeichnet (davon fünf aus Schleswig-Holstein). 16 Bundestagskollegen der Linken sorgen auch für diese Transparenz, erstaunlicherweise nur 2 Grüne und 1 CDU-Abgeordneter**: CSU, FDP und AfD: Fehlanzeige!

Die überparteiliche und unabhängige Internetplattform „**abgeordnetenwatch.de**“, stellt seit zehn Jahren allen Mitgliedern des Bundestages am 26. August 2020 ein „Zeugnis“ über ihr Antwortverhalten bei öffentlichen Bürgeranfragen aus. Auch im Sommer 2020 erhielt ich – zum 9. Mal in Folge – **die Note „sehr gut“**. Während 17 von 26 Abgeordneten aus Schleswig-Holstein zu 100 Prozent der an sie gestellten Fragen beantworteten, ist es bemerkenswert, dass der für die FDP amtierende Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki u.a. nur 36 Prozent der an ihn gestellten Fragen beantwortet hat und dafür noch gerade ein „mangelhaft“ erhielt, während der CDU-Abgeordnete Gero Storjohann aus meinen Nachbarwahlkreis

Segeberg – Stormarn-Mitte und Christine Ascheberg-Dugnus von der FDP sich ihr „ungenügend“ redlich mit kompletter Missachtung dieser Fragen von Bürgerinnen und Bürgern verdient haben. Von vielen Interessierten höre ich immer wieder, dass sie zwar nicht selbst Fragen auf dieser Internet-Plattform stellen, aber intensiv online mitverfolgen, was gefragt – und vor allem natürlich – was geantwortet wird. Für viele ist es zu Recht eine niedrigschwellige politische Informationsquelle.

Transparenz heißt für mich auch, durch aktive Öffentlichkeitsarbeit über meine Arbeit inhaltlich zu informieren: von August 2018 bis einschließlich Dezember 2020 habe ich 146 **Pressemitteilungen** herausgegeben, die in den Medien zwar nicht alle abgedruckt wurden, aber die ausnahmslos auf meiner Homepage nachzulesen sind.

08.05.2019: Dritte SPD-„Blaulichtkonferenz“ in Berlin mit 250 Helfern von THW, Feuerwehren, Rettungsdiensten und Polizeibehörden

Nicht nur Besuchergruppen haben die Gelegenheit, den Bundestag „live“ zu erleben. Es gibt immer wieder Veranstaltungen und Projekte, die mir die Gelegenheit geben, Menschen aus meinem Wahlkreis Türen in Berlin zu öffnen, sich aus erster Hand über die Bundespolitik zu informieren und ihr „Netzwerk“ für die ehrenamtliche Arbeit zu erweitern.

Um auch den Kontakt und den Austausch mit **Betriebs- und Personalräten** zu stärken, organisiert die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßige Betriebsrätekonferenzen, zu denen ich **seit über 17 Jahren regelmäßig Betriebsräte aus meinem Wahlkreis einlade**. So kamen am **24. September 2018, am 06. Mai 2019 und im September 2019** jeweils 4 bis 6 Betriebsräten von unterschiedlichen Branchen und Standorten aus Ostholstein zu den Betriebsrätekonferenzen nach Berlin, um mit stets ca. 350 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland zu so spannenden Themen wie „Arbeitszeit – Lebenszeit“, „Arbeitswelt im digitalen Wandel“ und „Arbeit 4.0“ auf meine Einladung hin im Reichstag zu diskutieren. Die Konferenz im November 2020 konnte leider nur eine „Online-Betriebsrätekonferenz“ sein mit dem allerdings sehr wichtigen Thema „Mehr Mitbestimmung und mehr Teilhabe – 100 Jahre Betriebsverfassung und Schwerbehindertenrecht“.

Am 9. Mai 2019 habe ich mit Matthias Dreyer aus Reinfeld einen selbständigen Handwerksmeister bei der **Wirtschaftskonferenz des SPD-Wirtschaftsforums e.V.** in Berlin begrüßt. Dort diskutierten engagierte Unternehmensvertreter aus ganz Deutschland mit dem Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz über die gewaltigen Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft aus: Digitalisierung, Mobilitätswende und Klimaschutz. Der Chef des Heizung- und Sanitär-Meisterbetriebes „Langer & Dreyer GmbH“ hatte schon 2016 ein einwöchiges Praktikum als Handwerkshospitant in meinem Bundestagsbüro absolviert. Den Reinfelder Handwerksbetrieb mit heute 30 Mitarbeitern und mehreren Auszubildenden hatte ich im März 2016 für einen Gedankenaustausch besucht.

06.05.2019: Sechs Betriebs- und Personalräte aus Ostholstein auf meine Einladung bei der SPD-Betriebsrätekonferenz in Berlin

AUSBLICK AUF DIE BUNDESTAGSWAHL 2021

Ich glaubte, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und der Flüchtlingskrise 2015 bereits die schwierigsten Jahre in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben, als Anfang dieses Jahres die Corona-Pandemie ausbrach und seitdem die Politik in Deutschland, in Europa und der ganzen Welt vor die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten stellt. Auf Deutschland liegt eine gewaltige Verantwortung dafür, dass wir alle diese Krise gesellschaftspolitisch, sozial, wirtschaftlich und gesundheitspolitisch gut überstehen und gleichzeitig die Weichen mit Blick auf die Gefahren des Klimawandels, die Herausforderungen der Digitalisierung und das drohende Auseinanderdriften Europas mutig anpacken. Diese Aufgabe wird uns über die nächsten Jahre komplett fordern. Deswegen habe ich – auch mit Blick auf meine eigenen drei Söhne und vier Enkelkinder und deren Zukunft – entschieden: Es ist mir wichtig, mich gerade jetzt weiterhin der Verantwortung zu stellen und erneut bei der Bundestagswahl 2021 anzutreten.

„Stark im Handeln – nah bei den Menschen" – nach diesem Motto habe ich seit 2002 für unsere Region im Bundestag gearbeitet. Auch wenn ich bereits 2005 den 2. Platz auf der SPD-Landesliste innehatte, konnte ich 2002 und 2005 diesen Wahlkreis noch direkt gewinnen. Ich kann Euch angesichts aktueller Umfragewerte für unsere SPD nicht versprechen, dass das erneut gelingen wird. Aber ich kann Euch versprechen, 2021 mit Euch zusammen und mit der Unterstützung meines tollen Mitarbeiter-Teams mit Herzblut und ganzer Kraft um jede Stimme kämpfen zu wollen – Ihr kennt mich, auf mich ist Verlass.

Mein Team im Finanzministerium: Weihnachtsfeier 2019 mit Olaf Scholz

MEINE BÜRO-TEAMS

als Stütze meiner Arbeit

Ein großes Dankeschön geht an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Bundestag in Berlin, im Wahlkreis in Eutin und im Bundesfinanzministerium.

Im Berliner Paul-Löbe-Haus meldet sich bei Anrufen im Büro in der Regel seit August 2020 die Stimme von Claudia Feistel. Die junge Mutter ist für die komplette Organisation in meinem Büro verantwortlich und ist in die „Fußstapfen" von Ansgar Löcke getreten, der schon seit 2015 bei mir im Büro arbeitete und stets von der Terminorganisation bis zu den Besuchergruppen alles verlässlich im Blick hatte. Wir vermissen Ansgar und freuen uns dennoch mit ihm, denn der Ex-Fehmaraner hat einen tollen neuen Job angeboten bekommen, der ihm eine (noch) vielversprechendere Zukunft bietet! Ich freue mich sehr über diese großartige Chance für ihn und weiß ja: Wir bleiben in Kontakt.

Die wissenschaftliche Arbeit liegt seit November 2017 in den Händen von Laura Adebahr, die neben ihrem Job bei mir im Bundestag auch engagierte SPD-Stadt- und Kreistagsabgeordnete in Brandenburg ist. Seit Oktober 2020 wird sie unterstützt von Matthias Schwär als neustem „Zuwachs", der die Nachfolge der Ex-Bad-Schwartauerin Hannah Tylinski angetreten hat, die mein Team für einige Monate in der schweren Corona-Zeit tatkräftig unterstützt hat – seit Oktober 2020 hat sie jetzt aber ihren „Herzensjob" bei der Lebenshilfe in Berlin

angetreten. Zusätzlich helfen mir in Berlin als studentische Mitarbeiter Julia Fitschen, Laurence Gorodiski aus Warnsdorf und Jasper Wiezorek aus Ahrensbök.

Meine beiden langjährigen Mitarbeiterinnen im Bundestag Nadine Kadelka und Ann-Christin Beckmann sind mir nach meiner Berufung als Parlamentarische Staatssekretärin in mein drittes (!) Büro ins Bundesministerium der Finanzen gefolgt und bilden in dem dortigen 5er-Team das Herzstück als langjährige Vertraute, die genau wissen, wie ich „ticke“. Nachdem Ann-Christin Beckmann im Sommer 2020 ihr erstes Baby bekommen hat und sich im Mutterschutz befindet, wird sie von Jan Jensen vertreten, der direkt nach seinem Studium in Liverpool 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in mein Berliner Team im Bundestag einstieg und sich im April 2020 erfolgreich in der Europa-Abteilung des Bundesfinanzministeriums bewarb. Ich kenne Jan Jensen schon seit vielen Jahren als Juso in Ostholstein und als ehemaligen Stockelsdorfer Gemeindevertreter und freue mich, dass er mir jetzt in dieser spannenden und hektischen Zeit im Finanzministerium „den Rücken frei hält“.

Im Eutiner Wahlkreisbüro kümmert sich Regina Voß seit 17 Jahren (seit 2012 auch ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und 2018 mit absoluter SPD-Mehrheit wiedergewählt!) um absolut ALLES und wird schon seit Mai 2016 dabei von Angela Hüttmann unterstützt, die seit vielen Jahren als Gemeindevertreterin in Schönwalde auch den dortigen Ortsverein führt und unter anderem ehrenamtliche „Chefin“ den Schulverband Bungsberg führt. Im November 2018 ist Wiebke Aldenhoff aus Sagau neu als Verstärkung dazugekommen, die sich ebenfalls in Kasseedorf für unsere SPD in der Gemeindevertretung und als Vorsitzende des Kindergartenvereins „Flohkiste“ engagiert. Alle drei arbeiten abwechselnd halbtags und kümmern sich um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt, sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, für Vereine, Verbände und Institutionen. Sie organisieren meine Termine im Norden und sämtliche Besuchergruppen. Neuerdings verstärkt Andrea Angerer aus Eutin die Crew im Wahlkreis. Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön. Ich freue mich auf die nächsten Jahre mit meinen Teams!

Herzlichst

Ihre Bettina Hagedorn

WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

„Mein“ Team im Berliner Büro
(Anfang März 2020 vor Corona...

... und Juli 2020 mit Abstand)

ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN:
QUELLE BÜRO HAGEDORN

MEIN RÜCKBLICK IN BILDERN

03.05.2019: Europa-Event mit SPD-Europakandidatin Delara Burkhardt und Sandra Redmann.

03.11.2018: Landesparteitag und Europawahlkonferenz der SPD Schleswig Holstein. (Foto: Heiko Siebel-Huffmann)

Bis Ende März 2019 haben Ralf Stegner und ich gemeinsam 12 Jahre den SPD-Landesverband Schleswig-Holstein geführt.

06.11.2018: Fotoaktion zum Frauenwahlrecht in Berlin. (Foto: Andreas Amann)

7.10.2020: Starkes Signal der Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion! Solidarität mit den Frauen der politisch verfolgten Opposition in Belarus. (Foto: Daniela De Ridder)

27.05.2019: Impressionen von meiner Reise zur Internationalen Finanzministerkonferenz für mehr Klimaschutz im Vatikan. Der Papst besuchte die Konferenz mit einer bemerkenswerten Ansprache und einer Sonder-Audienz

05.11.2018: Petitionsübergabe von ONE Deutschland im Finanzministerium zu den Zielen der Entwicklungspolitik. (Foto: BMF)

28.02.2019: Geberkonferenz für Jordanien in London, zusammen mit der jordanischen Ministerin Dr. Kamal Kawar. (Foto: BMF)

10.12.2019: Gemeinsame Pressekonferenz mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze bei der UN-Klimakonferenz in Madrid.

09.12.2019: Klimakonferenz in Madrid mit Klaus Mindrup, Ulrike Höfken (Umweltministerin RLP), Svenja Schulze, Jochen Flasbarth. (Foto: Mindrup)

09.12.2019: Gruppenfoto mit einem Teil der Finanzministerkoalition am Rande der UN-Klimakonferenz in Madrid. (Foto: Climate Change Group / Worldbank)

02.11.2019: Regierungsreise mit der Bundeskanzlerin, neun weiteren Ministern und Staatssekretären nach Neu-Delhi zu den 5. deutsch-indischen Regierungskonsultationen. (Foto: BPA)

02.11.2019 Besuch eines NGO-Projektes mit Straßenkindern (Balaknama – „Stimme für Kinder“). Die Straßenkinder, die alle arbeiten (müssen), erhalten im Projekt Bildung, Motivation und ein Stück „Familie“. (Foto: Deutsche Botschaft Neu-Delhi)

Fotos: Deutsche Botschaft Neu-Delhi

27.01.2020: Präsentation der Sonderbriefmarke „Ernst Barlach“ in Güstrow mit Bildungsministerin Bettina Martin (Mecklenburg-Vorpommern).

31.01.2020 Auf der internationalen Münzmesse „World Money Fair“ mit der Vizepräsidentin des Bundesverwaltungsamtes, Silvia Bechtold.

07.05.2020: Präsentation der Sonderbriefmarke „Für den Sport“ zur Unterstützung der Sporthilfe und junger Nachwuchssportler.

14.02.2020: Präsentation der 2-Euro-Münze „Brandenburg“ mit Angela Merkel und Dietmar Woidke. (Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler)

24.09.2020: Vorstellung der Briefmarke „Frauen der Reformation“ mit der Journalistin und Autorin Kübra Gümüşay. (Foto: Annett Wonneberger)

02.09.2020: Vorstellung der Briefmarke „Für die Umwelt“ mit Umweltministerin Svenja Schulze. (Foto: Bundesregierung / Photothek)

11.08.2020: Vorstellung der Jugend-Wohlfahrtsmarke mit einem „Aktiven“ der Jugendfeuerwehr Berlin. (Foto: phototek GbR)

11.08.2020: Mit dem Feuerwehr-Nachwuchs ging es anschließend noch „hoch hinaus“.

14.07.2020: Offizielle Präsentation der EU-Briefmarke zur EU-Ratspräsidentschaft im Finanzministerium.

25.03.2019: Vorstellung der Sondermarke „Loki Schmidt“ zu Ehren ihres 100. Geburtstags im Museum für Hamburgische Geschichte.

07.12.2018: Südafrikas Botschafter Phumelele Stone Sizani und Heiko Maas bei der Vorstellung der „Nelson Mandela“-Sonderbriefmarke.

15.07.2019: Sonderbriefmarke „Polizeien des Bundes und der Länder mit Horst Seehofer und Hans-Joachim Grote. (Foto: Janine Schmitz)

15.07.2020: Starkes Zeichen: Das gesamte Bundeskabinett signiert auf meine Initiative die EU-Sondermarke.

07.12.2018: Bei der Präsentation der Sonderbriefmarke „Helmut Schmidt“ mit Peer Steinbrück, Vorsitzender der Helmut-Schmidt-Stiftung.

04.10.2018: Feierliche Übergabe der Sondermarke zu Ehren der vier Lübecker Märtyrer im Lübecker Rathaus.

27.11.2018: Vorstellung der Weihnachts-Sonderbriefmarke, gestaltet von Marc Chagall, in der St.-Stephan-Kirche in Mainz. (Foto: BMF)

10.01.2020: Neujahrsempfang in Stockelsdorf mit „Power-Frauen“ Juso Anisa Wichelmann und Landtagskollegin Sandra Redmann.

28.08.2018: „Weltwärts“-Rückkehrerinnen Derin Malka aus Heiligenhafen und Lea Geiser aus Eutin berichten von ihren Auslandserfahrungen.

26.10.2012: Eine schöne Erinnerung an den im September verstorbenen Olav Rieck aus Zarpen, hier mit Frank-Walter Steinmeier in Berlin.

02.02.2020: Neujahrsfrühstück der SPD Bosau, mit Lars Winter, Birgit Steingräber-Klinke, Niclas Dürbrok, Regina Poersch und Burkhard Klinke.

11.01.2020: Neujahrsempfang in Malente mit Hans-Jürgen Weber, Vorsitzender der AWO und Carmen Weber, SPD-Ortsvereinsvorsitzende.

12.10.2017: 30 Jahre „Flohkiste“ in Kasseedorf, Bürgermeisterin Regina Voß gratuliert Bärbel Schindler und mir als Gründungsmitgliedern.

20.01.2020: Neujahrsempfang der Gemeinde Süsel mit dem SPD-Ortsverein im TSV-Vereinsheim Süsel.

24.01.2020: Verabschiedung von Scharbeutz‘ Bürgermeister Volker Owerien, hier mit meiner Landtagskollegin Sandra Redmann.

22.08.2019: „Der Sozialstaat als Partner“ – Diskussion mit der stellvertretenden SPD-Fraktionschefin Katja Mast im Marienhof in Neustadt i. H.

04.07.2018: Beim Abendessen der Haushälter im Bundeskanzleramt mit Kanzlerin Merkel.

14.02.2019: Austausch zum übergesetzlichen Lärmschutz mit dem Dialogforum in Berlin.

09.04.2019: Gespräch der SPD-Landesgruppe mit dem Handwerksverband Schleswig-Holstein.

28.09.2018: Sechs Wochen spannendes Praktikum mit Tarek Saad, der im November 2019 Deutscher Staatsbürger wurde.

18.01.2019: Gespräch mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zum Jahreswirtschaftsbericht.

05.05.2018: Mit der engagierten THW-Jugend bei der Fahrzeugübergabe für das THW-Eutin.

12.11.2018: „100 Jahre Frauenwahlrecht“ - Festakt im Deutschen Historischen Museum.

Vorstellung der 20-Euro-Gedenkmünze, hier mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. (Fotos: BMF/Martina Weislo)

17.01.2019: „SPD-Frauenpower“: Svenja Schulze, Franziska Giffey, Michelle Müntefering, Caren Marks und Katarina Barley. (Foto: Katarina Barley)

09.03.2020: Gespräch zum Moorschutz mit Umweltministerin Svenja Schulze und Sandra Redmann als Vorsitzenden der Stiftung Naturschutz.

27.03.2018: „Selfie“ mit den Schülerinnen und Schülern der „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ in Stockelsdorf.

30.05.2019: Im Wikinger-Museum Haithabu mit Michelle Müntefering anlässlich der Auszeichnung zum Weltkulturerbe.

15.01.2019: Alle Frauen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der Feierlichkeiten zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“. (Foto: Andreas Amann)

21.11.2019: Drei Tage „Ladies‘-Fahrt“ nach Berlin.

12.12.2019: Letzte Besuchergruppe aus Ostholstein in Berlin vor dem Lock-Down im März.